

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verordnungs-
 beilage. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstmal täglich außer Montagen.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Inseren-
 te und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellungsanzeige und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 18. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Ernst der Stunde.

Nürnberg, 17. September (3.20 Uhr nachm.)
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die heute vormittag einsehende Diskussion über die Budgetbewilligung wird allen Sensations-spekulanten die bitterste Enttäuschung bereiten haben. Denn so lebhaft auch zuweilen der Ton war und so leidenschaftlich erregt auch die Delegierten den Debatten folgten, so waren doch alle Genossen bemüht, sachlich zu diskutieren. Es ist auch nicht zu besorgen, daß man in der weiteren Aussprache von dieser vernünftigen Art der Diskussion abweichen wird.

Trotz der immer wiederholten Versicherungen der Verteidiger der Budgetbewilligung, daß es sich doch eigentlich nur um eine belanglose Formsache handele, mit der man die Zeit des Parteitag nutzlos vertrödele, beherrscht die übergroße Mehrheit offensichtlich die Stimmung, daß es sich um die Erörterung und Entscheidung einer Frage von überragender grundsätzlicher und praktischer Bedeutung handelt. Das gab übrigens auch Genosse David ganz offen zu, der den vorhandenen Gegensatz so formulierte, der Streit drehe sich darum, ob die graue Theorie der Vertreter der bisherigen Auffassung des Klassenkampfes zugunsten der neuen reformistischen parlamentarischen Kampfmethode abzudanken habe. Darum und um nichts Geringeres handelt es sich in der Tat.

Wir begreifen ja, daß es deshalb auch den Budgetbewilligern und ihren Gefinnungsgenossen aus anderen Teilen Deutschlands schwer fällt, sich der Resolution des Parteivorstandes zu fügen. Deshalb auch heute wieder ihre beweglichen Verschwärden über den „Terrorismus“ der Mehrheit, der von den Süddeutschen Kadavergehorsam verlange. Eine klare, einheitliche Richtschnur für das taktische Verhalten erscheint ihnen als Sklavenfessel! Aber die Mehrheit, die an den alten Grundsätzen der Partei einmütig festgehalten wissen will, soll sich unterwerfen und so die innere, sowohl die geistige wie die taktische Einheit der Partei preisgeben einer Minderheit zu Liebe, deren Taktik sie in ihren Konsequenzen für parteizerrüttend hält. Hoffentlich handelt der Parteitag indessen nach dem stürmisch applaudierten Schlußsatz der Genossin Luxemburg: „Bis hierher und nicht weiter!“

Wir fürchten trotzdem nicht, daß die süddeutschen Genossen ihre Drohung eines Widerstandes gegen den Parteitagbeschuß ausführen werden. Das wäre nicht nur der Versuch der Rebellion, der Sprengung der Partei, sondern eine für sie selbst verhängnisvolle Kraftprobe! Viel eher ist zu erwarten, daß sie sich mit David der Hoffnung hingeben werden, die Entwicklung der Verhältnisse werde ihren Bestrebungen dereinst doch noch zum Triumphe verhelfen. Wozu jedenfalls so viel richtig ist, daß uns auch später ähnliche Auseinandersetzungen über Prinzipien und Taktik nicht erspart bleiben werden. Wir sind die Lezten, die dem revisionistischen Flügel das Recht bestreiten würden, ihre Ansichten kritisch zu vertreten. So lange derartige unabwendbare Polemiken sachlich geführt werden, schaden sie der Partei auch nicht das geringste. Einzig die Leugnung des Bestehens sachlicher Differenzen, einzig das Hinüberspielen sachlicher Kämpfe auf das Gebiet persönlicher Verdächtigung und Verunglimpfung vermag Standalzenen wie in Dresden hervorzurufen und die Partei zu schädigen. Ein solches Schauspiel aber wird der Parteitag, des sind wir sicher, den Segnern nicht bieten!

Nürnberg, 17. September, 10.52 nachm.
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Nachmittag brachte leider einen unwürdigen Zwischenfall. Als erster Redner kam Genosse Segih zum Wort. Statt nun seinen Standpunkt, sei es auch temperamentvoll, so doch sachlich zu begründen, versuchte er es sofort mit der unwürdigsten demagogischen Stimmungsmache. Er teilte dem Parteitag die Lausache mit, daß nicht Bebel, sondern Ebert das Schlußwort übernehmen werde, eine Disposition, die bei dem Gesundheitszustande des Genossen Bebel von jedermann erwartet werden mußte. — Denn so wenig Bebel's Referat dem Gehalt nach irgendwie zu wünschen übrig ließ, so bewies doch die dabei wahrzunehmende physische Kraftanstrengung des Redners jedem nicht mit Blindheit Geschlagenen, daß der greise Führer der Partei in diesen Tagen den rein körperlichen Anstrengungen einer längeren Schlußrede schwerlich gewachsen sein dürfte. Denn nach den 5 1/2 stündigen Reden der süddeutschen Parlamentarier, die der Parteitag am Mittwoch gehört hatte, verstand es sich ja doch wohl auch für die so ausgiebig zum Worte, wenn auch vielleicht nicht

allzu sehr zur Sache gekommenen süddeutschen Genossen, daß das Schlußwort ein einigermaßen gründliches, physisch anstrengendes sein werde. Bebel aber, der den Debatten nur teilweise persönlich zu folgen vermochte, konnte eine so robuste körperliche Kraftleistung nicht zugemutet werden. Daher auf Wunsch Bebel's selbst die Verständigung über die Ueberlassung des Schlußworts an Ebert.

Was tat nun aber Segih? Er bezeichnet dies selbstverständliche, lokale Arrangement als ein Komplott, einen dunkelen, tückischen Anschlag gegen die Süddeutschen. Er erzählt dem verblüfft aufhorchenden Parteitag die für jeden Kenner der Situation und der Personalken Ebert's lächerlich anmutende Schauermär, daß Ebert Bebel wegen seines schwächlichen Referats heftige Vorwürfe gemacht und ihn dazu gedrängt habe, sein Schlußreferat an ihn, den Scharfmacher, wörtlich: den Scharfmacher! — Ebert abzutreten, um dergestalt den Süddeutschen grimmiges Unrecht anzutun.

Diese jämmerlichen Insinuationen riefen wahre Ent-rüstungstürme der Mehrheit hervor, die durch die demonstrative Unterstützung, die Segih durch die Süddeutschen erfuhr, begreiflicherweise zur Siedehitze gesteigert wurden. Erst nach Minuten gelang es Singer, durch eindringliche Mahnung die Empörung wieder zu beschwichtigen.

Und diese widrigen Szenen wiederholten sich am Schluß der Debatte. Als Ebert die klägliche Verdächtigung mit gebotener Schärfe als abgeschmackte Unwahrheit zurückwies, wagte es Segih, seine Behauptungen aufrecht zu erhalten — Segih, der Ebert's nichts weniger als hyperbatale Ansichten und ruhiges besonnenes Wesen von früher her ganz genau kannte!

Als Ehrenbläser und Zwischenräger sinnlos einstellter, auf der Treppe im Vorbeigehen erlauchter Sensationen, entpuppte sich dann ein Genosse Kimmerrfall, der es fertig brachte, trotz Ebert's und Bebel's Erklärungen seine erlauchte Wissenschaft aufrecht zu erhalten! Es versteht sich, daß nunmehr sowohl Kimmerrfall durch Bebel als Segih durch Ebert in ungeschminkten Worten die verdiente moralische Qualifizierung unter dem donnernden Applaus der übergroßen Mehrheit des Parteitages erfuhr! Wirkamer hätten sich die Budgetbewilliger nicht ins Unrecht setzen können! Hoffentlich begreifen die Genossen, die das angeht, jetzt endlich, daß eine solche Kampfweise sich selbst schlägt!

Der große Tag des Kanzlers.

In der gestrigen Nummer haben wir bereits unsere Ansicht über den Charakter und die Bedeutung des heute in Berlin zusammengetretenen „interparlamentarischen Kongresses“ geäußert; doch scheint es fast, nach der heutigen Eröffnungsfestlichkeit zu schließen, als hätten wir die Veranstaltung noch immer zu erst genommen, denn was die heutige erste Sitzung bot, war nichts als eine inhaltlosere theatralische Galavorstellung, eine politische Ausstattungsburleske mit langen Monologen und künstlicher Begeisterung.

Nachdem im großen Sitzungssaal des Reichstages das Arrangement für die große Szene getroffen ist, ertönt das Klingelzeichen. Die Delegierten sammeln sich und setzen bezw. stellen sich in die nötige feierliche Position. Nun öffnen sich auch die Türen hinter den Ministerbänken und hereinmarschieren die Würdenträger der Reichs- und der preussischen Staatsregierung, an ihrer Spitze, halbvoll lächelnd, ganz diplomatischer Weltmann, der Reichskanzler, Fürst v. Bülow. Reichstagsabgeordneter Eichhoff, die Prinzipien-säule des Freisinn's, spricht eine gefühlvolle Begrüßungsrede und schlägt das Herrenhausmitglied Prinz Schönau-Carolath zum Präsi-denten vor. Selbstverständlich wird dieser sofort durch Juraus gewählt und nimmt würdevoll den Präsidentenstuhl ein; darauf wird das Bureau ernannt; Prinz Schönau hält eine zweite Begrüßungsrede über das „hohe Ideal des Weltfriedens“, die Harmonie unter den Nationen“, das „Vorbild der Monarchen und Staatsoberhäupter“ usw. usw. — und nun kommt der feierliche Moment: Bülow ergreift das Wort als Verfechter der Friedensidee. Er redet von dem schönen Werk, das die Delegierten erstreben, von dem Schutze der Jugend, der Erfahrung des Alters, seiner Eigenschaft als konstitutioneller Reichskanzler, den Friedensbestrebungen der Regierungen und dem feinen Verständnis der deutschen Regierung für die Schiedsgerichts-frage. Lächelnd folgen v. Tirpitz und Kriegsminister v. Einem dem Vortrage — auch sie sind ja Verehrer der hehren Friedensidee. Immer butterweicher wird die Stimmung. — Alles schwimmt in schöner Friedensseligkeit und Mühseligkeit. Doch jetzt kommt das „Andererseits“. Friedensliebe, verkündet mit energischem Tone der „große“ Kanzler, bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe; hehrer, erhabener als alle Friedensliebe ist der Patriotismus, und dieser Patriotismus fordert Rüstungen zu Wasser und zu Lande:

„Velehrt durch seine Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, will und muß Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Es mißbraucht seine Kraft nicht und wird sie nicht mißbrauchen. Das deutsche Volk, das Frieden

wünscht, einen auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden, und das durch Bewahrung des Friedens während so vieler Jahre die Aufrichtigkeit seines Wunsches bewiesen hat, zollt Ihren Arbeiten Beifall. Ich weiß mich mit meinen Landsleuten einig, indem ich Ihnen sage: Mögen Ihre Arbeiten fruchtbar sein, mögen sie nutzbringend sein für alle Völker, deren Vertreter und die große Freude und die große Ehre erweisen haben, nach Berlin zu kommen.“

Großer Beifall, Händeklatschen, Begeisterung. Der Präsident dankt dem Kanzler für seine rührende Rede, an den Kaiser ergoht ein Subdignitätstelegramm — und der große weltgeschichtliche Moment ist vorüber.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September 1908.

Unsere Friedensdemonstration.

Am nächsten Sonntag wird die Deputation englischer Arbeiterführer den Berliner Arbeitern als Vertretern des deutschen Proletariats in einer großen Versammlung in der „Neuen Welt“ die Friedensadresse des englischen Volkes an das deutsche Volk überreichen. Die Berliner Arbeiter werden ihren englischen Genossen einen herzlichen Empfang bereiten. Singer und Legien werden die Adresse und die Ansprachen beantworten.

Die englische Deputation besteht aus folgenden Mitgliedern:

- D. T. Chadleton, M. P. (Parlamentsmitglied), Prä-sident des Trade-Union-Kongresses.
- W. C. Steadman, M. P., Sekretär des parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses.
- Henry Vivian, M. P., Sekretär des Vereins für Arbeiterteilhaberschaften.
- John Wilson, M. P., Sekretär der Vergarbeiterunion für Durham.
- James Rowlands, M. P., John Ward, M. P., Sekretär der Kanal-, Erd- usw. Arbeiterunion.
- C. W. Gowerman, M. P., Präsident des Schriftsetzerverbandes, London.
- F. Maddison, M. P., Sekretär des Bundes für internationale Schiedsgerichte.
- George Richards, M. P., Prä-sident des Verbandes der Landarbeiter.
- A. Havelock Wilson, M. P., Präsident des Verbandes der Matrosen und Zeiger.
- G. D. Kelley, M. P., Sekretär des Lithographen-Verbandes.
- G. S. Roberts, M. P., W. A. Appleton, Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.
- Ben Cooper, Sekretär des Zigarrenarbeiter-Verbandes.
- John Morgan, F. C. Baum, Isaac S. Mitchell, Vorstandsmitglieder des Bundes für internationalen Schiedsgerichte.
- J. E. Williams, C. Freal, Präsident des Verbandes der Schuh- und Stiefelarbeiter.
- J. A. Allen, Präsident des Kongresses der Konfektionsgenossenschaften, 1908.
- L. C. Pentney.

Das Reichsverbands-Talglück.

Die schöne Tafelrede des Reichsverbandsgenerals v. Liebert über den Sieg des Protestantismus bei Sedan hat die Zentrums-presse arg verschmüpft. Die „Köln. Volksztg.“ widmet dem qualmenben Geistesstaßlicht des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie einen zweiten Entrüstungsartikel, der mit den Worten endet:

„Der General v. Liebert ist kein quivis ex populo. Er hat hohe Staatsstellungen eingenommen, steht an der Spitze eines von der Regierung protegierten Vereins und war der Adressat des Selbstverleibes, durch welchen die neue Mosakra eingeleitet wurde. Es kann unmöglich bei den bisherigen Erörterungen über diesen Zwischenfall sein. Weivenden haben. Hier muß ein Mehreres geschehen. Auch die anerkannten Regierungsgorgane müssen über die freche Rede des Generals v. Liebert etwas zu sagen haben. Heber in solcher Sitzung sind besonders gefährlich. Man muß wenigstens wissen, wie die verantwortlichen Stellen in unserem Staatsleben über solche Tätigkeit politisierender Generale denken und was sie zu tun gedenken, um derartige, den inneren Frieden auf das bedenklichste gefährdende Treiben für die Zukunft zu verhindern. Warten wir zunächst ab!“

Selbst gemäßig- liberale Blätter machen sich über die politischen Bodsprünge des großen Strategen des ehrjamen Reichsverbandes lustig. So schreibt höhnisch der „Hamb. Anz.“:

„In der „Kölnischen Volkszeitung“ wird den Katholiken Aus-teilt aus dem Reichsverband empfohlen. Wie möchten daran erinnern, daß schon wiederholt dieser Verband konfessioneller Spaltung gedient hat. Er kann sich jetzt bei seinem taktlosen Prä-sidenten dafür bedanken, daß von neuem in unliebsamer Weise die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt wird. Der all-gemeinen Sache schadet das übrigens nichts. Dieser Reichsverband ist der Sozialdemokratie keineswegs gewachsen und schadet in mancher Beziehung dem gesunden politischen Denken.“

Wir begreifen nicht, warum man sich so aufregt. Herr v. Liebert hat sich nun einmal die hehre Aufgabe gestellt, der Welt zu beweisen, mit wie wenig Verstand man in Preußen-Deutschland General sein kann, und die Ehrlichkeit zwingt uns dazu, anzuerkennen, daß er so-wohl in seiner Eigenschaft als politischer Redner wie als Genera-listimus des Reichsverbandes diese Aufgabe glänzend gelöst hat. —

Konservatismus und Liberalismus.

Die „Arenzzeitung“ setzt sich wieder einmal mit dem „hollösen“ Liberalismus auseinander und fixiert den Gegenfah so:

„Da stehen sich, von den zahlreichen Abarten abgesehen, nur zwei große Weltanschauungen gegenüber, deren Gegensätze sich auch durch die Politik hindurchziehen: der Konservatismus, die Beugung unter die großen Willkürlichkeiten des Lebens, unter Gott, unter die Geschichte, unter die gesellschaftlichen Unterschiede, unter das Recht, und der Liberalismus, die Geringschätzung aller der genannten Realitäten und die Erklärung der scharrenlosen Selbstherrlichkeit des Individuums und die Behandlung desselben nach derselben doktrinen Schablone. Dort Geschichte, hier Lehre! Dort Autorität,

Hier Selbstherrlichkeit! Dort Organismus! Hier Mechanismus! Dort innere Freiheit, hier Zügellosigkeit! Und wie man sonst noch den Gegenstand weiter auseinanderlegen könnte."

Trotz dieser Gegensätze hält es jedoch die „Kreuzzeitung“ für ganz natürlich, daß sich Konserwatismus und Liberalismus im Bloß zusammenfinden und ihre Kräfte dem Dienste des teuren Vaterlandes widmen. Sie muß also doch der Ansicht sein, daß die Wahrung der Autorität mit der Selbstherrlichkeit, des Organismus mit dem Mechanismus, der Freiheit mit der Zügellosigkeit usw. ein ganz nettes politisches Ragout liefert. —

Das Zentrum und der Wahlausfall in Speyer-Ludwigshafen.

Vor der Erftwahl in Speyer-Ludwigshafen wußten konserbative und liberale Blätter zu versichern, daß die Abflehung der Kandidatur Pofadowsty von vielen Zentrumswählern des Kreises verurteilt worden und deshalb darauf zu rechnen sei, daß am Tage der Wahl der Wahlenthaltungsbeschuß vielfach durchbrochen werde. Wie so oft haben sich auch diese Versicherungen wieder als leere Redensarten erwiesen, denn die Zentrumswähler haben im ganzen der Parole Wahlenthaltung getreulich Folge geleistet und nur vielleicht einige Hundert sind nach links oder rechts abgescwanzt.

Das Hauptblatt des bayerischen Zentrums spottet denn auch heute über die Versicherungen der liberalen Blätter und meint:

„Man sieht daraus, was man von den liberalen Pessimisten zu halten hat, die Zentrumswählerchaft des Wahlkreises ist hochlich erobert über die gegebene Direktive, sogar der hochwürdigste Herr Bischof von Speyer wäre mit einer Kundgebung zugunsten Wahls hervorgetreten, wenn sein leidender Gesundheitszustand dies nicht verhindert hätte und wie die liberalen Wahlmärchen sonst noch lauten mögen. Wenn einer von den beiden Kandidaten — aber nur wenige — Zentrumstimmen erhalten hat, dann war es sicher nicht der Liberale. Damit ist auch schon gesagt, wie eine Wahl mit der Kandidatur Pofadowsty ausgefallen wäre. Die Wähler hätten sich nicht einfach kommandieren lassen. Und wenn auch! Selbst wenn der größte Teil, ja alle Zentrumswähler für den von den Liberalen präsentierten Grafen eingetreten wären, er wäre durchgefallen bei der sozialdemokratischen Stimmenziffer und dem Rückgang der Liberalen, der in diesem Falle durch den Ausfall der sozialpolitischen Liberalen Industriellen, Geldmänner usw. noch größer gewesen wäre. Die Kosten des Verfahrens aber hätte das Zentrum zu tragen.“

Konserbative Drohnote.

Die „Konserbative Korrespondenz“ bestreitet, daß die Reform der Arbeiterversicherungsgeetze bereits soweit gediehen sei, daß sie dem Reichstag vorgelegt werden könne. Das parteifremde Blatt droht, daß auf eine platte Annahme der Regierungabsichten nicht gerechnet werden könne, und bedauert, daß die anderweitige Regelung des Krankenversicherungsgesetzes durch Einbeziehung in diese allgemeine Reform verschleppt werde.

Die Konservativen sind entschiedene Gegner jeglichen Fortschritts auf dem Gebiete der Sozialpolitik, dagegen können sie den Moment kaum erwarten, der die Krankenkassen der Bureautraie ausliefert.

Der Kuhhandel beginnt.

Zu einer Mitteilung über den Inhalt der Vorlagen zur Reichsfinanzreform hatte, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, Staatssekretär Sydow Mitglieder der deutsch-konserbativen Partei des Reichstages für den 14. d. M. in das Reichschloßamt eingeladen. Es war jedoch nur dem Abgeordneten Freiherrn v. Michthofen-Damendorf möglich gewesen, zu erscheinen.

Einen Tag später hat Herr Sydow die Antisemiten Lattmann und Viehermann empfangen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß auch bereits Nationalliberale und Freisinnige über den Inhalt der Steuervorlagen informiert worden sind. Gegen diese Methode, erst mit den der Regierung ergebenen Parteien zu händeln, ehe man dem Volke Aufklärung gibt, kann nicht scharf genug protestiert werden. Wenn im trauten Beisammensein, hinter den Kulissen, feste Abmachungen getroffen werden, dann drückt man die Verhandlungen des Reichstages zur Narce herab. —

Von der militärischen Disziplin.

Vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg hatte sich am Mittwoch der Musketier Müller I vom 20. Infanterieregiment wegen Währungsverletzung und Gehoramsverweigerung zu verantworten. Müller, der aus irgend einem Grunde in Untersuchungshaft saß, sollte während der Freistunde, als auf dem Kasernenhof die Untersuchungsgefangenen umhergeführt wurden, die Abstände nicht genau innegehalten und zwei deswegen erteilte Befehle des Arresthausaufsehers nicht beachtet haben. Der Aufseher, ein Bizefeldwebel, befaß dann den Gefangenen, zu halten. Da das nicht gleich geschah, predigte er seinen Arm vor, um so die Leute zum Halten zu bringen. Dabei erzielte Müller und ein Gefreiter einen leichten Stoß vor die Brust, was Müller Veranlassung gab, zu sagen: „Lassen Sie mich nicht an; sonst beschwere ich mich beim Feldwebel.“ Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten wegen dieser Worte zu zwei Monaten Gefängnis, wobei es noch als strafmildernd anmaßt, daß der Angeklagte durch das Verhalten des Arresthausaufsehers gereizt worden sei. —

Wie Bombentatate entstehen.

Am Nachmittag des 31. Januar war in Breslau auf dem Polizeipräsidium der Provokationsreisende und frühere Student der Chemie Herbert Bürger erschienen und hatte unter den Angeklagten der höchsten Aufregung zu Protokoll erklärt, daß er soeben in einem Café die französische geführte Unterhaltung zweier Russen belauscht habe, die ein Bombentatate auf Wilhelm II. geplant hätten. Der Student Osty Dider habe den zweiten Russen aufgefodert, sofort nach Berlin zu fahren, wo ihm eine ihn erwartende Droschke nach dem Stettiner Bahnhof bringen werde. Hier werde ihm ein Herr Geld geben, mit dem er nach Paris fliehen solle, wenn er das Tatate ausgeführt habe. Die Bombe, die er ihm übergebe, sei mit Nitroglycerin geladen und seine eigene Erfindung. Mit ihr werde der andere den Kaiser in die Luft sprengen, daß es eine Freude sei.

Die Breslauer Polizei fiel auf diesen bahnbrechenden Schwindel, dem sie die Unmöglichkeit eigentlich auf der Stelle hätte ansetzen sollen, tatsächlich herein. Es galt also die Person des Kaisers zu retten und sich unsterbliche Verdienste zu sichern. Eine mächtige Staatsaktion wurde eingeleitet. Zwei Kriminalbeamte holten den Hochverräter Dider aus seiner Wohnung ab und nahmen den Erschrockenen nach dem Polizeipräsidium, wo er einem hochmilitärischen Verhör unterworfen wurde. Glücklicherweise konnte Dider sofort den Nachweid führen, daß er zur kritischen Zeit gar nicht im Café, sondern im Universitätslaboratorium beim Studium gewesen sei und zwar den ganzen Nachmittag. Trotzdem wurde noch bei ihm eine genaue Hausdurchsuchung gehalten, die aber weder Bomben noch Dynamit oder sonstige Sprengstoffe zutage förderte.

Mit Dider war's also nicht. So leicht gibt aber die Polizei die Spur eines furchtbaren Attentats und noch dazu gegen den Kaiser, nicht auf. Nun wurde auf einen Doppelgänger Diders gefaßt. Endlich waren auch die Breslauer „Kriminalen“, davon überzeugt, daß sie böse an der Nase herumgeführt worden waren. Die erdramatisierten Auszeichnungen waren fiktiv, dafür aber wurde Bürger trotzdem wissenschaftlich fassiger Aufschubung unter Anklage gestellt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Freisinniger „Protest“ gegen das Klassenwahlrecht.

Für die Landtagswahl in London haben die Freisinnigen Wahlenthaltung beschlossen. Sie wollen nach der „Kieler Zeitung“

dadurch gegen das reaktionäre Landtagswahlrecht, das nicht einmal eine Neuwahl der Wahlmänner bei Erftwahlen anordnet, Protest erheben.

Das ist wieder einmal echt freisinnig, denn auf diese Art wird den Nationalliberalen das Mandat ohne jeden Kampf überlassen. Auf wen will man denn mit einem solchen Protest Eindruck machen? —

Manöveropfer.

Wie der „Mäßer“ feststellt, hat das Divisionsmanöver im Oberelb bisher 11 Tote gekostet. Im Spital von Pilsingen liegen noch 7 Mann krank. Die 14 Jäger haben 80 Verwundete. Die Schuld an diesen Verlusten wird den öfteren Vivaldi zugemessen, die trotz eines fast firtulartigen Regentwetters unterbrochen von tropischer Hitze und trotz empfindlicher Morgengrähe abgehalten wurden. Ist mag noch dazu gekommen sein, daß die Truppen morgens schon um 1 oder 2 Uhr halb oder ganz nüchtern ausgerückt sind. Für das Korpsmanöver sind die Vivaldi verboten worden. —

Oesterreich.

Strafendemonstrationen in Pest.

Budapest, 16. September. Die sozialdemokratische Partei hielt heute abend Versammlungen ab, um den Angriffen entgegenzutreten, die auf dem Katholikentag am vergangenen Sonntag gegen die Partei gerichtet worden waren. Nach Schluß der ruhig verlaufenen Versammlungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Sozialisten, die sich in großer Zahl vor der Redaktion einer Zeitung eingefunden hatten, um eine Demonstration zu veranstalten. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Diese sammelte sich jedoch wieder, sobald die Polizei zu neuem Vorgehen genötigt war. Es gelang ihr schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen wurden mehrere Personen, größtenteils leicht verletzt. Es wurden 23 Verhaftungen vorgenommen.

Für das Wahlrecht.

Budapest, 17. September. Für den Vorabend der Eröffnung des Parlaments sind von der sozialdemokratischen Partei am Montag 26 Protestversammlungen und Demonstrationszüge in der ganzen Stadt angekündigt. Bevor das universelle Wahlrecht nicht erreicht wird, heißt es in dem Aufruf, wird in diesem Lande keine Ruhe sein.

Ministerbegegnung.

Wien, 18. September. Ueber die jüngst stattgehabte Begegnung des österreichischen und russischen Ministers des Aeußern wird folgendes offizielle Communiqué ausgegeben: Die zu Warschau stattgehabte Begegnung zwischen dem Baron Aehrenthal hat den beiden Staatsmännern Gelegenheit gegeben, sich nicht nur über die allgemeine Lage in Europa sondern hauptsächlich über die Angelegenheiten der Türkei miteinander auszusprechen, wo seit dem letzten Sommer eine durchgreifende Veränderung der Verhältnisse stattgefunden hat. Auf Grund dieses Gedankenaustausches waren die beiden Minister in der Lage, vollkommene Uebereinstimmung ihrer Ansichten über die Lage in der Türkei zu konstatieren. Die diesbezügliche allgemein akzeptierte Parole ist, dem neuen Regime in der Türkei gegenüber eine wohlwollende und zuwartende Haltung einzunehmen, von der Hoffnung ausgehend, daß daselbst sich konsolidieren und zu einem Element des Friedens in Europa werde.

Schweden.

Die Wahlen.

Stockholm, 17. September. Die Wahlen ergaben 84 Konserbative, 68 Liberale und 16 Sozialisten, zusammen 168 von 230 Abgeordneten. Die Rechte verlor 16, während die Liberale und Sozialisten je 8 Mandate gewonnen haben.

Norwegen.

Ein Zeugniszwangsverfahren.

Kristiania, 16. September. (Fig. Ber.)

Im Februar dieses Jahres brachte „Socialdemokraten“ in Kristiania zwei Artikel, in denen geschildert wurde, wie der Rittmeister Mischelet in der militärischen Reithule die Reuten auszubilden pflegte. Es wurde darin behauptet, daß ein gut Teil des Reitunterrichts in Schellen und Fischen bestehe und daß der Rittmeister seine Untergebenen mit Ausdrücken wie „Esel“, „Lazaronne“ und „Idiot“ anzureden pflegte. Infolge dieser Artikel wurde gegen den Hauptredakteur, Genossen Jepsen, ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet. Er sollte und soll noch immer Auskunft darüber geben, woher oder von wem „Socialdemokraten“ jene Mitteilungen erhalten hat, und da er sich selbstverständlich weigerte, das Redaktionsgeheimnis zu verraten, wurde er zunächst zu 300 Kronen Geldstrafe verurteilt. Am Montag mußte Jepsen in derselben Sache zum zweitenmal vor dem militärischen Verhörsgericht erscheinen und wurde nun wegen fortgesetzter Zeugnisverweigerung zu einer Strafe von tausend Kronen oder 30 Tagen Gefängnis, sowie zu den Kosten des Verfahrens, 25 Kronen, verurteilt. Das letzte Zwangsmittel, das das norwegische Strafgesetzbuch in dieser Hinsicht zuläßt, ist eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis, und nach dem bisherigen Vorgehen scheint es, daß das Gericht auch dieses äußerste Mittel anwenden will. Das Verfahren gegen unseren Genossen wird selbst in sonst reaktionären Blättern scharf verurteilt.

„Socialdemokraten“ brachte vorgestern abermals einen Artikel über den Rittmeister Mischelet, verfaßt von einem Unteroffizier, der als Rekrut seine Ausbildungsmethode kennen gelernt hat. Der Rittmeister hatte damals gerade in Preußen Studien gemacht und wollte nun die dort beobachtete Reitmethode in Norwegen einführen. Der Erfolg war, daß die Pferde verdorben wurden. Vermutlich hat der Rittmeister die preussischen Schimpfmethode besser gelernt als die Reitmethoden.

England.

Parlamentarische Erftwahl.

London, 10. September. In Newcastle-on-Tyne ist infolge des Ablebens des liberalen Abgeordneten Cairns eine Erftwahl erforderlich. Newcastle wählt zwei Abgeordnete. Bei den Hauptwahlen im Januar 1906 standen dort vier Kandidaten: ein Arbeiter, ein Liberaler und zwei Konserbative. Es wurden gewählt: Hudson (Arbeiter) mit 18 869 Stimmen, Cairns mit 18 423. An Stelle des nunmehr verstorbenen Cairns kandidieren: ein Arbeiter, ein Liberaler und ein Konservativ. Das Eintreten der Arbeiterpartei in den Wahlkampf hat in liberalen Kreisen große Entrüstung hervorgerufen. Die Arbeiterkandidatur bildet für uns einen weiteren Beweis für den erforderlichen Fortschritt der Arbeiterpartei auf dem Wege des Klassenkampfes.

Notwehr gequälter Matrosen.

London, 17. September. Der „Standard“ berichtet: Ein in Plymouth von einem Kreuzer, der mit Ablösungstruppen nach Australien fährt, angekommener Brief meldet, daß die Schiffebelegung, vertriehlich über die Ankerlegung schwerer Arbeiten zur Nachtzeit, die Zielvorrichtungen an fast allen Kanonen zerstörte. Der Schaden wird auf viele hundert Pfund geschätzt; der Kreuzer wurde für eine Zeit unbrauchbar zum Gefecht. Die Angelegenheit wurde dem Admiral bei der Ankunft in Colombo gemeldet. Daraufhin wurden die zur Entdeckung der Schuldigen alle Freiheiten der Offiziere und Mannschaft beschränkt, sowie die Kantine geschlossen und das Rauchen verboten.

Rußland.

Gegen die Drangsalierung der Universitäten.

Petersburg, 17. September. Der der Kadettenpartei angehörende Rektor der hiesigen Universität Professor Borgmann und der Prorektor Professor Braun legten ihr Amt nieder. Sämtliche Professoren der Universität beschloßen einstimmig, bei dem Unterrichtsministerium gegen die kürzlichen Verordnungen über die Aufhebung und Stellung der Fakultätsältesten sowie über die Beschränkung der studentischen Versammlungsfreiheit und gegen die Bestimmung, daß Universitätsprofessoren nur der Regierung genehmen Parteien angehören dürfen, zu protestieren. Der Protest weist auf die Unvereinbarkeit der Verordnungen mit dem kaiserlichen Ukas vom 2. September 1905 hin, der die Autonomie der Hochschulen garantiert. Die Professoren lehnen jede Verantwortung für unliebsame Konsequenzen ab, die sich aus den ministeriellen Maßregeln ergeben könnten.

Persien.

Die Lage in Täbris.

Täbris, 18. September. Während die Revolutionäre neue Befestigungen aufwerfen, ist auf Seiten Kin ed Daulehs und seiner Truppen keine besondere Tätigkeit wahrnehmbar. In Marand befinden sich zwoitausend Matrosen mit sechs Geschützen. Diese Truppenmacht wird gegen die Revolutionäre vorrücken.

Wer ist schuld!

Die schwere Finanznot, in der sich das Deutsche Reich wieder befindet, hat auch in „staatsverhaltenden“ Kreisen zur Erkenntnis geführt, daß es „so nicht weitergehen kann“, das heißt, daß nichts damit getan ist, neue Steuern zu finden, sondern daß unser Finanzwesen auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. So gar die offizielle Veröffentlichung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ sprach davon, daß „äußerste Sparsamkeit“ endlich in unsere Finanzwirtschaft einkehren müsse. Freilich, wie diese offizielle Sparsamkeit aussehen wird, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man liest, daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nur einige Ersparnis an Bauten und an Beamtengehältern vorkuschelt, dagegen nicht versichert, daß an den militärischen Ausgaben nichts gespart werden soll. Liegt es doch auf der Hand, daß alle Ersparnis ein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben muß, so lange sie nicht in erster Reihe sich auf die Militärausgaben erstreckt, die z. B. im diesjährigen Etat wieder rund die Hälfte aller Einnahmen des Reiches (1265 von insgesamt circa 2600 Millionen) verschlingen. Was nützen die paar Millionen, die allenfalls durch billiges Bauen und durch die Beseitigung überflüssiger Beamten erspart werden können, wenn der Militäretat mit seinen weit über 1000 Millionen forsfährt, die tiefsten Löcher in den Reichsbeutel zu reißen! Wobei überdies nicht vergessen werden darf, daß bei den bekannten Geyflogenheiten unserer Regierungler jede Einschränkung der Beamtengehälter sozial im höchsten Maße bedenklich ist; denn die hohen Beamten sind es schließlich nicht, bei denen man sparen wird. Im Gegenteil, sollen doch die preussischen Regierungspräsidenten, die schon 12—15 000 M. im Jahre beziehen, zur landesgemäßen Lebenshaltung eine „Repräsentationszulage“ von 8000 M. erhalten. Der Geist aber, der in Preußen weht, der weht auch im Deutschen Reich. Und so können wir es erleben, daß die versprochene Ersparnis nur die knappen Einkünfte der mittleren und unteren Beamten noch mehr einschränkt, indes die hohen und höchsten Tausende erhalten, um würdig repräsentieren zu können.

Die Erkenntnis, daß jede wirkliche Ersparnis bei den Militärausgaben anfangen muß, ist nur das Ergebnis eines einfachen Rechengempeles. Da Rot an Rot ist, geht sie also auch den bürgerlichen Politikern auf. Das Zentrum, das Jahrzehnte lang regierende Partei war und das ungeheuerliche Anwachsen der Militärausgaben mit verschuldet hat, tut jetzt, als wenn es aus einem langen Schlaf aufwacht, spielt den Ersparnter und forschert mit ernster Miene — wie es dem geübten Komödianten ziemt — wer denn eigentlich schuld daran sei. Dabei ist die „Königliche Volkszeitung“ auf den drolligen Einfall geraten, die Schuld dem Kaiser persönlich aufzuhalsen! Sie schreibt:

„Es muß im gegenwärtigen ersten Augenblicke offen ausgesprochen werden, daß auch die unerwünschte Gestaltung der Reichsfinanzen zum guten Teil auf das direkte Eingreifen der „obersten Kommandogewalt“ im Reich zurückzuführen ist. Bei seinem idealen, hochgemuteten Streben auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens trägt Kaiser Wilhelm II. der harten Realität der Dinge nicht immer ausreichend Rechnung. Wenn es für ihn gilt, ein ihm vorstehendes Ziel zu erreichen, gibt es für ihn keine Schwierigkeiten materieller Art, die sich aber trotzdem an anderer Stelle bald in sehr fühlbarer Weise geltend machen. Kein Zweifel, daß die immer gesteigerten Anforderungen für Heeres- und Marinezwecke vor allem aus der eigenen Initiative des Kaisers hervorgegangen sind. In den verantwortlichen Stellen war anscheinend nicht jederzeit der Wille oder die Kraft vorhanden, auf die finanziellen Konsequenzen mit ausreichendem Nachdruck hinzuweisen.“

Dieser heitere Verluß des Zentrums, die eigene Schuld auf einen anderen abzuwälzen, wird bei jedem Kundigen nur einem verständnisvollen Lächeln begegnen. So liegen die Dinge doch nicht, daß die bloße Initiative des Kaisers ausgereicht hätte, die Militärausgaben des Deutschen Reichs von 580 Millionen im Jahre 1888 auf 1265 Millionen im Jahre 1908 zu steigern, wenn ihm nicht die Bourgeoisie aus vollem Herzen dabei zur Seite gestanden hätte. Sind doch auch im vorausgegangenen Jahrzehnt diese Ausgaben von 420 Millionen im Jahre 1878 auf 580 im Jahre 1888 gestiegen, während die Initiative Wilhelms II. noch durchaus fehlte. Die Sache ist vielmehr die, daß die ständige Vermehrung und Verstärkung der bewaffneten Macht im Interesse der Bourgeoisie liegt. Deshalb hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die von Jahr zu Jahr steigenden Kosten bewilligt, zumal dabei stets Sorge getragen wurde, daß diese Kosten größtenteils vom Proletariat getragen werden. Die Arme in ihrer jetzigen Form ist vor allem eine Waffe der Bourgeoisie zur Wiederherhaltung des Proletariats. Wer's nicht glaubt, der sei daran erinnert, daß im Jahre 1874, als sich heftige Militärdébatten im Reichstage entsponnen hatten, der alte Kaiser Wilhelm es mit bürren Worten

ausdrück: er wolle die Armee „als väterliches Vermächtnis für seinen Sohn und als kaiserliche Schutzwehr für Reich und Volk wider innere und äußere Feinde“ hinterlassen. Die „inneren“ Feinde waren ihm die Hauptgefahr, sie stehen an erster Stelle. Wer aber sind denn diese „inneren“ Feinde? Das sind die Proletarier. Da haben wir das klare Eingeständnis, daß der erste und oberste Zweck der Armee ist, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu schützen. Und daß neuerdings in dieser Anschauung kein Wandel eingetreten ist, brauchen wir wohl nicht erst nachzuweisen.

An diese Aufgabe setzt sich aber mit eiserner Notwendigkeit alles folgende. Ihr verdanken wir vor allen Dingen die grausame Disziplin in der Armee, die aus dem bewaffneten Mann ein willenloses Werkzeug seiner Vorgesetzten macht. Solch blinder Gehorsam ist notwendig, wenn man will, daß die Soldaten auf Befehl auch auf die eigenen Brüder, auf Vater und Mutter schießen sollen. Aber ganz selbstverständlich ist sie für die Wehrhaftigkeit und damit für die Landesverteidigung schädlich. Gerade in der jüngsten Zeit haben wir wieder und wieder von berufener Seite gehört, daß ein künstlicher Krieg sehr viel höhere Anforderungen an jeder frühere an die Intelligenz, die Selbständigkeit, die Entschlußkraft, die Willensstärke des einzelnen Mannes stellen wird. Und zu gleicher Zeit erzieht man die Soldaten in der Kaserne zu blinder Unterwürfigkeit, treibt ihnen jede Selbständigkeit und jedes Selbstbewußtsein aus! Das ist der Zwiespalt zwischen den Sonderinteressen der Bourgeoisie und den Interessen der Landesverteidigung. Das Sonderinteresse der Bourgeoisie erfordert eine blindlings gehorchende, unterwürfige Armee; die Landesverteidigung erfordert selbstbewusste Männer, wie sie die Volkswehr liefern würde. Männer, die jeden ins Land bringenden Feind mit Begeisterung zurückwerfen würden, weil sie für ihre eigene Sache fechten.

Weil nun aber die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu ihrem Schutze eine solche stehende Armee braucht, wie wir sie gegenwärtig haben, und weil dabei die Interessen der Landesverteidigung viel zu kurz kommen, so ergibt sich daraus die weitere Notwendigkeit, das stehende Heer beständig zu vermehren und zu verstärken. — Es bleibt als einzige Garantie der Sicherheit die immer steigende Zahl der Soldaten übrig. Mit einer solchen Armee ist die Landesverteidigung nur gesichert, wenn wir stets mindestens ebenso viele Soldaten haben wie die anderen Staaten. Stellt Frankreich ein neues Bataillon auf, müssen wir womöglich zwei aufstellen; baut England zwei neue Schlachtschiffe, müssen wir wenigstens eins bauen. Und so ergibt sich das wahnsinnige Wettrüsten als notwendige Konsequenz unseres Heersystems. Das Wettrüsten aber ist die Quelle unserer Finanzmiserie. Deshalb bleibe man uns vom Leibe mit den billigen Nebenarten über Sparsamkeit. Es gibt nur eine wirksame Sparsamkeit; es gibt nur eine Möglichkeit, unser Finanzwesen „auf eine andere Grundlage“ zu stellen, das ist die Sparsamkeit beim Militär, die Verrücktheit des gegenwärtigen Heersystems und die Einführung der Volkswehr. Daß dies nicht geschieht und daß infolgedessen die Finanzmiserie immer schlimmer wird, ist jedoch keineswegs Schuld einer einzelnen Person, sondern Schuld tragen die Herrschaftsinteressen der Bourgeoisie.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. G. B. Diez Nachf., Stuttgart, erscheint in einigen Wochen:

Karl Rautsch, *Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung.* XVI und 600 Seiten. Preis broschiert 5 M., gebunden 7,75 M.

Der Inhalt gliedert sich wie folgt: I. Die Persönlichkeit Jesu. 1. Die heidnischen Quellen. 2. Die christlichen Quellen. 3. Der Kampf um das Jesusbild. II. Die Gesellschaft der römischen Kaiserzeit. 1. Die Sklavewirtschaft. 2. Staat, Handel und Verkehr. 3. Denken und Empfinden der Kaiserzeit. III. Das Judentum. 1. Israel. 2. Das Judentum seit dem Exil. IV. Die Anfänge des Christentums. 1. Die urchristliche Gemeinde. 2. Die christliche Messiasidee. 3. Judentum und Heidenchristen. 4. Die Passionsgeschichte Christi. 5. Die Entwicklung der Gemeindeorganisation. 6. Christentum und Sozialdemokratie.

Vorher noch gelangt zur Ausgabe:

Kaufmann Erdmann, *Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland.* Der erste Teil enthält: Die katholische Arbeiterbewegung, — der zweite: Die evangelische Arbeiterbewegung, — der dritte: Die christliche Gewerkschaftsbewegung, und der vierte Teil: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. VIII und 720 Seiten. Preis broschiert 9 M., gebunden 10,50 M.

Bestellungen auf die beiden Werke nehmen schon jetzt alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben Gustav Adoff, ein Fürstenspiel zu Lehr und Ruh der deutschen Arbeiter von Franz Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort.

Die erste Auflage dieser Schrift erschien vor circa 14 Jahren, als der dreihundertste Geburtstag des schwedischen Königs Gustav Adoff die deutschen Nordpatrioten zu feurigen Hymnen begeisterte und dieser Verwüster deutscher Kultur als der „Veseler Deutschlands“ gefeiert wurde. Seit längerer Zeit war die Schrift vergriffen; die vielfache Nachfrage veranlaßte diese zweite Ausgabe. Im Vorwort entgegnet der Verfasser einigen Kritikern seiner Schrift. Preis 1 M., Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Gewerkchaftliches.

Wie die Industriellen über die Gelben denken.

Eine Probe davon, wie hoch, oder richtiger gesagt, wie niedrig die Nährväter der Gelben diese einschätzen, liefern die kürzlich veröffentlichten Dokumente des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens mit Bezug auf den gelben Kongress in Waldenburg. Nicht weniger interessant sind in dieser Beziehung die Verhandlungen der kürzlich in München stattgefundenen Arbeitsnachweis-Konferenz der Arbeitgeberverbände, deren Ergebnis wir schon kurz mitgeteilt haben. Jetzt bringt die „Arbeiter-Zeitung“ die ausführlichen Berichte hierüber.

Aus den gepflogenen Verhandlungen geht deutlich erkennbar hervor, daß die Unternehmer selbst den Gelben, ihren eigenen Geschöpfen, nicht recht trauen; immer leben sie in der Furcht, es möchten einmal wirkliche Arbeitervertreter aus diesen werden. Zu bedenken ist aber — so führte der Vor-

sitzende Kommerzienrat Dr. Meckl-Altona aus —, daß alle derartigen Vereinigungen mit der Zeit und besonders mit dem wachsenden Maß ihrer Kräfte zur Emanzipation von dem Einfluß des Unternehmertums neigen. Herr Dr. Schellwin-Berlin, der Referent über den Punkt: „Gelbe Verbände und der Arbeitsnachweis“, empfahl ebenfalls, den gelben Organisationen gegenüber eine „abwartende Haltung“ einzunehmen. Bezüglich der Absicht der Gelben, sich auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises zu betätigen, vertritt der Referent die Ansicht, daß die Arbeitgeber solche Bestrebungen bekämpfen müßten, da die Arbeitsvermittlung unbedingt den Arbeitgebern vorbehalten bleiben müsse. In der Diskussion wurde dieser Auffassung allseitig zugestimmt. Man soll sich den gelben Gewerkschaften gegenüber zwar sympathisch stellen, ohne sie deshalb „künstlich zu forcieren“. Herr Meckl warnte davor, daß die Nachweise der Arbeitgeber bei Streiks und Aussperrungen etwa die Gelben bevorzugen. Mit einer solchen Bevorzugung der Gelben werde nichts anderes erreicht, als daß man die „Noten“ ins gelbe Lager hineintreibe und dadurch die „Entwickelung der antisozialdemokratischen Arbeiterbewegung gefährde“. Denn die sozialdemokratischen Arbeiter nähmen diesen Übertritt nicht im mindesten ernst, insofern sie ihre wahren Eigenschaften und Anschauungen durchaus beibehalten und diese höchstens in die gelbe Organisation hineintriebe. Der gleichen Ansicht neigte auch die überwiegende Mehrzahl der Diskussionsredner zu. Herr Dr. Hoff-Düsseldorf glaubte dann noch auf eine weitere Gefahr hinzuweisen zu müssen. Die Regierung, so meinte er, könne früher oder später einmal die gelbe Bewegung zu „gouvernementalen Zwecken in Entreprisen“ nehmen und ihr dadurch eine Macht verschaffen, die dem Unternehmertum verhängnisvoll werden könne.

Man sieht aus den wenigen Stichproben, in welcher Zwischmühle das Unternehmertum sich gegenüber seinen gelben Geschöpfen befindet. Die Herren brauchen eine Schutztruppe gegen die flassenbewußte Arbeiterschaft. Um eine solche zu besitzen, lassen sie es sich schon gern etwas kosten; allzu teuer darf es aber auch nicht werden und das hineingesteckte Geld muß vor allen Dingen reichliche Früchte tragen. Jede finanzielle Unterstützung macht die Gelben aber auch begehrlicher und mit der Zeit, so befürchten die Unternehmer, unabhängiger, und schließlich stellen sie sogar auch Forderungen. Was haben dann die Unternehmer davon gehabt? Als geriebene Geschäftsleute sind sie gewöhnt, Gelder nur dort aufzuwenden, wo ihnen Vorteil gesichert ist. Schlimm, sehr schlimm für sie, daß selbst die von ihnen aufgebäpelten Gelben keine rechte Sicherheit für alle Zukunft bieten. Fast könnten die Scharfmacher uns leid tun.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Rohrlager und Helfer.

Diesem Kollegen, die bei den Firmen arbeiten, welche unsern neuen Tarif anerkennen haben, werden ersucht, ihre Vertrauensmänner darauf aufmerksam zu machen, daß dieselben sofort ihre Adressen unter Angabe der Firma, wo sie beschäftigt sind, an das Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Charitéstraße 8, einsenden.

So kein Vertrauensmann ist, müssen die Kollegen sofort eine Wahl desselben vornehmen.

Bei den Firmen, wo nur einzelne beschäftigt sind, ersuchen wir, daß sich die betreffenden Kollegen persönlich in dem obengenannten Bureau melden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin. Verband der Kupferschmiede. Filiale Berlin. Zentralverband der Schmiede. Jahnhalle Berlin.

Achtung, Rohrlager und Helfer!

Die Sperre bei der Firma Rath u. Co., Potsdamer Straße 92, ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Brauereiarbeiter!

Zu der Berichtigung der Brauerei Oswald Berliner in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bemerken wir folgendes: Die Brauerei Oswald Berliner hat durch ihre Verdrängung, in welcher sie sich an Lebensfähigkeit klammert, die Tatsache nicht bestreiten können, daß sie, obgleich im Arbeitsnachweis 200 Brauer seit Monaten auf Arbeit warten, einen Brauer ohne Benutzung des Arbeitsnachweises (auf Prozentfuß) eingestellt hat. Dieses Verhalten der Brauerei Berliner ist ein Schlag ins Gesicht der Berliner arbeitssuchenden Brauereiarbeiter. Bietet man noch in Betracht, daß diese Prozentfußstellungen lediglich zu dem Zwecke geschahen, um organisierte Brauereiarbeiter aus dem Betriebe fernzuhalten, so kann man mit Zug und Recht von einem arbeiters- und organisationsfeindlichen Verhalten der Brauerei Oswald Berliner sprechen. Wenn die Brauerei O. Berliner in ihrer Verdrängung mittelst, es sei nicht wahr, daß sie einen Brauer aus fester Stellung heraus eingestellt habe, so erklären wir, daß zu einer Zeit, als der in Frage kommende Brauer noch bei Sent in Potsdam arbeitete, bereits bei der unterzeichneten Ortsverwaltung die Nachricht einging, daß dessen Einstellung auf Prozentfuß zum 15. d. M. bei der Brauerei O. Berliner erfolgen solle.

Wir fordern unsere Mitglieder nochmals auf, sobald sie von einer Einstellung auf Prozentfuß Kenntnis erhalten, oder wenn ihnen bekannt wird, daß in einem Betriebe eine Einstellung, gleich welcher Branche, beabsichtigt ist, sofort in unserm Bureau dies zu melden. Unter keinen Umständen darf dieser Zustand weiter bestehen, daß einzelne Unstäten Berlins durch Umgehung des Arbeitsnachweises blau, gelbe und sonstige Hehlwege in ihre Betriebe einstellen und unsere Verbandsmitglieder mit ihren Familien bei der zurzeit bestehenden großen Arbeitslosigkeit im Braugewerbe an Hungerlücke nagen müssen.

Brauereiarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin. C. 54, Rulandstr. 10, Bernspr. - Amt III, Nr. 4519.

Deutsches Reich.

Zu den Tarifabschlüssen im deutschen Baugewerbe.

Der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe hat am 16. d. M. ein Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Verbände gerichtet, in welchem auf das Protokoll Bezug genommen wird, das den Verbänden bereits übersandt ist, wonach alle Verträge unter der Voraussetzung unterzeichnet werden sollten, daß auch die Verträge für Leipzig, Jena (Zimmerer), Pilsen, Salzgünz und Emden nachträglich unterzeichnet werden und sämtliche Verträge als ein Ganzes anzusehen und von beiden Parteien zu schließen sind. In den vorgenannten Orten gelangten die Verträge nicht zum Abschluß, da die Arbeiterorganisationen sich weigerten, die Verträge anzuerkennen und zu unterzeichnen. Die Situation war schwierig, da die Verträge nur in ihrer Gesamtheit genehmigt werden sollten und nicht ein einzelner Vertrag hätte fehlen dürfen. Der Vorstand war sich aber darüber einig, daß die Krönung des langwierigen Einigungswerkes, die Genehmigung und Vollziehung der Verträge, nicht an der wörtlichen Aufrechterhaltung der protokolllarischen Erklärung und an dem Verhalten einiger Arbeitgeberverbände und Zahlstellen der Arbeiter scheitern dürfe.

Der Vorstand war einstimmig der Meinung, daß das Kollegium der Unparteiischen die Schiedssprüche nicht ändern und daß die in

Betracht kommenden Verbände, der Einmütigkeit des Bundesvorstandes Rechnung tragend, ihre Proteste gegen die Schiedssprüche zurückziehen und die Tarifverträge abschließen werden. Das Kollegium der Unparteiischen hat die Revision der Schiedssprüche abgelehnt, wie aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Berliner Gewerkegerichts hervorgeht. Der Bundesvorstand hält es für genügend, wenn diese fraglichen Verträge von den Zentralverbänden der Gewerkschaften unterzeichnet werden, und zwar im Hinblick darauf, daß die vertragschließenden Parteien sämtliche Verträge als ein Ganzes ansehen und gemeinsam zu schließen gewillt sind. Wir richten deshalb an die beteiligten Verbände die dringende Bitte, der Entscheidung des Bundesvorstandes und der Vereinbarung der Zentralverbände beizutreten und die rückständigen Verträge alsbald abzuschließen und uns zur Genehmigung einzureichen.

Unter den eingereichten Verträgen befanden sich solche, welche mit außerhalb unseres Vertragsverhältnisses stehende Organisationen abgeschlossen sind und aus diesem Grunde nicht durch die Zentralverbände genehmigt werden konnten. Das Vertragsverhältnis unseres Bundes erstreckt sich, worauf wir nochmals hinweisen, auf die drei Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands und auf den Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Die uns einzureichenden Verträge sind nur mit diesen Organisationen abzuschließen.

Schließlich machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die weiterhin ablaufenden Tarifverträge drei Monate vor dem Ablauftermin zu kündigen und auf der Grundlage des vereinbarten Vertragsmusters und der dazu gehörigen protokolllarischen Erklärungen zu erneuern sind.

Ausland.

Aussperrung der Metallarbeiter in Helsingfors.

Am 15. September haben zwanzig große Metallfabriken ihren sämtlichen Arbeitern zum 1. Oktober gekündigt. Gegen 4000 Arbeiter nebst Familien werden dadurch betroffen. Die Aussperrung erstreckt sich über ganz Finnland. Außerhalb des Verbandes der Fabrikanten stehende Unternehmungen arbeiten weiter, haben aber die Unterstützung der Aussperrung zugesagt. Forderung der Arbeiter 40 Pf. pro Stunde für gelernte und 35 Pf. für ungelernete Arbeiter. Die Fabrikanten bieten 35 bzw. 30 Pf. Natürlich gibt es auch andere Forderungen, wo keine Einigung stattgefunden. Die Fabrikanten und die bürgerliche Presse sprachen sich von einer Einigungsmöglichkeit, während sie am 27. August den Vertretern der Arbeiter die Möglichkeit der Annahme ihrer Bedingungen ließen. In Anbetracht der großen Zahl der Arbeitslosen wird die finnische Arbeiterschaft durch diese Aussperrung sehr hart betroffen. Die Unternehmer hoffen die Organisationen ganz zerstören zu können.

Gerichts-Zeitung.

Der bequeme Schuhmann.

Wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde mußte sich gestern der frühere Schuhmann Wilhelm Wächter vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte war in einem Polizeirevier im Osten Berlins als Schuhmann im Dienst gewesen. Mitte Februar d. J. erhielt er den Auftrag, dem Brauereiarbeiter R. ein Strafmandat zuzustellen. Rädter begab sich wiederholt nach der Wohnung des R., traf diesen aber nie an. Am 15. Februar traf R. wiederum den R. nicht an. Während des Wartens vor der Tür bemerkte er aber auf der Rückseite des Strafmandats den Tag der Zustellung. Als nicht geöffnet wurde, ging er auf das Revierbureau zurück, ließ sich dort den Verhandlungsbogen geben und verlas diesen mit dem Vermerk: „15. Februar behandelt.“ Der Angeklagte beabsichtigte nun, den R. am nächsten Tage aufzusuchen und ihn das Strafmandat zuzustellen. Der Angeklagte verwarf nun aber diese Zustellung und erst eine Woche später fand er zu seinem Schrecken noch das Strafmandat in der Tasche. Diese späte Zustellung kam durch einen Zufall zur Kenntnis der Polizeibehörde. Die Folge war, daß gegen ihn die jetzige Anklage erhoben wurde, daß er als ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter innerhalb seiner Zuständigkeit vorzüglich eine rechtlich erhebliche Tatsache, das Datum der Zustellung, falsch beurkundet hatte. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Bitte warten!

Beschwerde Erörterungen über den „Normal-Arbeits-tag am Kriminalgericht“ entwickelten sich am Mittwoch abend vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen den Händler Hermann Wagner, der sich am 25. d. M. unter der Anklage des Mordes an der Prostituierten Emma Glanina vor den Geschworenen zu verantworten haben wird, stand Verhandlungstermin in einer auf Diebstahl und Hülfserei lautenden Anklagesache an. Der Termin war auf 2 Uhr nachmittags angesetzt, es war aber — abends 7½ Uhr, als die Sache aufgerufen wurde und die 11 Zeugen (!) nach fast sechsstündigem Warten den Verhandlungsraum betraten. Das Kollegium, welches seit 9 Uhr morgens ununterbrochen in Tätigkeit war, beabsichtigte nun zunächst, eine Erholungspause zu machen und dann in die Verhandlung der Wagner'schen Sache einzutreten. Letztere würde mindestens noch zwei Stunden in Anspruch genommen haben. Rechtsanwalt Wahn, der Verteidiger des Wagner, erhob dringenden Einspruch gegen den Beginn einer solchen Verhandlung um 8 Uhr abends. Er beantragte die Vertagung und erklärte dem Angeklagten für verhandlungsunfähig. Letzterer stieß seit 11 Uhr vormittags ohne Speise und Trank in einer kleinen Zelle und sei nun nicht mehr fähig, einer solchen Verhandlung zu folgen. Der Verteidiger wies weiter darauf hin, daß eine so ernste Sache doch nicht von einem erschöpften Gericht, das seit 9 Uhr morgens sitze, verhandelt werden könnte, auch er selbst sei nach der Tagesarbeit so erschöpft, daß er zur Verteidigung nicht mehr fähig sei. Schließlich wurde dann auch der Termin auf Montag vormittag vertagt.

Wer öfter mit den Gerichten zu tun hat, wird wohl ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Am die ungeheure Arbeitslast zu bewältigen, müssen die einzelnen Kammern oftmals an einem Tage Termine in mehreren größeren Strafsachen ansehen. Die Folge davon ist natürlich, daß die Parteien sehr lange warten müssen, dann aber auch monatelang die Verhandlungen in einer recht gereizten Stimmung geführt werden. Dem Recht und dem Frieden der Wahrheit sind derartige Verhandlungen freilich nicht von Nutzen, dem Angeklagten aber schlagen sie zum Schaden aus.

Zwei Schänen des Treptower Parks.

Die als Reizmittelherber ihr Lichtsches Genere betriebenen hatten, mußten sich gestern vor dem Strafrichter verantworten. Wegen Diebstahls waren die Arbeiter Hermann Siebler und Martin Schiele vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Sie hatten eines Nachts im Treptower Park einem schlafenden Arbeiter Ring, Uhr und Portemonnaie gestohlen. Da sich in letzterem der größte Teil seines Wochensolches befunden hatte, bedeutete der Verlust für ihn einen großen Schaden. Wenige Stunden darauf wurden die beiden Angeklagten dabei abgefaßt, als sie einen anderen Schlafenden ausplündern wollten. Vor Gericht bestritten beide jede Straftat. Die Strafkammer erkannte gegen den schon vorbestraften Siebler auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Schiele, der anscheinend nur der von S. Verführte war, auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Der Parteitag in Nürnberg.

(Schluß aus der 3. Beilage.)

Ehert:

Es ist richtig, daß ich den Genossen Thiele wegen der Beurteilung des Genossen Segitz zur Rede gestellt habe. Es ist richtig, daß mir Thiele gesagt hat, er hätte nicht erzählt, es sei Kummerfall gewesen. Ich habe Thiele aber gleich gesagt, das könne nicht richtig sein. Es ist die Rede von einer Aussprache. Die Aussprache hat in einem Postzimmer stattgefunden. Ich nehme nicht an, daß Du etwas übertragen hast. Ich werde Deinen Namen nennen lediglich in der Absicht, volle Klarheit in der Sache zu erhalten, nachdem Genosse Thiele, der mir ein lieber Freund ist, mir die Sache in dieser bestimmten Form erklärt hat. Ich habe übrigens gar keine weitere Bemerkungen an die Tatsache geknüpft. Da er allein da war, erklärte ich, daß ich keinerlei Verdacht oder Vermutung habe, daß er die Sache weitergetragen hat. Weiter erkläre ich nach den Ausführungen des Genossen Kummerfall, daß sich, wenn er sich auf das Treppengespräch beruft, die Sache so zugetragen hat, wie Webel es dargestellt hat. Meines Erachtens ist weniger bedauerlich, daß Kummerfall solche Schwägerien macht, sondern daß ein Mann in der Stellung von Segitz auf so vage, elende Schwägerien hin die schwersten Vorwürfe erhebt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr abends.

Soziales.

Eine deutsche Sterbetafel.

In mehreren Artikeln und Notizen haben wir seit Jahr und Tag für eine deutsche Sterbetafel auf Grund der neueren Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik plädiert. Als der Ausbeutungsplan der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1905 bekannt wurde, und wir in den Eatsch auch seinen besonderen Titel für die Bearbeitung einer Sterbetafel fanden, mußten wir annehmen, daß sich das Kaiserliche Statistische Amt weiter wie bisher dieser wichtigen Aufgabe entzöge. Nun bereitet uns dieses Amt, das sich leider in den letzten Jahren durch allerlei Vorkommnisse nur unliebsam in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht hatte, eine angenehme Ueberraschung dadurch, daß es in dem soeben angegebene dritten Vierteljahrhefte zur Statistik des deutschen Reiches anhangsweise die ersten Ergebnisse einer allgemeinen deutschen Sterbetafel veröffentlicht. Es ist ferner in Aussicht gestellt, im Bande Nr. 200 der „Statistik des Deutschen Reiches“ eine eingehende Veröffentlichung unter Darstellung der Berechnungsmethoden und Mitteilung des Materials zu bringen. Wir werden also ausführlich nach Vorliegen dieses Bandes darauf zurückgreifen und uns heute auf die Betrachtung der wichtigsten Zahlen beschränken.

Die gewöhnlichen Zahlen, welche als Maß für die Sterblichkeit der Bevölkerung angesehen werden, zeigen die Anzahl der Gestorbenen in Beziehung zu der Gesamtbevölkerung. Damit ist aber herzlich wenig gesagt, besonders, wenn es sich um kleinere Gebiete mit stark fluktuierender Bevölkerung handelt. Denn in den zur Grundlagende der Berechnung genommenen Zahlen stecken die mannigfachen komplizierenden Einflüsse, wie die Verschiedenheiten der Geburtenzahlen, der Säuuglingssterblichkeit und der Wanderungen. All dies mag für ein so großes Gebiet wie das ganze Reich nicht so erheblich ins Gewicht fallen, häuft sich aber in der unkontrollierbaren Weise für kleine Gebiete, z. B. für eine Stadt wie Berlin. Berlin gibt daher auch nicht bloß die einfachen Sterberaten an, sondern berechnet jahresweise nach dem Vorgange des verdienten früheren Direktors seines statistischen Amtes, Prof. Voelck, eine vereinfachte Sterbetafel. Auch das Reich hat solche Sterbetafel einmal berechnet, und zwar unter der Leitung seines ersten Direktors Karl Becker. Das ist aber schon sehr lange her; sie galt für das Jahrzehnt 1871 bis 1881. Die Versicherungstechniker mußten sich mit dieser alten Tafel bis jetzt begnügen oder ausländische Tafeln zu Rate ziehen. Endlich hat sich das Amt auf seine Pflicht besonnen. Auf die Versicherungstechnik wird dabei, wie das auch durchaus berechtigt ist, besondere Rücksicht genommen, indem für deren Gebrauch hergerichtete Tafeln gegeben werden.

Um einige Ergebnisse mitzuteilen, sei als erstes und wichtigstes verzeichnet, daß nach dem Vergleiche der neuen mit den alten Tafeln die mittlere Lebenserwartung eines lebendgeborenen Kindes innerhalb der inzwischen verfloffenen zwanzig Jahre beträchtlich zugenommen hat, d. h. daß das deutsche Volk in dieser Zeit an Lebenskraft erheblich gewachsen und die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Daß dies der Fall ist, konnte aus den bisherigen Zahlen nicht sicher geschlossen werden, obwohl mancherlei Anzeichen dafür vorlagen. So ergaben die Daten für die Altersgliederung bei der Volkszählung 1900 für manche Altersklassen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Sterblichkeitsminderung.

Für die beiden Geschlechter ist die Sterblichkeit wesentlich verschieden voneinander. Beim männlichen Geschlecht ergibt die Sterbetafel eine Lebensdauer von 40,56 Jahren, beim weiblichen eine solche von 43,97. Man erkennt daraus, daß das weibliche Geschlecht entweder durchaus zäher ist, oder daß seine Lebenserwartung nicht so groß ist wie diejenige des Mannes. Jedenfalls ergibt sich immer wieder, auch aus der Betrachtung der einzelnen Altersklassen bei den verschiedenen Geschlechtern, daß die Lebenserwartung der Frauen durch das Gebären gewöhnlich stark überschätzt wird. Ein Vergleich mit den Zahlen der alten Tafeln zeigt auch, wie bei den einzelnen Geschlechtern die Lebensdauer gegen früher zugenommen hat. Beim männlichen Geschlecht ergab die Becker'sche Tafel 35,58 Jahre, war also gegen die jetzige um fast 5 Jahre geringer; beim weiblichen Geschlecht verzeichnete die alte Tafel 38,45 Jahre, die neue 43,97, also über 5 1/2 Jahre mehr. Die Frauen sind also durch die Zeit mehr begünstigt worden.

Die günstige Entwicklung der Sterblichkeit ist zweifellos ein Ergebnis der Fortschritte in der modernen Hygiene und Medizin, aber auch in der Sozialpolitik. Leider haben die arbeitenden Klassen Deutschlands — und diese kommen bei der Sterblichkeitsminderung wohl stärker in Betracht als die reichen — in letzterer Hinsicht noch nicht sehr viel erreichen können. Sie geben aber ein Anzeichen dafür, was sich durch zähe Arbeit leisten läßt. Das Proletariat darf nicht säumen, seine Reihen weiter zusammenzuschließen und zu organisieren, um mit Ungestüm auf die weitere Verbesserung seiner Lage zu drängen. Jeder Schritt vorwärts bedeutet beträchtlichen Gewinn und wenn auch, um banal zu reden, jeder Lebensstag, um den die Lebensdauer vermehrt wird, mit schweren Opfern erkauft werden muß, so ist der winkende Preis doch ein erstrebenswerter Lohn in dem Kampfe gegen den Unterstand der herrschenden Klassen, die in ihrer unerfüllten Profitgier alle Fortschritte zu hemmen suchen, weil ihnen bei unserer jetzigen Wirtschaftsweise genug „Menschennahrung“ zur Ausbeutung zur Verfügung steht.

Es wird gewiß interessieren, welche Lebenserwartung im Mittel nach den Ergebnissen der Statistik in den verschiedenen Alters dem Einzelindividuum zusteht. Es seien daher hier die wichtigsten Zahlen nach der alten und der neuen Tafel wiedergegeben:

Es beträgt danach die mittlere Lebenserwartung in Jahren:

| im Alter von | 1891/1900 | | 1871/1881 | |
|--------------|-----------|----------|-----------|----------|
| | männlich | weiblich | männlich | weiblich |
| 0 Jahren | 40,56 | 43,97 | 35,58 | 38,45 |
| 1 " | 51,85 | 53,78 | 46,52 | 48,06 |
| 2 " | 53,67 | 55,59 | 48,72 | 50,80 |
| 10 " | 49,66 | 51,71 | 46,51 | 48,18 |
| 15 " | 45,31 | 47,47 | 42,38 | 44,15 |
| 20 " | 41,23 | 43,37 | 38,45 | 40,19 |
| 25 " | 37,38 | 39,43 | 34,96 | 36,53 |
| 30 " | 33,46 | 35,62 | 31,41 | 33,07 |
| 35 " | 29,59 | 31,87 | 27,88 | 29,68 |
| 40 " | 25,89 | 28,14 | 24,46 | 26,32 |
| 45 " | 22,37 | 24,37 | 21,16 | 22,84 |
| 50 " | 19,00 | 20,58 | 17,98 | 19,29 |
| 55 " | 15,81 | 16,96 | 14,96 | 15,88 |
| 60 " | 12,82 | 13,60 | 12,11 | 12,71 |
| 65 " | 10,12 | 10,62 | 9,55 | 9,90 |
| 70 " | 7,76 | 8,10 | 7,34 | 7,60 |
| 80 " | 4,23 | 4,48 | 4,10 | 4,22 |
| 90 " | 2,23 | 2,52 | 2,34 | 2,37 |
| 100 " | 1,30 | 1,67 | 1,36 | 1,24 |

In der ausführlichen Aufzählung jedes Altersjahres zeigen sich mancherlei Unebenheiten, auf die einzugehen aber zu weit führen würde. Es genüge mitzuteilen, daß die mittlere Lebenserwartung etwa im dritten Lebensjahre beim männlichen Geschlecht mit 53,89 Jahren am größten ist, beim weiblichen Geschlecht mit 55,62 Jahren im selben Alter. Die geringste Wahrscheinlichkeit zu sterben aber besteht beim männlichen Geschlecht im dreizehnten Lebensjahre (2,54 pro Tausend), beim weiblichen Geschlecht im zwölften Lebensjahre (2,95 pro Tausend). Während der Säuuglingszeit ist dagegen die Sterbenswahrscheinlichkeit wegen der großen Lebensgefährdung viel größer. Deshalb ist auch die Lebenserwartung geringer. Ist der Säugling über die gefährliche Zeit hinweg, dann nimmt seine Lebenserwartung stark zu, seine Sterbenswahrscheinlichkeit ab. Zur Zeit der Geburt selbst sind also die Verhältnisse nicht so günstig wie einige Jahre später. In hohem Alter ist natürlich die Sterbenswahrscheinlichkeit sehr groß. Mit hundert Jahren darf man noch anderthalb Jahre Lebensdauer erwarten; von dieser alten Garde stirbt durchschnittlich jeder zweite.

Kann ein Apothekergehilfe auch Handlungsgehilfe sein?

Diese Frage beschäftigte die vierte Kammer des Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung. Der Kläger L. erob gegen die Apotheke von Dr. Homeyer einen Anspruch auf einen Gehaltsrest beim Kaufmannsgericht, der Vorstehende, Assessor Depene, wollte ihn jedoch gleich unter Hinweis auf § 4 des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte an das ordentliche Gericht verweisen, da nach diesem Paragraphen die Apothekergehilfen ausdrücklich von der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts ausgenommen sind. Auf Veranlassung eines Beisetzers wurde indessen in eine eingehende Prüfung der Vorbildung und Tätigkeit des Klägers im Geschäft des Beklagten eingetreten, und zeigte es sich, daß L. im Apothekerfach gar nicht ausgebildet war. Er hatte in einem Lebergeschäft gelernt und hatte auch nicht das pharmazeutisch-technische Examen gemacht. Seine Tätigkeit bei dem Beklagten bestand darin, die Kasse zu bedienen und Registratur zu erledigen. — Nach Feststellung dieses Sachverhaltes erklärte sich das Kaufmannsgericht für zuständig. Der Kläger sei nicht als Apothekergehilfe im Sinne des Gesetzes, sondern als Handlungsgehilfe anzusehen.

Kaufmannsgesellschaftliches. In der letzten Generalversammlung des Väter Konsum- und Sparvereins wurde eine interessante Tabelle über beim Verein ohne Wissen der betreffenden Lagerhalter und von sechs dortigen Kaufleuten gekaufte Waren bekannt gegeben. Es ergab sich, daß z. B. Mollereibutter 7—12 Pf. pro Pfund, Tilsiter Fettkäse 10—20 Pf., Ebamer Fettkäse 10—30 Pf., zwei Heringe 2—7 Pf., Schmalz 1—6 Pf., Stärke 3 Pf., Bohnen 2 Pf., Grieß 1—6 Pf. billiger waren als beim Kaufmann. Bei insgesamt 14 Warenproben stellte sich eine Differenz von 54—88 Pf. heraus, die an die Kaufleute mehr bezahlt werden mußten bei einem Einkauf von etwa 8 M. Dabei gibt nur einer der betreffenden Kaufleute 5 Prozent, die anderen weniger oder gar keinen Rabatt. Die Gewichtsproben ergaben, daß an einigen Artikeln des Konsumvereins 2—4 Gramm fehlten, bei der Konkurrenz die Differenz aber bis zu 20 Gramm betrug. Bei der Ergänzungswahl in den Aufsichtsrat wurde eine Frau in denselben gewählt. Zum erstenmal seit seinem 20jährigen Bestehen mußte der Verein Steuern bezahlen und zwar über 22 000 M., was auf den Gesamtumsatz 1,61 Proz. ausmacht; trotzdem werden 4 1/2 Proz. Dividende verteilt werden.

Verfammlungen.

Der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt am Dienstag eine außerordentliche Generalversammlung aller seiner Zahlstellen und Sektionen ab, in der als erster Punkt der Bericht vom zehnten Verbandstag auf der Tagesordnung stand. Die Referenten Thöns und Heller, von denen der eine hauptsächlich den Bericht des Verbandsvorstandes sowie die Lohnbewegungen und Tarifverträge, der andere die übrigen Angelegenheiten des Verbandstages behandelte, gaben eine Uebersicht über die wichtigsten Debatten und Beschlüsse. Die Ausführungen schlossen mit der Mahnung, daß jetzt in der Zeit der Wirtschaftskrise jeder Einzelne innerlich der Organisation mit doppeltem Eifer für den Verband und seine Ziele wirken und streben müsse. Es folgte eine rege Diskussion, die sich wesentlich auf innere Verbandsangelegenheiten bezog und sachlich geführt wurde. Damit, daß die Anträge auf Verlegung des Sitzes des Verbandsvorstandes nach Berlin oder einer anderen, mehr der Mitte Deutschlands naheliegenden Stadt abgelehnt worden sind, war man nicht ganz einverstanden, und ebenso nicht mit dem Beschlusse, daß der Ausschussvorsitzende nun auf den Verbandstagen gewählt wird. Selbstverständlich wurde hervorgehoben, daß durch Verbandstagsbeschlüsse, die einzelnen Zweigvereinen oder Zahlstellen nicht zweckmäßig erscheinen, der Eifer für den Verband in keiner Weise beeinträchtigt werden kann.

Es folgten die Wahlen zum Verbandsauschuss, dessen bisheriger Vorsitzender Dähne belanglich schon auf dem Verbandstage wiedergewählt worden ist. Gewählt wurden als Ausschussmitglieder: Beier, Dahlenberg, Ellinger, Dähne, Senkel, Heller, Imhof, Kracht, Mulad und Wilhelm Schulz.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, erwähnte der Vorsitzende Hanke das am 23. Juli d. J. erlassene Rundschreiben des Verbandes der Baugeschäfte, in dem behauptet wurde, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehrten, wo nicht den sozialdemokratischen Organisationen angehörende Arbeitnehmer von den Mitgliedern dieser Verbände aufs schärfste drangsaliert würden, um sie zum Beitritt zu zwingen. Der Redner wies darauf hin, daß diese offenbar unwahre Behauptung auch im Widerspruch steht mit einer Veröffentlichung im Organ des gelben Arbeiterbundes, die besagt, daß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter auf den Baustellen hinsichtlich der Agitation für ihre Organisation eine „geradezu klägliche“ Stellung einnehmen. Die Gelben selbst scheinen also von der Drangsaliierung durch die Zentralverbandsmitglieder keine Ahnung zu haben. Andererseits ist man in den Kreisen der Zentralverbandsmitglieder zu der Meinung gekommen, daß sie und nicht die Gelben diejenigen sind, die drangsaliert und gezwungen werden sollen, das ihnen doch auch durch den Tarifvertrag garantierte freie Koalitionsrecht preiszugeben, nur um Arbeit erhalten zu können. Im Anschluß hieran erklärte der Redner:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Kollegen mit der Behauptung an uns herantreten, auf dem von den Unternehmern eingerichteten Arbeitsnachweis werde die Arbeitsvermittlung von der Mitgliedschaft in der gelben Gruppe abhängig gemacht.

Es ist auch unbestreitbar, daß einzelne Kollegen sich hierdurch verleiten lassen, in der Hoffnung, Arbeit zu bekommen, Mitglied der gelben Gruppe zu werden. Wie weit diese Hoffnung sich erfüllt, ist nicht zu sagen. Wir können noch nicht annehmen, daß diese Handhabung der Arbeitsvermittlung, wenn die Behauptungen der Kollegen auf Wahrheit beruht, auf Anweisung des Vorstandes vom Verband der Baugeschäfte vor sich gehe, da die systematische Ausschaltung der Tarifkontrahenten von der Arbeit einem Tarifbruch gleichkäme.

Selbstverständlich werden es sich die Arbeitnehmervertreter in der Schlichterkommission angelegen sein lassen, in dieser Sache Klarheit zu schaffen.

In dem „Vorwärts“-Bericht über die vorige Generalversammlung ist als Zweigvereinsvorsitzender irrtümlich Thöns genannt; es sollte Hanke heißen.

Die Filiale Berlin I des Steinarbeiterverbandes schloß die am 27. August abgebrochene Debatte über das Verhältnis zwischen den Steinarbeitern und den Verschmäuern am Donnerstag, den 10. September fort.

Der Vorstand hatte folgende Resolution eingebracht und zur Diskussion gestellt:

Nachdem die Entwicklung der Kunststeinindustrie zur teilweise Verdrängung des Natursteines geführt hat, mit welcher ein gleichzeitiges Ausfällen unserer Berufscollegen einhergeht, weil unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen der verbilligenden Tendenz der Kunststeinunternehmer zuwiderlaufen;

Beschließen wir, als Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Filiale Berlin I, unsere in der Kunststeinbranche tätigen Kollegen die Ausübung der Arbeitsweise der Verschmäuerei freizustellen. Sämtliche in der Kunststeinindustrie beschäftigten Kollegen sind jedoch zur striktesten Einhaltung des jeweiligen mit der Innung und dem Verband der Steinmetzgeschäfte abgeschlossenen Minimalstundenlohnes (zurzeit 85 Pf.) verpflichtet.

Von den in der Kunststeinbranche tätigen Maurern erwarten wir die baldmöglichste Anstrengung der gleichen Lohnhöhe, um eine gänzliche Ausschaltung unserer Kollegen zu verhindern.

Von der Organisation der Maurer erwarten wir, daß sie ihren Einfluß dahingehend geltend macht, daß das Verschwen von Naturstein, sowie jegliche Bearbeitung desselben durch ihre Mitglieder und Berufscollegen unterbleibt, da die Ausführung dieser Arbeiten durch sie eine schwere Schädigung unseres Berufes in sich schließt.

Nachdem die obige Resolution, die nicht geeignet sei, auf die bestehenden Verhältnisse in ihrem Berufe irgendwie bessernd einzuwirken. Im Gegenteil, sie gebe dem in Betracht kommenden Unternehmertum eine Handhabe, indem sie nach dem sagen könnten, die Resolution selbst stelle es ihnen frei, mit der Verschmäuerei zu beschäftigen, wenn sie wollen. Infolge der herrschenden Krise, unter dem besonders der Maurerberuf leide, stelle sich ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften ein, die sich meist mit einem geringeren Lohn, als der tariflich festgesetzte, begnügen. Das schädige die Angehörigen des Steinarbeiterverbandes, die an dem Stundenlohn von 85 Pf. festhielten, außerordentlich. Die Arbeit könne ausführen, wer wolle. Künstler wollten sie nicht sein, nur müsse der tarifmäßige Stundenlohn streng innegehalten werden. Das beste Mittel sei allerdings unablässige Agitation und Organisierung. Auch die politische Bewegung müsse gehärtet werden, um durch unsere Vertreter darauf einwirken zu können, daß bei staatlichen und kommunalen Bauten stets der ortsübliche Tagelohn gezahlt werde. — Darauf wurde die Resolution gegen wenige Stimmen abgelehnt.

In den nachfolgenden Punkten wurden nur interne Angelegenheiten erledigt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung Berlin dieses Verbandes hielt am 16. September eine Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Branchen und Bezirke ab, die bei Freyer tage und dem großen Saal füllte. Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen Bauer über das neue Reichsvereinsgesetz. Die klaren Ausführungen des Redners über die geringen Vorteile, die das neue einseitliche Vereins- und Versammlungsrecht bietet, wie über die reaktionären Bestimmungen, die dem Gesetz anhaften, seine Mängel, etwaigen Uebergriffen der Behörden mit Besonnenheit, aber ebensoentschieden entgegenzutreten, fanden allgemeinen Beifall. — Darauf beschloß die Versammlung mit den am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Bestimmungen des Verbandstatuts, über die Jaed referierte. Im übrigen lagen die wichtigsten vom Stettiner Verbandstag beschlossenen Statutenänderungen, besonders soweit sie sich auf die Unterstützungen und die Beitragsleistung beziehen, den Versammelten gedruckt vor. Die Vertrauensmänner haben nun die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß auch alle Mitglieder die neuen Bestimmungen gründlich kennen lernen und sich in jeder Hinsicht streng nach dem Statut richten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wichtige Funde.

Mahabod, 17. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nach Mitteilungen des forschungsreisenden Dr. Stein aus Chotau vom 15. Juli sind in Karaschar in der nordöstlichen Ecke der Tarimwüste Gemälde und Skulpturen gefunden worden, die einen vorherrschend gräco-buddhistischen Einfluß verraten. In dem Trümmern eines verfallenen Wachturmes wurde auf einem einsamen Hügel in der Nähe von Kasar-tag eine große Sammlung von Schriftstücken auf Holz und Papier gefunden, die hauptsächlich indischen, chinesischen und tibetanischen Ursprungs sind. Die Schriftstücke stammen frühestens aus dem achten oder neunten Jahrhundert und gehören offenbar zur Periode der tibetanischen Invasionen. Stein beschreibt in seinen Mitteilungen auch eine gefahrvolle Reise durch die Wüste, in der der Karavanschlupf sich im Sande verläuft.

Cholera.

Petersburg, 17. September. In den letzten 24 Stunden sind 305 Personen an Cholera erkrankt und 115 gestorben.

Kommunalwahlen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 17. September. (B. G.) Bei den Gemeinderatswahlen haben die Griechen in mehreren Vorstädten gegen die Türken und Armenier gestimmt.

Erdbeben.

Quanaquil (Ecuador), 17. September. (B. Z. W.) Ein heftiges Erdbeben hat hier eine große Panik der Bevölkerung hervorgerufen. Verlust an Menschenleben ist bisher nicht gemeldet.

Stürme.

Kingstown, 17. September. (B. G.) Hier einlaufende Dampfer berichten über furchtbare Stürme, die sie in den letzten 36 Stunden zu bestehen hatten. Zahlreiche Schiffe, speziell mit Obst verfrachtete, sind überfällig, und man befürchtet Katastrophen. Bei Castle Island ist ein unbekannter Dampfer gesunken. Die Postdampfer aus Boston und Philadelphia sind gleichfalls überfällig.

Der Parteitag in Nürnberg.

4. Verhandlungstag.

Nürnberg, 17. September 1908.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Verhandlung um 9 Uhr. Die Diskussion über die Budgetfrage mit den dazugehörigen Anträgen wird fortgesetzt.

Frohne-Hamburg:

Ich habe im Auftrage von 23 Genossen und für mich selbst den Antrag 134 zu begründen. Er will für die hochgehenden Meinungsdivergenzen eine Vermittlungslinie geben. Wir sind der Ansicht, daß der Resolution des Parteivorstandes aus sehr gewichtigen Gründen nicht zugestimmt ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob man generell die Bewilligung anerkennt oder nicht. Die Antragsteller haben es aber für nicht angängig, ja für höchst bedenklich gehalten, der Lübecker Resolution eine Verschärfung zu geben, und sie halten es auch nicht für angängig, den Bayern, Württembergern und Badenern irgendeinen Tadel auszusprechen. Die Kritik mag sich mit den Anschauungen beschäftigen. Das ist ganz etwas anderes, als wenn man in einer Resolution einen formalen Tadel gegen die Vertreter ganzer großer Landmannschaften erhebt. Die Lübecker Resolution ist nach unserem Dafürhalten völlig ausreichend, um die Grundlagen abzugeben für eine dem Parteinteresse entsprechende Entscheidung der Budgetfrage. Man hat hier und da im Privatgespräch in Delegiertenkreisen gemeint, daß es wohl nicht angängig sei, dem Parteivorstand mit Änderungsvorschlägen entgegenzutreten. Ich halte gewiss das Ansehen des Parteivorstandes hoch, muß aber auch in Anspruch nehmen, daß auch die Anschauungen anderer die gebührende Berücksichtigung finden. Ich kann es nicht annehmen, daß man hier und da die Absicht zu haben scheint, ein Gericht mit den süddeutschen Genossen abzuhalten, sondern ich bin der Ansicht, man muß eine Streitfrage, und zwar eine Frage von höchster Wichtigkeit, so entscheiden, daß die Partei keinen Schaden leidet. Die Mehrheit der Antragsteller, die ich zu vertreten habe, ist allerdings der Ansicht, daß eigentlich keine zwingenden Gründe gegeben seien, die für die süddeutschen Genossen in Betracht kämen. Jedenfalls nehme ich hier mit äußerster Vorsicht und Entschiedenheit für unsere süddeutschen Genossen die Anerkennung in Anspruch, daß sie, wie sie gehandelt haben, in der rechtmäßigsten Absicht so gehandelt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man soll doch nicht die Unvollkommenheit, die in der Sache selbst liegt, eine ganze große Richtung entgelten lassen. In der Lübecker Resolution heißt es — und das soll ja recht eigentlich der entscheidende Punkt sein —: „Eine Zustimmung zum Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden und in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen erfolgen.“ Man kann sich nicht in geringsten darüber täuschen, daß mit dieser Bestimmung die Möglichkeit gegeben werden soll, auch für das Budget zu stimmen; das ist von keiner Seite bestritten worden. Man freiet nur darüber, was denn nun gegebenenfalls „zwingende Gründe“ sind. Im Gothaer Fall hat man die zwingenden Gründe ohne weiteres anerkannt. Wir dürfen die süddeutschen Genossen nicht mit einem Odium belasten, das zweifellos ihre berechtigte Autorität und ihr Ansehen in den Kreisen ihrer Wählerschaft ganz erheblich gefährden und erschüttern muß. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage der Budgetbewilligung leicht zu regeln ist, aber das wiederhole ich auch hier wieder: Für mich ist diese Frage keine prinzipielle. Sie ist lediglich eine Frage der Taktik. (Sehr gut!) Ach, Parteigenossen, wenn man will, kann man ja die Möglichkeiten und unmöglichen Gründe heranziehen, um zu beweisen, daß Klassenkampftheorie und Klassenkampfpraxis in Gefahr sind. Wenn schon dadurch, daß unsere süddeutschen Genossen aus berechtigten Gründen für das Budget stimmten, die Klassenkampftheorie und das Interesse der Partei gefährdet wird, ja, dann sei man bitte konsequent, dann verwerfe man den Parlamentarismus überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) In der Resolution des Parteivorstandes finde ich erhebliche und mir ganz unfaßbare Widersprüche und Inkonsequenzen. Da heißt es, daß die Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt wird. Erschöpft sich das in der Bewilligung des Budgets? Ach nein! Wenn wir im Reichstag und Landtag Arbeiterschutzesetze machen und ihnen zustimmen, dann machen wir Konzeptionen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Ich erinnere Euch nur daran, daß die reaktionären Gewalten und die mit ihnen verbündeten Parteien die gouvernementale Sozialpolitik ausdrücklich stets begründet haben mit der Absicht, sie als Waffe gegen die Sozialdemokratie zu gebrauchen. (Sehr richtig!) Haben wir uns dadurch abhalten lassen, mit äußerster Entschiedenheit für die Sozialpolitik einzutreten? Niemals. Ich wende mich an Eure gesunde Vernunft mit meinem Appell: Ist das eine Konzeption an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung oder nicht? Nun, dann soll man auch nicht so einseitig sein und sich gerade auf die Frage der Budgetbewilligung kaprizieren, um in ganz besonderen Fällen ganz großen Landmannschaften daraus einen Strich zu drehen. (Sehr richtig!) Und nun die Inkonsequenz in der Parteivorstandsresolution: Es heißt darin, daß die Annahme eines Budgets nur dann gestattet sei, wenn die Ablehnung ein ungünstigeres Budget zur Folge hätte. Ich persönlich habe aus den Ausführungen unserer süddeutschen Genossen entnommen, daß für sie die Gründe, die sie zur Bewilligung des Budgets bestimmt haben, sehr wohl maßgebend sein konnten. Mindestens waren sie so zwingend wie seiner Zeit in Gotha. Also bitte nicht mit zweierlei Maß messen. Man hat bei unserer Resolution gefragt: Wer soll denn die Beschlüsse oder endgültigen Entscheidungen treffen? Ich habe in Übereinstimmung mit den Antragstellern zu erklären, daß wir nichts dagegen haben würden, wenn hinzugefügt würde: Verneint eine der Körperschaften das Vorliegen zwingender Gründe, so darf die Zustimmung nicht erfolgen. Wir kaprizieren uns nicht auf den Wortlaut der Resolution. Sie soll nur die große Vermittlungslinie bezeichnen, auf die wir treten müssen, wenn wir der Partei dienen und sie vor großen Schädigungen bewahren wollen. Da ergibt sich jetzt zum ersten Male eine Differenz über die Auslegung der Lübecker Resolution, und klug weiß man nichts Besseres zu tun, als sie zu verschärfen. Das hat mich auch einigermaßen verblüfft; da sollten wir die nötigen Klautellen schaffen, wie sie sich aus dem Geiste und der Tendenz der Lübecker Resolution von selbst ergeben, ehe man die Budgetbewilligung überhaupt unmöglich macht. Auf einen anderen Standpunkt kann ich nicht treten; das eine erkläre ich ausdrücklich und mit allem Ernst: Solange ich die Zunge und Feder rühre, werde ich jeder Gefahr, der Partei durch unnütze, aufregende Diskussionen zu schaden und sie zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich denke, wir haben in vierzigjähriger Parteigeschichte genug gelernt. (Lebhafte Beifall.)

Wed-Offenburg:

Ich bitte Sie, den Antrag Frohne abzulehnen. Von allem anderen abgesehen, enthält der Antrag nicht die Möglichkeit, einen

Konflikt der Interessen befriedigend zu lösen, und zwar aus formalen Gründen, die Frohne selbst anerkannt hat. Ich glaube, er wird denjenigen, denen er mit dem Antrage dienen will, keinen Gefallen tun, wogegen schon die Stellung des Antrages an sich und die dadurch hervorgerufene Verwirrung ein willkommener Anlaß sein sollte. Die Süddeutschen haben selber zugegeben, daß sie sich in Stuttgart freie Bahn für die Bewilligung des Budgets schaffen wollten. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Der Antrag des Vorstandes und der Kontrollkommission scheint uns die richtige Lösung herbeizuführen, im beiderseitigen Interesse und im Interesse der Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist gesagt worden, wenn Ehrhart noch in der Kontrollkommission gewesen wäre, wäre es vielleicht nicht zu der Resolution gekommen. Ehrharts Heberzeugung in Ehren! Ich gebe zu, daß Ehrhart vielleicht gegen die Resolution gestimmt hätte, aber er hätte anerkannt, daß die Resolution getragen ist von wohlmeinenden, aber und ehrlicher Absicht (Gelächter und Lärm bei den Süddeutschen, Rufe auf der anderen Seite: Ruhe da draußen!), da sie nicht von unverantwortlichen Personen ausgeht, sondern von Parteigenossen, die jahrezielung in der Bewegung praktisch tätig sind. Sie dürfen uns glauben, daß uns jedes Mißtrauen fernliegt, daß die Deklaration, die von Ihrer Seite der Resolution gegeben ist, eine falsche Auffassung ist, daß diese Interpretation, die Sie ihr geben, von uns nicht gewollt worden ist. (Sehr wahr!) Sie sind, noch bevor die Resolution dem Haupte der Gottheit entsprungen war (Lachen bei den Süddeutschen) schon zur Beurteilung des Kindes geschritten. Lesen Sie nur, was der „Karlsruher Volksfreund“ vom 12. September schreibt: „So viel kann aber schon jetzt mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Mitglieder der süddeutschen Landtagsfraktionen, welche für das Budget votierten, unmöglich einem Beschlusse zustimmen könnten, der die Zustimmung zum Finanzgesetz als mit den Grundgedanken der Partei vereinbar und daher grundsätzlich als verboten charakterisiert.“ (Sehr richtig bei den Süddeutschen, Zuruf: Das hast Du ja auch gesagt!) Gut, also wenn Sie lediglich die grundsätzliche Verweigerung des Budgets verurteilen, dann haben Sie hier eine Resolution, die Ihnen die Möglichkeit gewährt, das Budget zu bewilligen unter Bedingungen, die bisher auch vom Lübecker Parteitag anerkannt worden sind. Sie vergessen, daß auch Dresden vorhanden ist. (Zurufe: Leider!) Dort ist mit Ihrer Zustimmung eine Resolution angenommen worden, an der Sie nicht vorübergehen dürfen. Was Simon gestern hier im bayerischen Sinne gesprochen hat, das kann ich von Baden aus nur unterstützen. Man braucht nicht Bayern nur Baden zu sehen, und es trifft alles zu. Auch in Baden hatten wir die Absicht, die Regierung in Angelegenheit zu verstehen, weil sie einen offenen Verfassungsverstoß durch ihre Stellung zur Sozialdemokratie begangen hatte. Aber wir sind davon abgekommen, weil dieser Antrag gegen unsere Stimmen abgelehnt und unsere Stellung dadurch geschwächt worden wäre. Es wurde aber beschloffen, dies nachzuholen und der Regierung durch Ablehnung des Budgets ein Mißtrauensvotum zu erteilen. (Hört! hört!) Parteigenossen aus Berlin: Sie haben uns mitgeteilt, daß man in Ihren Kreisen Kenntnis davon gehabt hat, daß die badische Regierung es war, die die Elektrizitätssteuer bereits in Berlin begibt und die süddeutschen Staaten dadurch am meisten geschädigt hat. Sie haben aber Zusage genommen zu uns und gesagt: „Seht Ihr voran, Eure Regierung ist die schlimmste.“ (Zurufe bei den Süddeutschen: Das ist nicht wahr!) Ja, denn hat Eisner eine Unwahrheit geschrieben. Wir haben die Regierung interpelliert, aber sie hat sich hinter das Schweigegedöbel verborgen. Wir sagten: „Qui tacet, consentire videtur.“ (Wer schweigt, scheint zuzustimmen.) Und dieser Regierung sollten wir das Budget bewilligen? Wir verlangen in unserem Programm die Aufhebung aller Ausnahme Gesetze. Wir haben auch beschloffen, die Verweigerung der noch bestehenden Waigesehe zu verlangen. Aber als es zur Abstimmung kam, da verläßt Kolb den Saal und sagt: Da stimme ich nicht mit. (Hört! hört!) Dasselbe ist in der Steuerpolitik der Fall. In demselben Augenblick, wo es möglich ist, durch eine Vermögenssteuer die Kapitalisten zur Deckung der Staatsausgaben heranzuziehen, geht man hin und predigt eine Anleihepolitik, eine Schuldenpolitik, so daß wir genötigt sind, von der Fraktion aus eine derartige Interpretation sozialdemokratischer Grundsätze zu verhindern. (Lebhafte Hört! hört! und Widerspruch.) Wir haben schließlich nach dem Falle der Vermögenssteuer für die Erhöhung der Einkommensteuer gestimmt, weil die Mehrheit der Fraktion so weit gegangen ist. Hier hat sich die Minderheit der Mehrheit gefügt. Und dann ist das Staatsbeamtengehalt der Glou, an dem die ganze Bewilligung hängt. Vor zwei Jahren, als die Arbeitergesetze daran waren, hat kein Arbeiter und Mißtrauen entgegengebracht, weil wir damals das Budget abgelehnt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Heute sagen uns nachträglich die kleinen Beamten: Was, Ihr habt für dieses Beamtengehalt gestimmt, obwohl die Gehälter der Minister um 50 Prozent erhöht und unten die der Arbeiter, wenn es hoch kommt, nur um 10, 12 und 15 Prozent erhöht worden sind? (Lebhafte Hört! hört!) Selbst in der Zentrumspresse haben die Leute zum Teil erklärt, wir bekommen ja weniger als vorher. Eine große Kategorie der kleinen Bediensteten ist durch das Gesetz nicht begünstigt, und diejenigen, die es sind, sind es nur scheinbar. Sie werden in der nächsten Zeit die Wirkung dieser Finanzpolitik erkennen, wie sie Nebel geschildert hat. (Lebhafte Zustimmung.) Daher komme ich zu dem Schluß, daß der letzte Abgang unserer Resolution einem Bedürfnis und der Wahrheit entspringt. Eine Aufklärung der Köpfe über das, was wahrhaft die sozialdemokratischen Prinzipien sind, ist notwendig, und nicht die Organisation einer Fronde zum Kampf für die „Los-von-der-Norddeutschen-Bewegung“, die jetzt inszeniert werden soll. (Lebhafte Beifall, Unruhe bei den Süddeutschen.)

Ulrich-Offenburg:

Ich habe nicht Lust, mich in so aufgeregter Weise über diese Frage zu unterhalten, wie es teilweise von den anderen Genossen geschehen ist. Ich habe besonders nicht Lust, darauf einzugehen, was in dieser Sache der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ geleistet haben. Darüber wollen und können wir hier auf dem Parteitag auch nicht entscheiden, das wird die Geschichte entscheiden. Ich habe in den mehr als 39 Jahren meiner Tätigkeit in der Partei die Erfahrung gemacht, daß zu gewissen Zeiten immer mit einem Male eine große, prinzipielle Frage aufsteht, die eine Weile traktiert wird, daß wir aber, wenn es vorbei ist, uns selber sagen: Jetzt haben wir uns wieder die Köpfe abgeschüttelt, und es wäre gar nicht nötig gewesen. Von einem Teil der Genossen wird es beliebt, alles in den schwärzesten Farben vorzutragen und dadurch eine Situation unter uns zu schaffen, die wir später selber bebauern. Dann die Berliner! Ich bestreite Ihnen gar nicht die Absicht, die Parteigrundsätze zu wahren und zu verhindern, daß das Proletariat in die Arme irgendeiner bürgerlichen Partei hineingezogen wird. In diesem Falle aber haben Sie weit über das Ziel hinausgeschossen und haben bey Süddeutschen Motive unterschoben, die nicht vorhanden waren. Sie haben Töne angeschlagen, die ja bekannt sind. Bei jeder Gelegenheit kann man sie von Berlin aus hören. Ich lasche heute noch darüber, wie in einer Berliner Versammlung ein gewisser Genosse Zuppenloch es für notwendig hielt, mich als parteiunwürdig zu bezeichnen. (Zurufe von den Berlinern: Der ist ja gar kein Sozialdemokrat!) Er hat aber bei Euch eine große Rolle gespielt. (Widerspruch der Berliner.) Wenn Ihr ihn jetzt abschütteln wollt, so freue ich mich darüber,

aber lest gefälligst im „Vorwärts“ und in anderen Blättern nach, und Ihr werdet bewiesen haben, daß es anders war. Ich unterstelle den Berlinern durchaus nicht eine böse Absicht, aber sie sehen fortgesetzt da Prinzipienfragen, wo es gar keine gibt, wo es sich um rein taktische Fragen handelt. Ich wundere mich darüber, daß auch mein guter Freund Adolf Ged in eine prinzipielle Aufregung geraten ist. Er selber hat ja in Frankfurt 1894 ausdrücklich den Antrag 113 mit unterschrieben, in dem es ganz richtig heißt: „In Erwägung, daß die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist...“ (Zuruf: Tinn.) Tinn ist heute noch der Meinung, daß er von den damaligen Verhältnissen ausgehend nicht anders handeln konnte. (Gelächter und Zurufe.) All den Zwischensprüchen gegenüber bleibe ich doch dabei bestehen, daß Ged die Budgetfrage in Frankfurt für eine reine Zweckmäßigkeitfrage erklärt hat. (Sehr richtig!) Und auf diese Boden stelle ich mich auch. Die ganze Frage ist nicht das Sachverhältnis, daß wir uns darüber so aufregen. Ich habe in den 24 Jahren meiner Landtagsstätigkeit mich häufig nachträglich davon überzeugen müssen, daß meine Abstimmung doch nicht richtig gewesen ist, wenn ich nachher sah, wie die Verhältnisse sich entwickelten. Das geht Euch allen so. Das ist der ewige Jungbrunnen der Partei, der übermächtigstrebende Gedanke, der in uns liegt. (Sehr richtig!) Nun bin ich ja in der glücklichen Lage, vor Ihnen als Süddeutscher zu stehen, der nicht verurteilt ist. Ich habe im bayerischen Landtag gegen das Budget gestimmt, weil ja mit unserer Abstimmung eine besondere Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium verbunden sein sollte. Also ich gehöre nicht zu denen, die verbrannt werden sollen, und trotzdem erkläre ich, daß ich mich vollständig solidarisch fühle mit den Württembergern, Badenern und Bayern. (Wahol bei den Süddeutschen.) Weil ich weiß, daß es den einzelnen Fraktionen überlassen bleiben muß, in solchen Fragen zu entscheiden, ob zwingende Gründe gegeben sind. Wenn man in München für das Budget zu stimmen sich entschließt, dann kann man die Gründe eines solchen Entschlusses nicht in Berlin beurteilen; das muß man in München beurteilen lassen. (Zuruf: Ganz richtig, Genosse Rollenbuhl, und in Stuttgart entscheiden lassen. Die Bewegungsfreiheit der einzelstaatlichen Fraktionen muß in dieser Zweckmäßigkeitfrage erhalten werden. Wir bestreiten dem Parteitag gegenüber nicht das Recht der Kritik und der Beschlussefassung, wohl aber das Recht, daß er uns auf alle Zeiten in einer Weise festlegt, die wir nicht verantworten können. (Sehr richtig!) Nun hat man die Stuttgarter Konferenz zum Ausgangspunkt der Angriffe gemacht. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte etwas gehört, und das mußte natürlich in entsprechender Sauce serviert werden. Als ich das las, habe ich meine Kollegen, mit denen ich zusammen in Stuttgart war, gefragt: Haben wir denn die Sache überhaupt so erörtert, wie die „Leipziger Volkszeitung“ das bringt? Darauf wurde mir von allen Seiten bestätigt, daß gar keine Rede davon sein könne, daß in der Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung“ es gebracht hat, auch nur im geringsten eine Erörterung stattgefunden habe. Die Budgetfrage hat in Stuttgart für uns lange nicht die Bedeutung gehabt, wie man es hinstellt. Das geht schon daraus hervor, daß wir — gestützt auf den Lübecker Beschluß — keinerlei Beschlüsse darüber fassen wollten und gesagt haben: Die vorliegende Resolution des Vorstandes sollte also von dem Gesichtspunkte aus geändert werden, daß wir kein Rehergericht abhalten wollen, sondern daß wir freie Männer untereinander sind. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Wesmeyer-Stuttgart:

Tinn hat erklärt, die Vorstandesresolution sei unannehmbar, wird sie angenommen, so unterwerfen wir bayerische Parlamentarier uns dem Willen des Parteitag nicht. (Hört! Hört!) Das war der Kern seiner Ausführungen. Der Sprecher der badischen Landtagsfraktion hat im Grunde das gleiche erklärt und der der württembergischen hat die vollständige Solidarität dieser Fraktion mit der bayerischen und badischen verkündet. Ich weiß nicht, ob Hildenbrand nur für die hier anwesenden Parlamentarier oder für die ganze Fraktion diese Erklärung abgegeben hat. Anwesend sind: Heymann, Fischer, Reichel, Schlegel, Feuerstein und Keil. Diese Erklärung, wir fügen uns der Mehrheit des Parteitag nicht, wenn sie gegen uns entscheidet, wird abgegeben, obgleich es sich nach der Meinung Ulrichs um das Sachverhältnis handelt. Es ist geltend gemacht worden, daß die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ihre Zustimmung direkt oder schweigend zu dem Verhalten der Fraktion gegeben habe. Darnach könnte es scheinen, als ob die württembergischen Parteigenossen hinter der Landtagsfraktion ständen. Ich glaube doch, das ist ein Irrtum. Wie war die Sache? Als die Genossen in Württemberg dem Budget zugestimmt haben, hat es in mehreren Versammlungen in Stuttgart heftige Diskussionen gegeben. Es wurde eine Tadel- und eine Vertrauensresolution eingebracht. Hildenbrand stand auf und erklärte: Wenn die Tadelresolution angenommen wird, lege ich mein Mandat nieder. (Lebhafte Hört! Hört!) (Gegenrufe von den Süddeutschen: Das ist doch selbstverständlich!) Durchaus nicht. Ich möchte Heymann sagen, daß den Parteigenossen stets das Recht vorbehalten bleiben muß, über die Abstimmung der Parlamentarier zu entscheiden. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte der Aufschauung entgegenzutreten, daß die Parlamentarier über der Partei stehen. (Stürmischer Beifall; lebhafter Gegenruf von den Bänken der Süddeutschen.) Genosse Ulrich! Ich lasse mich durch Ihre Zwischenrufe, auch wenn sie schon organisiert sind, nicht hören. (Lebhafte Beifall.) Auf der Landesversammlung in Ehlingen ist ebenfalls eine Tadel- und eine Vertrauensresolution eingebracht worden. Dort stand Lindemann, der Sprecher der Fraktion, auf und erklärte: Die Tadelresolution ist für uns unannehmbar. (Zuruf: Derselbe Teufel wie hier!) Wir vergiessen auch auf die Vertrauensresolution. Das war ungefähr der Sinn. Nun hatten wir drei schwere Wahlkämpfe hinter uns: Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlkämpfe. Da schredten die Parteigenossen natürlich vor einem Konflikt zurück und lehnten die Tadel- und die Vertrauensresolution ab. Ich behaupte, die Frage ist unentschieden geblieben durch diese Taktik. Man hat also kein Recht, sich auf die Zustimmung der württembergischen Parteigenossen zu berufen. Frank, Tinn und Hildenbrand haben in beweglichen Tönen uns beschworen, sie erst zu hören, und dann zu urteilen. Aber dieselben Genossen treten vor den Parteitag mit einem fertigen Urteil: Wir nehmen Euren Beschluß nicht an, wenn Ihr nicht so beschließt, wie wir wollen. (Lebhafte Hört! Hört!) Ist das noch Demokratie? In träumerischen Verweirungen und Erklärungen hat Genosse Frank erklärt: Parteigenossen, zerreißen Sie doch die Einheit der Partei nicht! Jeder ehrliche Parteigenosse wird mit voller Kraft dafür wirken, daß die Einheit der Partei erhalten bleibt. Sie aber glauben, sie kann nur erhalten bleiben, wenn sich die Mehrheit Ihnen unterwirft. (Stürmischer Beifall.) Es ist uns erzählt worden (Zuruf: Erzählt?) — gut, es ist uns gesagt worden, daß viel, sehr viel erreicht worden ist in Bayern und in Baden: Lohn erhöhungen sind durchgesetzt, die staatsbürgerliche Gleichheit hat man, selbst der Minister von Wehner — Antonius von Unterhachingen, nennt ihn die „Münchener Post“ — kann Mitglied der sozialdemokratischen Partei werden. (Große Heiterkeit.) In Baden dürfen sogar sozialdemokratische Zeitungen auf den Bahnhöfen verkauft werden (Heiterkeit), in Bayern und Württemberg auch. Diese farbenprächtigen Schilderungen können aber doch nicht verhindern, daß auch zur Jetztzeit noch tausende und aber-

laufende in Bayern, Baden und Württemberg auf dem Pflaster liegen und nicht wissen, woher sie Brot nehmen sollen. So sieht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aus. (Beifall.) Es ist uns vorgelesen worden von Rünzberger Sängern hinaus in den Festsaal:

Was ihr hebt und Tageslicht,
Schätze sind es für den Welt,
Was ihr liebet und beschaut,
Tritt auf euch voll Uebermut!

Das ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Kaum jemals ist der Machttitel der Unternehmer, der Bourgeoisie, der Terrorismus dieser Klasse so stark gewesen wie gerade in dieser Zeit. Die besten Partei- und Gewerkschaftslogen fliegen auf die Straße, werden dem Hunger übergeben und dann predigt man dieses! Einigkeit und Geschlossenheit der Partei ist sicherlich notwendig. Aber merkwürdig nehmen sich diese Klagen des Genossen Franz aus, angesichts der Tatsache, daß sich neben dem Parteitag ein anderer süddeutscher Parteitag konstituiert hat, ein Parteitag, zu dem nur die Budgetbewilliger geladen werden, während diejenigen, die nicht für das Budget zu haben sind, ausgeschlossen werden. (Hört! hört!) sowohl Abgeordnete wie auch Delegierte. Stuttgart zählt 5600 organisierte Parteigenossen. Es war nicht vertreten. Der zweite württembergische Wahlkreis zählt 3800 Organisierte, er war ausgeschlossen. (Hört! hört!) Aus Göttingen mit 1500 Genossen hat man keinen Delegierten zugelassen, wohl aber die 3 Delegierten des Reutlinger Wahlkreises mit seinen 475 Genossen. (Hört! hört!) Das waren die Genossen Seymann, Reichel und Eugenheim, die repräsentieren Württemberg. (Weiterkeit.) Außerdem waren auch noch da: z. B. der Genosse Feuerstein als Landtagsabgeordneter mit einem formalen Mandat, der Genosse Reil, der auch ein formales Mandat gebracht hat, das ihm so geboten war. (Hört! hört!) Wir müssen endlich Klarheit schaffen, und ich will deshalb einen Vorschlag machen, den anzunehmen auch den Süddeutschen nicht schwer fallen kann. Ich will ihnen entgegenkommen. (Lachen bei den Süddeutschen.) Um Klarheit zu schaffen, um zu verhindern, daß es wieder so kommt wie in Dresden, wo man die Resolution unterschrieb und nachher dagegen handelte, beantrage ich, daß der Parteitag ausdrücklich die Zustimmung der bayerischen und badischen Landtagsfraktion zum Budget billigen möge. Ich bitte Sie, diese Resolution zu unterstützen, um sie nachher mit glänzender Majorität abzulehnen. (Lachen bei den Süddeutschen, Beifall bei den Übrigen.)

Dr. Weiss - Rürnberg:

Der Grundton aller Reden und aller Angriffe, die gegen die Budgetbewilligung gerichtet worden sind, laufen sich in den Satz zusammenfassen, der auch in der Vorstandsresolution zum Ausdruck kommt: Wir dürfen dem Klassenstaat kein Vertrauensvotum aussprechen. Im übrigen sind die Angriffe gegen die süddeutschen Landtagsfraktionen durchaus unwesentlich. Auch die Rede, die Simon in einer Parteiverammlung in Nürnberg gehalten und gestern an dieser Stelle wiederholt hat, trifft nicht den Kernpunkt. Die Budgetbewilligung braucht auch keineswegs ein Vertrauensvotum zu sein. Die Abstimmung braucht nicht einmal immer eine Demonstration zu sein, wie es am besten die Beispiele von Berlin und Sachsen beweisen. Ich sage ausdrücklich: Beispiele, denn dasselbe Schauspiel wiederholt sich in zahlreichen Einzelstaaten und Gemeinden. Niemand hat man den Eindruck von einer auch nur einigermaßen wirksamen Demonstration. Die Budgetabstimmung kann selbstverständlich eine Demonstration sein. Aber ist das dann wirklich eine Demonstration gegen den Klassenstaat, d. h. gegen die privatkapitalistische Organisation der Gesellschaft? Ich will gar nicht diese Auffassung in ihren letzten Konsequenzen durchdenken. Ich will sie für einen Augenblick anerkennen, um Ihnen zu zeigen, zu welchen Konsequenzen das führt. Dann sind nämlich die Ausnahmen, die von der anderen Seite vorgeschlagen werden, auch unverständlich. (Sehr richtig!) Dann brauchen wir keine große Resolution zu fassen, dann können wir uns sehr kurz und knapp ausdrücken. Kamenentlich würde dann der Satz der Resolution unbegrifflich, der die Zustimmung dann zuläßt, wenn die Ablehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigen Budgets zur Folge haben würde. Wie soll man überhaupt einen vergleichenden Maßstab finden zwischen zwei Budgets? Es liegen doch nicht immer mehrere Budgets gleichzeitig vor. Der Satz bedeutet in Wirklichkeit die Proklamierung des Grundsatzes, daß man in der Minderheit anders zu stimmen hat, als wie man in der Mehrheit stimmen würde, ein Grundsatz, dessen politische Ehrlichkeit ich hier nicht erörtern will. Die Proklamierung dieses Grundsatzes bedeutet aber auch eine Diskreditierung aller unserer Beschlüsse, eine Diskreditierung der Haltung unserer Abgeordneten zu jeder Frage, denn es kann ja jederzeit auf Grund eines derartigen Beschlusses ihnen entgegengesetzt werden, daß sie nur deshalb ablehnen, weil sie in der Minderheit sind. Die praktische Durchführung eines derartigen Grundsatzes ist schon deshalb unmöglich, weil wir gar nicht immer von vornherein die Abstimmung unserer Gegner kennen und weil sie und infolgedessen einmal einen guten Streich spielen und die von uns im Ernst gar nicht gewollte Ablehnung bewirklichen können. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Die im Ernst nicht gewollte Ablehnung — denn gerade dieser Passus drückt aus, daß wir immer nur sagen, wir verweigern das Budget, wenn wir es nicht verweigern können, wir verweigern es aber gerade nicht dann, wenn wir es verweigern können. (Sehr gut bei den Süddeutschen; ironischer Ruf: Ganz ausgeglänzt! — Gelächter.) Weibel hat in Lübeck als Beispiel für die Möglichkeit einer Zustimmung zum Budget den Fall erwähnt, daß wir etwa in Gotha 10 statt 9 Mandate hätten. Timm hat schon darauf hingewiesen, daß dann ja nach die anderen entscheidenden Faktoren hinzukommen. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde dadurch, daß wir die Mehrheit in Gotha haben, der Zukunftsstaat in Gotha eingeführt sein? Würde dann der Klassenstaat nicht mehr existieren? Freilich können wir dann das Budget mehr nach unseren Plänen gestalten, aber soweit werden wir innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaft nicht gehen können, daß wir gerade im Herzogtum Koburg-Gotha den Zukunftsstaat einführen. Da zeigt sich der ganze Widerspruch dieser Argumentation, da zeigt sich unwiderleglich, daß, wenn die Budgetbewilligung eine Demonstration sein soll, sie unter keinen Umständen eine Demonstration gegen den Klassenstaat sein kann. Gewiß kann man sie u. a. als Demonstration benutzen, aber nur im politischen Tageskampf. Wir vertreten im Klassenstaat zahlreiche Forderungen, die der bürgerliche Liberalismus nicht erfüllt hat. Diese Forderungen stehen sogar im Vordergrund unserer Politik; ich erinnere nur an den Kampf um die Steuerreform, an die Forderungen gegen den Militarismus. Alle diese Forderungen der Demokratie und politischen Gleichberechtigung, die im Vordergrund des politischen Tageskampfes stehen, können durch eine Demonstration bei der Budgetabstimmung unterstützt werden. Die Notwendigkeit eines demokratischen Witzens ist gerade in Deutschland gegeben. Weibel wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich den preussischen Genossen entgegenstellen, aber auch Süddeutschland leidet unter dem preussischen Junkertum; Süddeutschland ist in vielen Fragen der Uebermacht des preussischen Junkertums ausgeliefert. Diese süddeutsche Selbständigkeit haben wir schäßen lernen. Deshalb haben die Parteigenossen in den Landtagen, also für das Budget stimmten, die Beschaffenheit der politischen Verhältnisse in den süddeutschen Ländern von denen in Norddeutschland dokumentiert. Das ist eine politische Demonstration für eine demokratische Verfassung gegen den preussischen

Junkerstaat, und keiner kann hier sagen, daß das nicht ein Schritt vorwärts auf unserem Wege ist, der zu unserem Endziel führt. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Maria Jettin - Stuttgart:

Als ich gestern die Rechtfertigung der Vertreter der Mehrheit der württembergischen, bayerischen und badischen Landtagsfraktionen für die Zustimmung zum Budget hörte, konnte ich mich nicht des Eindrucks erwehren, daß wir hier eine Renaissancereise der Verhandlungen von Frankfurt erleben würden, eine Renaissancereise, die beträchtlich vermehrt, aber, was die Würde der Sache anbelangt, durchaus nicht verbessert worden ist. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, daß die gegenwärtigen Parteilauseinandersetzungen mutwillig heraufbeschworen worden seien. Die drei Redner der Süddeutschen haben nur mit etwas anderen Worten erklärt: Der liebe, gute, aber im übrigen, wie uns scheint, schlecht informierte Parteivorstand ist der Gefangene der Berliner, ist das Opfer von unverantwortlichen Intrigern. Gegen diese Auffassung muß ich protestieren, daß unser Parteivorstand ein gar so willenloses und unfähiges Organ wäre, der sich lediglich durch das bestimmen läßt, was er gelegentlich hört. Ich protestiere auch gegen die Auffassung, als ob unverantwortliche Intrigieren in der Partei ihr Unwesen treiben. Heraus mit Eurem Fieberwörter, Genossen (Lachen bei den Süddeutschen), wenn Ihr sagt, daß es Intrigieren in der Partei gibt, dann ist es Parteipolitik, Namen zu nennen, nicht aber hollische Verdächtigungen zu erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueberhaupt möchte ich gegen die Auffassung protestieren, daß es in unserer Partei verantwortliche und unverantwortliche Träger der Bewegung gibt (Sehr gut) und als ob die verantwortlichen Träger der Bewegung lediglich in den Reihen der Parlamentarier und der Parteibeamteten zu suchen seien. Ich erlaube mir, der unmaßgeblichen Ansicht zu sein, daß weder mit dem Mandat, noch mit der Beamteneinstellung Verband und Verantwortlichkeit kommen. Jeder einzelne von uns, der in die Öffentlichkeit geht, der ein Wort schreibt oder redet, ist der Öffentlichkeit, und vor allem dem höchsten Richter, seinem eigenen Gewissen, verantwortlich. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen irren, die da glauben, das Verantwortlichkeitsgefühl gehöre zu den himmlischen Gaben, die erst mit dem Mandat kommen. Wer das Verantwortlichkeitsgefühl früher nicht befehlen hat, der bekommt es auch hinterdrein nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist behauptet worden, daß die Gegner der Budgetbewilligung auf demselben Standpunkt stehen, wie die „Jungen“ in Berlin und anderwärts. Diejenigen, die fortwährend sagen: Infolge Rassis und unzureichender Grundlagen müssen revidiert werden, die sind es, die das Werk der „Jungen“ fortsetzen, wenn auch nach dem entgegengesetzten Extrem hin. Aber ihre Haltung entspricht den gleichen Wurzeln, nämlich einer historisch falschen Einschätzung des Parlamentarismus und der Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft. Während sie früher den Parlamentarismus unterschätzten und die Kraft ihrer Lungen überschätzten, indem sie meinten, man könne ohne den parlamentarischen Kampf durch den proletarischen Klassenkampf die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch Reformen über den Haufen werfen (Weiterkeit), überschätzen diese Leute heute ihre parlamentarischen Fähigkeiten. Daher erwarten sie sehr viel von der Einsicht, von dem Verständnis, dem guten Willen der Herrschenden, denen man nur mit freundlichen guten Manieren entgegen zu kommen brauche. Es gibt niemand unter denen, die die Zustimmung zum Budget beurteilen, der nicht voll die parlamentarische Arbeit und den parlamentarischen Kampf würdigt. Timm hat erklärt: durch Sozialreform zum Endziel. Es ist mir innerhalb 10 Minuten nicht möglich, die Auffassung zurückzuweisen, als ob wir nur durch Sozialpolitik zum Endziel gelangen. Die Sozialpolitik ist gewiß ein wichtiger und unerlässlicher Faktor in unserer Arbeit, um zum Endziel zu gelangen, aber sie ist nicht der einzige Faktor, und ohne irgendeine der ungemein fleißigen, energischen und geschickten Arbeit unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zu nahe zu treten, müssen wir doch sagen, der springende Punkt ist, wie diese Arbeit geleistet werden soll, von welcher Auffassung aus, und da können wir die Auffassung, als ob die Zustimmung zum Budget jede andere parlamentarische Arbeit entwertet, nicht teilen. Man sagt, die Klassen würden uns nicht mehr verstehen. Hier liegt eigentlich ein Widerspruch vor. Auf der einen Seite erklärt man, die Zustimmung zum Budget ist eine bloße Formalität, eine bloße Zeremonie, auf der anderen Seite aber erklärt man, unsere Arbeit im Parlament kann von der Klasse nicht voll gewürdigt werden, wenn wir diese Zeremonie nicht mitmachen. (Sehr gut.) Nein, entweder das eine oder das andere. (Zuruf bei den Süddeutschen: Alles beides!) Die Zustimmung zum Budget wird unter allen Umständen die Bedeutung eines Bekenntnisses haben, eines Bekenntnisses, das die Sozialdemokratie ablegt, wie die sozialdemokratische Partei im Klassenkampf steht. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, dieses Bekenntnis legen unsere Genossen in den Parlamenten bei jeder einzelnen Aktion ab.

Aber bei der Budgetablehnung soll all das zusammengefaßt werden. Ob man sagt, es handelt sich um eine taktische oder um eine prinzipielle Frage, ist ganz gleich, denn auch taktische Fragen müssen prinzipiell gelöst werden. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Genossen so sehr erregt hat, ist der Umstand, daß sie die Meinung hatten, sie sollten von den süddeutschen Fraktionen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. (Sehr richtig!)

Das ist nicht der Umstand, daß die Beschlüsse, die die ganze Partei gemeinsam gefaßt hat und die bisher gemeinsam respektiert sind, nicht durch einen formalen Beschluß aus der Welt geschafft werden sollten — so Aug sind die süddeutschen Genossen, um das nicht zu tun —, aber daß sie aus der Welt interpretiert werden sollten, das ist das Wesentliche. (Lebhafte Zustimmung.) Keiner von uns wird den süddeutschen Genossen den guten Glauben absprechen, sich mit ihrer Haltung in Uebereinstimmung mit der Lübecker Resolution befunden zu haben. Aber die Tatsachen haben ihre eigene Logik, die unabhängig ist von unserer Interpretation und unserem Willen, und die Tatsachen sagen, daß alle Gründe, die angegeben sind, im Gegen: sich sehen zu der Lübecker und der Dresdener Resolution. (Sehr richtig! Zuruf: Was in Gotha!) Ich bin hier nicht als Kommissar für Döb, er wird sich selber zu verständigen wissen. Wenn weiter gesagt ist, die Frage sei nicht von weittragender Bedeutung, weil ja der Frankfurter Parteitag keinen bindenden Beschluß gefaßt hat, so weise ich darauf hin, daß es nur infolge eines sogenannten Verbesserungsantrages zu keinem Beschluß kam. Dieser Antrag schwächte die Resolution so ab, daß ein Teil der Genossen, die für die Bedingung waren, dagegen stimmten, und sie wurden in ihrem Vorgehen unterstützt von denen, die keine Bindung wollten. Das beweist uns die Notwendigkeit, eine klare Resolution zu fassen, die sich nicht wie Kauzschul dehnen läßt, und diesem Bedürfnis entspricht die Resolution des Vorstandes, die auch nicht ein Wort enthält, das verlegend oder beleidigend für die süddeutschen Abgeordneten wäre. Ganz entschieden muß ich dagegen protestieren, wenn Genossen hierherkommen und dem Parteitag die Pistole auf die Brust setzen. (Sehr richtig!) Diese Genossen sollten sich doch nicht immer auf Auer berufen, sie sollten davon absehen, diesen toten Eid auf den Klepper ihrer Argumente zu binden. Wenn es jemand gegeben hat, der in Sachen der Parteidisziplin keinen Spaß verstanden hat, mochte er persönlich auch anderer Meinung sein und uns insgesamt für dumme Köpfe halten, so war es Auer. Er hat sich stets der Mehrheit gefügt, er hat nie gedroht, nicht mehr mitzuspielen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Genosse Auer hat stets bekundet, daß ihm die Einheit der Partei über allem steht, aber die Ein-

heit der Partei auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms, die Einheit innerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Disziplin. (Lebhafte Beifall.)

Singer teilt mit, daß inzwischen der von Westmeyer angelegte Antrag eingelaufen ist; er lautet:

„Der Parteitag billigt ausdrücklich die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Bayerns und Badens zum Budget.“

Unter großer Unruhe des Parteitages stellt Singer die Unterstufungsfrage. (Von den Vätern der Süddeutschen wird gerufen: „Das hätten wir nur wagen sollen!“) Von der Gegenseite erheben sich einige Delegationen: „Die Unterstufungsfrage reicht aus.“ (Heftige Entrüstungsrufe.)

Dr. Duard - Frankfurt a. M.:

Man hat die Budgetfrage seitens der Süddeutschen so gestellt, als ob man mit der Gegnerschaft gegen ihren Standpunkt überhaupt auf den Parlamentarismus verzichtet. Nun sind aber die süddeutschen Genossen viel zu kluge Leute, um nicht zu wissen, daß das nicht gemeint sei und nicht gemeint sein kann. Aber wir müssen doch verlangen, daß sich der Parlamentarismus in die Gesamtbewegung einfügt und daß er nicht mit Mächten kämpft oder ihnen auch nur Unterstützung gibt, die wir außerhalb des Parlaments bekämpfen. Das ist der Sinn der Kritik an der süddeutschen Abstimmung. Und Weibel hat mir gestern die Stelle aus dem „Mausbuch“ vorweggenommen, die ich anführen möchte: Ihr ganzes bayerisches Landtagsagitationsbüro ist ein Beweis gegen die Ausführungen der Süddeutschen. Auch die württembergischen Genossen haben gesehen, wie weit man mit der Zustimmung zum Budget unter den heutigen Verhältnissen gelangt. Es wurde nicht verhütet, daß nachher eine ganz gewöhnliche preussische Polizeimittel auf dem Internationalen Kongress durchgeführt wurde. Wenn nun diese Dinge meine Frankfurter Parteigenossen und mich zu der Ansicht führen, daß jedenfalls dieser bürokratischen Regierung und dieser nationalliberalen Streberschaft, die jetzt in Baden an der Regierung ist, ein Budget unendlich bewilligt werden kann, so ist damit noch nicht gesagt — und jetzt wende ich mich an die Norddeutschen — daß nun die Kritik richtig ist, wie sie hier durch eine scheinbar grundsätzliche Resolution die Schwierigkeiten lösen wollen. Es ist nicht richtig, daß die Ablehnung des Budgets eine notwendige Folge unserer grundsätzlichen Haltung zum Klassenstaate ist. Die Genossin Jettin hat es hier ebenfalls selbst ausgesprochen. Wir können ebenförmig im Klassenstaat unter Umständen das Budget bewilligen als außerordentliches Wachtmittel. Und mit diesem einfachen Argument fällt die Resolution des Parteivorstandes. Das zeigt nicht bloß die theoretische Ueberlegung, sondern auch die praktische Erfahrung.

Die Erfahrung in Hessen und das praktische Beispiel in Gotha. Dort hat Genosse Rod genau so — nach bestem Wissen und Gewissen, wie das Genossin Jettin verlangt — wie die Süddeutschen für das Budget gestimmt in der Entscheidung zwischen einem reaktionären und einem fortschrittlichen Ministerium. Wo nicht das in der Resolution des Parteivorstandes? Für diesen Fall ist in ihr keine Rüge gelassen. Man bedient sich der formalistischen Wendung: weil wir grundsätzliche Klassenkämpfer sind, muß die Budgetbewilligung unter allen Umständen grundsätzlich sein. Das ist ein Trugschluß. Daher glaube ich im Sinne der Frankfurter Genossen zu handeln, wenn ich mich für die Resolution frohme erkläre. Die verdient vor der des Parteivorstandes den Vorzug der Folgerichtigkeit und hat außerdem den Vorzug, den Weg für künftige Zeiten zu zeigen, auf dem die Differenzen im Reime erledigt werden können. Sie wiederholt nur die alte Resolution von Lübeck, sie sieht davon ab, eine Gelegenheitsgeschehung zu machen, und zeigt, daß hier keine Diktatur beschlossen werden soll. Wenn Sie nach dem Antrag Schöppin aus der Lübecker Resolution das Wort ausmerzen wollen, daß „normalerweise“ die Budgetbewilligung nicht das Richtige sei, daß sie aber in anormalen Fällen zulässig sei, so beweist das nur die Verbitterung, die sie in die Sache hineintragen wollen. Es beweist, daß Sie nicht mehr sachlich urteilen, wie Sie die gesamte Agitation nicht sachlich betreiben haben. So gut Weibel und andere hier sachlich sprechen können, so gut wäre es auch gegangen, die ganze Verdächtigkeit sachlich zu führen. Wir haben in Frankfurt und Hannover gezeigt, daß das ganz gut geht. Der Vorstand hätte, wenn er versöhnen und vermitteln wollte, nachdem die Lübecker die ihm auch von mir nicht gebilligte Antwort erteilt hatten, nur nach Karlsruhe zu fahren und dort mit den Leuten zu sprechen zu brauchen. (Lachen.) Das macht heute jede Gewerkschaft, das macht die Generalkommission (Sehr richtig!), und wenn solche Schwierigkeiten auftreten, muß es auch der Parteivorstand so machen. Diese Verabschiedung legt die Resolution nach der Lübecker grundsätzlichen Stellungnahme der Parteileitung nahe. Nur auf dem Wege können wir weiter. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt Frankfurt, daß viel herunterfallen würde, wenn man den heutigen Klassenstaat als Apfelbaum schüttelt, aber ich sehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht dazu da sind, die zu strafen, die dem Budget zustimmen, um den Apfelbaum zu schütteln, wohingegen wir ebenso Rod und andere, die dasselbe machen, laufen lassen und den Vorstand laufen lassen, der seine Pflicht zu vermitteln, nicht getan hat. (Beifall.)

Dr. Lenz - Leipzig:

Die ganze Debatte ist schon seit langem über das Niveau hinausgewachsen, aus dem sie eigentlich hervorgegangen ist. Wir unterhalten und jetzt schon zum größten Teil über die wichtigsten Grundfragen der Partei. Da ist es ganz selbstverständlich, daß bei diesen Debatten auch die alte Melodie des „revolutionären Letztens“ wieder heraufkommt: „Wer das Lied nicht weiter kann, fängt auf die „Leipziger Volkszeitung“ zu schreiben an.“ (Weiterkeit.) Die Entrüstung, welche die drei offiziellen Redner der süddeutschen Budgetbewilliger von sich gegeben haben, ist in Süddeutschland systematisch organisiert worden. In Bayern und Baden hat man in entlegenen Ortschaften, die mir persönlich kaum dem Namen nach bekannt sind, Entrüstungsresolutionen gegen den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ angenommen, obwohl wahrscheinlich niemandem der Versammlungsbesucher auch nur der Kopf dieser Zeitungen vor Augen gekommen ist. Auch die Ausführungen des Genossen Hildenbrand waren ein Beweis dafür, daß er selber die Zeitungen, über die er sich entzweite und die spezielle Wendung überhaupt nicht gekannt hat. Er sagte, die „Leipziger Volkszeitung“ habe geschrieben, man solle die Budgetbewilliger mit glühendem Eisen aus der Fraktion herausbrennen. Das würde ich nun nicht nur aus ethischen, sondern auch aus ästhetischen Rücksichten juridizieren müssen. (Weiterkeit.) In der Tat wendet sich die betreffende Stelle gegen die Auskunftsabweigerung des badischen Landesvorstandes an den sogenannten „Berliner“, den deutschen Parteivorstand, und diese Auskunftsabweigerung wurde allerdings als ein Ausfluß des parlamentarischen Aktivismus bezeichnet, den mit glühendem Eisen auszubrennen die Aufgabe des Rünzberger Parteitag sein werde. Das ist die Art und Weise, wie die Sache künstlich und gefälscht dargestellt wird, und wie man gewissermaßen zu einer fable convense kommt. In der „Leipziger Volkszeitung“ — sagte Genosse Hildenbrand — werde jeder anständige Genosse angepöbel. Den Genossen Hildenbrand hat die „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht angepöbel, ob er sich infolgedessen noch zu den anständigen Genossen zählt, will ich ihm überlassen. (Weiterkeit.) Dann ist weiter die Wendung von dem „bayerischen Diesel“ in der Weise dargestellt worden, daß man in Berlin nachschau und sich davon überzeugen, daß der „bayerische Diesel“ ein altes Nordbrenner gewesen ist. Daraufhin wurde dann in Versammlungen erklärt, und auch die „Münchener Post“ schrieb: „Nun, sehr mal, Nordbrenner hat man und es genannt! Die „Leipziger Volkszeitung“, dies verruchte Organ, nennt die alten, bewährten Parteigenossen „Nordbrenner“. Da kann man natürlich Entrüstungsresolutionen einbringen, so billig wie Brombeeren. Aber Sie können mir nachhaken, wach außer-

ordentlich tiefen Eindruck diese Geschlechtererziehung auf mich macht. Es ist eine Auffassung, die sehr bezeichnend ist und in den Ausführungen Timms besonders scharf zum Ausdruck kam, daß man den größten Frevel begeht, wenn man die sogenannten „führenden Parteigenossen“ angreift. In der Budgetbewilligung sollten ja diese „führenden Parteigenossen“ plötzlich nicht mehr die „führenden Genossen“ gewesen sein, da sollten sie geschoben worden sein von den Massen. In allen übrigen Dingen aber sind sie die „führenden Parteigenossen“. Man kann — wie die letzten Wochen beobachtet haben — die Grundzüge der Partei preisgeben, man kann auch auf Parteibeschlüsse pfeifen, man kann sogar mit der Sprengung der Partei drohen, aber wenn man ein scharfes Wort gegen die Personen, gegen die heiligen Parlamentarier schreibt, dann ist Matthäi am Leisten. Das bezeichnet man eben als parlamentarischen Kretinismus. Ich will noch hinzufügen, daß ich allen diesen Genossen, die hier den Ton und die Art und Weise der „Leipziger Volkszeitung“ besonders hervorgehoben haben, von Herzen dankbar sein kann, vielleicht auch im Namen des Verlages, für die Beklame, die sie der Zeitung gemacht haben. (Sänger: Also deshalb!) Ob Sie es deshalb gemacht haben, weiß ich nicht! (Weiterkeit.) Jedenfalls wird das der Erfolg sein, und mir können Sie keinen besseren Empfehlungsbrief nach Leipzig mitgeben, als wenn von den Budgetbewilligern in dieser Weise über die Zeitung hergefallen wird. Ich würde glauben, meine Pflicht verletzt zu haben, wenn in einer Diskussion über die grundsätzlichen Anschauungen der Partei von den Revisionisten nicht über die „Leipziger Volkszeitung“ geschimpft werden würde. — Und nun zur Sache. Frank sagte, das Ganze sei ein echter, deutscher Streit um eine leere Zeremonie, eine verhältnismäßig gleichgültige Sache. Gleichzeitig aber sagt er: Gebt Ihr uns in dieser absolut gleichgültigen Sache nicht recht, so drohen wir mit Sprengung der Partei! (Sehr gut!) Timm sprach von einem mutwillig heraufbeschworenen Parteikonflikt. Gewiß, dieser Konflikt ist mutwillig heraufbeschworen worden — aber von den süddeutschen Budgetbewilligern. (Sehr gut!) In der Fraktionsstimmung der bayerischen Landtagsfraktion wies Genosse Segib darauf hin, welche große Empörung und Erbitterung über diese plötzliche Budgetbewilligung ausbrechen würde. (Sänger: Nicht Empörung, sondern Skandal!) Er hat gesagt, er sei ja im Herzen für die Bewilligung, aber er rate von diesem Schritte ab, weil er diese Parteieinverständigungen (Zuruf: Skandal!), diesen Parteifratze, jawohl voraussetzt (Segib: Den Sie gemacht haben!) Sie haben allerdings den Skandal kommen und haben ihn nicht vermieden. (Segib: Sie haben ihn aber gemacht!) Wenn dieser Schritt in Süddeutschland eine so außerordentliche Bedeutung gehabt hat, so paßt das schlecht zu der Tatsache, daß die Gesamtpartei von der Minorität der Süddeutschen vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, daß man hier auf dem Parteitag und die Pistole auf die Brust setzt und sagt: Wenn Ihr, die Majorität, Euch nicht unterordnet, werdet Ihr sehen, daß wir uns nicht fügen. Wenn die Süddeutschen der Ansicht waren, daß die Lübecker Resolution nicht zu halten wäre, dann hätten sie, falls sie Lokal vorgehen wollten, die Verpflichtung, offen zu erklären: wir stellen den Antrag, daß der Parteitag sich mit der Sache beschäftigt. Dann hätten wir eine ruhige und sachliche Debatte über die Frage gehabt. (Zuruf: Ra! Ra!) Es gibt keinen Programmpunkt, über den wir nicht jederzeit zu diskutieren bereit sind, aber was bei den Massen eine so außerordentliche Erbitterung hervorruft, ist der Bruch der Disziplin, die bisher die Größe unserer Partei gewesen ist. Frank sprach von dem — wie er selbst sagte — hohen Gleichnis von der Frau, die man schütteln solle. Das Verhältnis der Süddeutschen zur Partei scheint mir auch ein eheliches zu sein, aber anderer Art, indem die Süddeutschen in der Form mit der Partei verheiratet sind, daß sie sagen: Wenn wir beide, die Gesamtpartei und die Süddeutschen, einig sind, gilt Eure Meinung, wenn wir nicht einig sind, gilt unsere Meinung. (Weiterkeit.) So haben Sie in der Praxis ihre Politik betrieben. Unter allen Umständen wäre ich vor der Resolution froh. Wenn wir hier, wo auf dem Parteitag die Partei gewissermaßen von den Süddeutschen durch die Drohung mit der Sprengung terrorisiert werden soll, jetzt durch die Annahme der Resolution Frohne nachgeben, so ist es meine feste Überzeugung, daß dann die inneren Kämpfe in der Partei erst losgehen. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, unter keinen Umständen einer Schwächung der Vorstandesresolution ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Reich-Markredwitz:

Wir, die wir aus einer der zurückgebliebensten Gegenden sind, hätten unsere bayerischen Abgeordneten nicht verstanden, wenn sie gegen das Budget gestimmt hätten. Und wir fühlen hier unsere Abgeordneten. Mit den Brandreden will man nur Erregung in die Partei bringen. Es ist undegreiflich, wie unsere Parteiblätter an diese rein faktische Frage soviel Raum verschwenden. Wir Parteigenossen in dem entlegenen Winkel klagen immer darüber, daß man unseren Einfendungen so wenig Beachtung schenkt. Frank hat zutreffend auf das Streben der Arbeiter nach Tarifverträgen hingewiesen. Bei uns in der bayerischen Oberpfalz muß erst die Gewerkschaftsorganisation ausgebaut werden, ehe die Partei Fuß fassen kann. Wird die Vorstandesresolution angenommen, dann werden die christlichen Agitatoren mit dem Parteiprotokoll in der Hand gegen uns losgehen, und dann haben unsere Gegner, besonders das Zentrum, eine wirksame Waffe gegen uns. Die Norddeutschen kennen unsere Verhältnisse nicht, sonst würden sie anders urteilen. (Lebhaftige Zustimmung der Süddeutschen.) Genosse Westmeyer hat einen Antrag gestellt, den er zur Ablehnung empfohlen hat. Mir ist etwas Derartiges noch nicht vorgekommen. (Lebhaftige Zustimmung der Süddeutschen.) Man glaubt, die Süddeutschen mit einem derartigen Antrag verfahren zu können und verhöhnt den ganzen Parteitag. (Lebhaftige Zustimmung der Süddeutschen.) Da hätte der Vorsitzende eingreifen müssen. (Beifall der Süddeutschen.) Grillenberger, und ich bekenne mich mit Stolz als seinen Schüler, stand auf dem Standpunkt: jeden Vorteil für den Arbeiter nehmen wir, und wenn er vom Teufel kommt. Wenn bei uns die Leute mit 170 M., mit 2 M. Tageslohn besäßen, wäre es geradezu unverantwortlich, wenn unsere Abgeordneten anders gestimmt hätten. Die Gegner der Budgetbewilligung sollten sich lieber etwas mehr um die Randagitation kümmern, statt hinter allen Dingen Parteiverrat und Disziplinbruch zu wittern. Wir verlangen Ablehnung der Vorstandesresolution und die Weitergeltung der Lübecker.

Singer:

Der Vorredner meint, der Vorsitzende hätte den Antrag Westmeyer nicht zulassen müssen. Der Vorsitzende ist verpflichtet, nach der vom Parteitag beschlossenen Geschäftsordnung zu handeln. (Sehr richtig!) Wie ich persönlich über den Antrag denke, darüber habe ich Westmeyer keinen Zweifel gelassen. Nachdem er aber formell eingebracht war, hatte ich die Verpflichtung, ihn zur Unterbrechung zu stellen. Von dieser Verpflichtung, jedem einzelnen Mitgliede des Parteitages das ihm zustehende geschäftsordnungsmäßige Recht zu gewähren, werde ich mich durch keinen Umstand abbringen lassen. (Beifall.) Der Vorsitzende ist dazu da, jedes Mitglied des Parteitages und seine Rechte, die ihm die Gesamtpartei gegeben hat, zu schützen. Seine Privatmeinung über bestimmte Vorgänge kann ihn nicht veranlassen, von dieser Verpflichtung eines lokalen Vorsitzenden abzugeben. Ich werde wenigstens keinen Schritt davon abweisen. (Beifall.) Im übrigen habe ich mitzutheilen, daß der Antrag Westmeyer zurückgezogen ist. (Lachen bei den Süddeutschen.)

Suber-Landschut (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat korrekt gehandelt, aber ich meine, derartige Resolutionen, die uns lächerlich machen vor den Bürgerlichen, dürfen nicht wieder eingebracht werden. (Beifall.)

Singer: Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen, und wenn Sie einen Vorsitzenden haben wollen, der die Rechte eines einzelnen

Mitgliedes verletzt und Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht aufrecht erhält, müssen Sie einen anderen Vorredner wählen.

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß es keine Verletzung des demokratischen Prinzips ist, wenn der Vorsitzende Anträge, denen es auf die Stim geschrieben ist, daß sie eine Verhöhnung eines Teiles des Parteitages und damit des ganzen Parteitages zum Zwecke haben, zurückweist. (Lebhaftige Zustimmung der Süddeutschen.)

Singer: Ich für meine Person lehne es ab, mich über den Parteitag zu stellen.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Bubeil:

Wie schlecht die Sache der Budgetbewilliger stehen muß, hat die Tatsache bewiesen, daß alles Mögliche und Unmögliche herangezogen wird, um darzutun, daß auch selbst in der städtischen Vertretung, vor allem in Berlin gegen die Beschlüsse des Parteitages verstoßen wird. Diese unwahre Behauptung ist aufgestellt, obwohl der „Vorwärts“ sie ganz energisch zurückgewiesen hat. Singer blüht auf 25 Jahre Stadtverordnetentätigkeit zurück. Noch zu keiner Zeit bis zur heutigen Stunde haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten dem Budget ihre Zustimmung gegeben. (Zuruf von den Süddeutschen: Auch nicht dagegen gestimmt!) Schon 1890 hat Vogt über unsere Stellung dahin zum Ausdruck gebracht: „Da der Etat einer jeden Stadt nicht allein eine bestimmte Auffstellung von Zahlen sein, sondern gewissermaßen ein Gesamtbild der Verwaltung und des Verwaltungsprinzips und da wir mit einzelnen dieser Prinzipien nicht einverstanden sind, können wir den Gesamtetat als solchen nicht annehmen.“ (Hört! hört!) Diese Stellung ist bis zum heutigen Tage nicht geändert. (Zuruf: Sie haben noch in keiner namentlichen Abstimmung abgelehnt.) Sie kennen nicht unsere Geschäftsordnung, sonst würden Sie wissen, daß über unseren Etat nur positiv abgestimmt werden kann und wir eine Gelegenheit zur namentlichen Abstimmung nicht haben. Aber städtische Etats können mit staatlichen nicht verglichen werden. (Zustimmung.) Sie sehen also, in welcher Weise alles verfaßt wird, den Disziplinbruch zu beschönigen. (Beifall.) Sie klagen über den Ton in der Presse und den Berliner Verhandlungen. Die süddeutschen Vertreter in den Landtagen mögen sich gratulieren, daß Timm nicht mehr bei und in Berlin ist. (Sehr gut! und Weiterkeit.) Timm gehörte auch schon zur Dexterkonmission. (Zuruf: War Vorsitzender.) Und Frank mag sich gratulieren, daß Timm nicht in Berlin war, als er am Leidenbegräbnis des Großherzogs teilnahm. Timm hat damals auch drei Stadtverordnete gehängt, die beim Begräbnis Jordenbeds dabei waren. Welch ungeheure Wundlung, wenn man von dem Norden nach dem Süden kommt! (Weiterkeit und Sehr gut!) Erstauulich, welche Wundlung einzelne Parteigenossen und besonders damals unser fast zum Anarchismus neigender Timm durchgemacht haben. Ich glaube, im Namen der Berliner Parteigenossen und wohl auch der meisten aus der Provinz Brandenburg sagen zu können: Wir stehen auf dem Boden der Vorstandesresolution. (Zuruf: Geschlossen!) Ich wollte nicht mehr sagen, als ich beantwortet kann; wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt der Vorstandesresolution. Wir sagen, das ist das wenigste, was angenommen werden kann und darf. Der Parlamentarismus darf nicht Selbstzweck sein. Aber hier stellen sich die Parlamentarier über die Masse. Der „Vorwärts“ mag manches scharfe Wort geschrieben haben. Aber jedenfalls hat er seine Schuldigkeit getan in der Aufklärung über den Standpunkt auf beiden Seiten. Aber im Süden hat man diese Aufklärung benachlässigt. (Widerspruch Eisner.) Nein, Sie haben die Aufklärung des Nordens zum großen Teil ihren Lesern unterschlagen. (Anruhe und Zustimmung! Eisner: Und Rosa Luxemburg!) Rosa Luxemburg wird sich schon selbst verteidigen. (Eisner: Ich meine den Artikel von Rosa Luxemburg in der „Tagespost“.) Ihre Stellung hat sich seit Berlin in unbegreiflicher Weise geändert. In Berlin standen Sie noch auf meiner Seite gegen die Proportionalität. Sie scheinen sehr wandlungsfähig zu sein. (Beifall und Lachen.) Wenn man einen Ton anschlägt, wie heute Morgen die „Münchener Post“ wider die Berliner, dann darf man sich nicht über den Ton auf der anderen Seite beschweren. Sie haben uns gestern zugerufen: Unannehmbar. Gut, tragen Sie die Konsequenzen, wir gehen keinen Schritt zurück.

Engler - Freiburg:

Ged hat sich sehr darüber aufgeregt, daß man dem Parteivorstand in Bezug auf seine Resolution die Ehrlichkeit abgesprochen habe. Ich weiß nicht, wer das getan hat. Aber ich glaube, auf unserer Seite kann man sich mit viel mehr Recht darüber beklagen. Ich bestreite entschieden, daß unsere Genossen im badischen Landtag Schuldenwirtschaft befürwortet haben. Was Kolb u. a. verlangt haben, sind Anleihen, da der Staat aus laufenden Mitteln notwendige Kulturaufgaben nicht erfüllen kann. Das tun wir in Städten und anderswo auch. Was hat das aber mit der Frage der Budgetbewilligung zu tun? Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was die Genossen im Parlament im einzelnen tun. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Ged war zur Stuttgarter Konferenz eingeladen, er ist dringend gebeten worden, zu kommen, und ist nicht gekommen. Das ist eine Methode, die er immer anwendet. Er zieht sich zurück im Moment der Entscheidung, und hinterher kommt er und kritisiert, und er ist derjenige, der den Parteivorstand informiert, der in der unehrlichen Weise den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ informierte. (Anruhe.) Darüber werden wir auf dem badischen Parteitage noch ein ganz ernstes Wort zu reden haben. Dann muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen das Märchen wenden, daß unsere Abgeordneten nicht die Parteigenossen hinter sich haben. Ich erkläre, daß mindestens 95 Prozent der badischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen, und wo ich hingekommen bin in den ersten Tagen nach der Budgetabstimmung — und ich habe in den Versammlungen nicht darüber gesprochen —, haben mir die Genossen, die in der Kleinagitation tätig sind, erklärt: Endlich ist mit diesem System gebrochen worden. Die Vorstandesresolution ist nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für uns unannehmbar, und selbst, wenn ich ein Gegner der Budgetbewilligung wäre, wäre ich ein ebenso scharfer Gegner dieser Resolution. Ich bin überzeugt, es wird auch in der Folgezeit in den süddeutschen Staaten in den meisten Fällen das Budget verweigert werden. Aber eine solche Politik muß aus der Überzeugung hervorgehen und nicht durch Parteitagbeschlüsse vorgeschrieben sein, sonst verliert sie jeden Wert. Der Parteivorstand sollte so konsequent sein wie die „Leipziger Volkszeitung“. Weg mit dem Ausnahmepaß, denn der sagt nur, daß der Parteivorstand selbst der Meinung ist, es kann Ausnahmen geben, daß er aber nicht den Mut hat, diese Konsequenzen zu ziehen. Wir sagen, es müssen Ausnahmen zugelassen werden, und die Entscheidung ist den Landesorganisationen zu überlassen, denn die Ausnahme, die hier in der Resolution benannt ist, gibt es nur in Hessen. Das ist keine Ausnahme, das ist eine Spalte, aus der man nicht hinauskommt. Daß Mißstände bestehen, haben wir gewußt, auch die Westmeyer und andere das gesagt hatten. Auch wir wußten, daß 1000 Mark kein Gehalt ist, mit dem man in Ueberflus leben kann, aber wir wollen die Zustände verbessern, und die Art, in der wir es tun können, muß von hier und nicht von Berlin aus beurteilt werden. Auch die sächsische Taktik ist manchen unserer Genossen befreundlich vorgekommen, aber wir haben uns gesagt, daß Leute am Orte sind, die es schon selbst wissen werden. Es gibt da manche Dinge bei solchen Fragen, die bestimmend sind, aber die man aber in der Öffentlichkeit nicht gern spricht. (Sehr richtig!) Wir verlangen das selbe Recht. Ich will mir kein Urteil über die Taktik bei den preussischen Landtagswahlen anmaßen. Aber das badische Wahlrecht hätten wir mit dieser Taktik niemals erreicht. Manche Ausführungen der Genossen Jellin und des Genossen Westmeyer kamen mir so vor, als wenn

ein Huhn, das Entschieden ausbrüht, einen Schred bekommt, wenn es sieht, wie sie davonschwimmen. Seien sie ganz ruhig, die Entschieden erlaufen nicht, und wir verfallen nicht in eine Kleinbürgerliche Politik, sondern wir werden immer eine ganz klare Arbeiterpolitik treiben. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es ist eine Beleidigung, wenn gesagt wird, wir treiben eine Politik, der freisinnigen gleich. Diese haben in allen einzelnen Fällen Kompromisse geschlossen, sie haben Gesetzesbestimmungen verabschiedet. Unseren Genossen kann man nicht den Vorwurf machen, daß sie bei irgendeinem Gesetz gegen das Programm gestimmt haben. Wenn wir aber das Recht in Anspruch nehmen, in der Gesamtabstimmung für das Budget zu stimmen, so tun wir es, um uns nicht um den ganzen agitatorischen und damit auch organisatorischen Erfolg unserer Tätigkeit bringen zu lassen. Die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Hildesbrand erwecken den Schein, als hänge die Verwirklichung des Klassenstaates wesentlich von der Taktik der Abstimmung ab. Daß es in Göttinge etwas anderes ist als bei uns, das sind wir ja gewohnt. Es ist bei uns in unserer Partei zum Teil der Grundlag eingeführt: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer dasselbe, und wir Wadener sind ganz besonders gewohnt, unter scharfer Kontrolle zu stehen. Westmeyer sagt: Haben wir nicht gegenwärtig so und so viel Arbeiter droht? Das weiß niemand besser als ich, der ich fast andauernd auf der Agitationstour draußen in den Industriegebieten bin. Aber wollen Sie die Abstimmung über das Budget davon abhängig machen, ob wir in einer hohen Konjunktur oder in einer Krise leben? Sie verlassen damit den Boden des Klassenkampfes genau so, wie angeblich wir. Daß Blätter, die nur 4. oder 5. teilig erscheinen, die ganzen Artikelserien des „Vorwärts“ abdrucken, werden Sie doch nicht verlangen. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Merkel - Nürnberg:

Was Timm gestern und andere über die Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gesagt haben, unterschreibe ich voll und ganz. Wo soll das hinführen in unserer Partei, wenn sich einzelne Parteiblätter oder Genossen herausnehmen, andere Genossen, die in einer Frage abweichender Meinung sind, derartig zu behandeln? Aber wenn man den einen beurteilt, wird das Unrecht des anderen noch nicht zum Recht. Es war auch nicht ganz richtig, wenn die „Münchener Post“ in fast gleicher Weise antwortete und die „fränkische Tagespost“ nicht einen Tadel dafür gefunden hat. Wenn die „Münchener Post“ die Süddeutschen aufgefodert hat, zu erwägen, ob man den Parteitag überhaupt beschiden wolle, so ist das auch ein Faustschlag ins Gesicht der ganzen Partei, und dagegen hat man in keinem der süddeutschen Blätter etwas gefunden. Der Parteitag kann nicht Beschlüsse fassen für alle Zeiten. Es muß eine Zeit kommen, wo wir auch dem Standpunkt unserer Vertreter in den süddeutschen Parlamenten Rechnung tragen müssen. Aber heute ist die Zeit noch nicht gekommen. Mindestens muß ein Teil des zweiten Teils unseres Programms erst in Erfüllung gegangen sein, dann läßt sich darüber reden. Es ist dann weiter gesagt worden, in Süddeutschland, besonders in Bayern hätten wir die Gleichberechtigung. Das habe ich in Bayern bisher nicht gefunden. (Hört! hört!) Dann wird darauf hingewiesen, daß die bayerischen Staatsarbeiter das Koalitionsrecht hätten. Aber haben wir es bisher nicht in allen Versammlungen gesagt: Die deutsche Arbeiterschaft hat das Koalitionsrecht, aber mit dem Salgen des § 133 daneben? (Sehr gut!) Das gilt auch für Süddeutschland. Hat nicht der bayerische Verkehrsminister erklärt: Ein Koalitionsrecht haben die Staatsarbeiter wohl, aber kein Streikrecht? (Hört! hört!) Ein Recht, von dem man keinen Gebrauch machen kann, ist ein Messer ohne Klinge. (Sehr gut!) Wenn man das eine sagt, sollte man auch das andere sagen. In der nächsten Umgebung Nürnbergs ist ein Genosse in die Schulkommision gewählt, aber ebenso wie Singer nicht beschäftigt worden. Der Bezirksrat hat ihn nicht anerkannt, weil er Sozialdemokrat ist. Und dieser Beschluß ist vom Ministerium bestätigt worden. (Hört! hört!) Sieht die Gleichberechtigung so aus? In der „Tagespost“ ist der Fall lang und breit besprochen worden. Wie da die Genossen von unserer Gleichberechtigung in Bayern sprechen können, das weiß ich nicht. (Lebhaftige Zustimmung.) Es liegt gar kein Anlaß vor, der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen. Nun sagt man freilich, die Budgetabstimmung sollte kein Vertrauensvotum sein, aber die Lübecker Resolution bezeichnet eine solche Zustimmung als Vertrauensvotum. Und solange Parteitagbeschlüsse bestehen, hat man auch die Pflicht, sie einzuhalten, ob sie einem gefallen oder nicht. (Lebhafter Beifall.) Dann wird weiter behauptet, die Löhne der Staatsarbeiter seien erheblich aufgebessert worden. Auch das kann ich nicht zugeben. Ich will die Zahlen Timms nicht bestreiten, aber hinzugefügt muß werden, daß er das Mindesteinkommen der Staatsarbeiter gar nicht dargelegt hat. Alle diese Arbeiter müssen erst 9—10 Jahre lang im Tagelohn arbeiten. Dann erst kommen sie in den Genuss des Lohnarbeitergehalts. (Lebhaftes Hört! hört!) Im vorigen Jahr ist zugelegt worden, daß die Tagelöhner dem ordentlichen Tagelohn entsprechend bezahlt werden sollten, aber noch Tausende von Staatsarbeitern sind vorhanden, denen der ordentliche Tagelohn nicht gewährt ist. (Lebhaftes Hört! hört!) Und in einer Zulage von 20 Pfennig liegt auch keine Ursache, ein Vertrauensvotum zu erteilen. Die Privatindustrie ist ja bereits viel weiter. Auf den Fall Hothaupter wird hingewiesen, aber weil einmal kein Ausnahmerecht gegen uns angewendet ist, weil man uns einmal so behandelt hat, wie man sonst alle Parteien behandelt, deshalb wird man doch kein Vertrauensvotum zu erteilen haben. Schließlich wird noch behauptet, daß mit Rücksicht auf das Streben der Gegner mit unserer Ablehnung des Budgets die Zustimmung gerechtfertigt werde. Ich kann wohl sagen, daß ich sehr oft auf platte Land kam, vielleicht häufiger als Weill, aber ein derartiger Vorwurf seitens der Gegner ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. (Hört! hört!) Wir haben Schwabach-Adorf erobert, obwohl die Liberalen mit unserem angeblich negierenden Standpunkt operiert haben. (Zuruf: Also ist Ihnen ein solcher Vorwurf doch schon vorgekommen!) Aus alledem geht hervor, daß keine Ursache vorliegt, das Budget zu bewilligen.

Rausch - Hannover:

Zunächst habe ich eine Erklärung im Namen der hannoverschen Delegation zu geben. Aus den Darlegungen der Genossen Timm, Frank, Hildesbrand und Simon haben die elf Delegierten des Agitationsbezirks Hannover die Überzeugung gewonnen, daß die Zustimmung zum Budget in Bayern, Baden und Württemberg erfolgt ist, nicht, wie der Genosse Eißhorn meint, im bewussten Gegensatz zur Lübecker Resolution, sondern in dem Bewußtsein, damit im Sinne des Lübecker Beschlusses zu handeln. (Beifall bei den Süddeutschen.) Das Gegenteil ist bis jetzt nicht bewiesen worden. Wir sind überzeugt, daß ein Disziplinbruch nicht vorliegt. Aus dieser Überzeugung heraus lehnen wir die Resolution glatt ab. Wir lehnen sie ab weil sie einen unberechtigten Tadel ausdrückt und insbesondere deshalb, weil nach den Ausführungen der Vertreter der Mehrheit der süddeutschen Delegierten eine Spaltung zu befürchten ist, deren Unheil vielleicht in ganz Deutschland für die gesamte Arbeiterbewegung sich niemals wieder gut machen ließe. Wir können und wollen nicht dazu die Hand bieten, daß das misshandelt Errichtete auf Jahre hinaus gefährdet, ja geradezu vernichtet wird und den Genossen die Freude an der Mitarbeit verleidet wird. (Sehr richtig!) Deshalb lehnen wir auch den Antrag Schöpslin und jede Verschärfung der Resolution ab. (Beifall bei den Süddeutschen.) Ich habe noch zu erklären, daß wir über die Art der Polemik, wie sie von einigen Parteiorganen in Norddeutschland

geht wird (Zuruf: Nur in Norddeutschland?), auf das entscheidende Einspruch erheben. (Zuruf: Das ist ja nichts als Schall und Rauch! — Heiterkeit.) Persönlich habe ich hinzuzufügen, und dieser Standpunkt wird von mehreren Delegierten aus Hannover geteilt — daß ich in den von den süddeutschen Genossen vorgetragenen Tatsachen die Bedingungen der Lübecker Resolution vollständig erfüllt sehe. Persönlich lehne ich die Vorstands-Resolution auch deshalb ab, weil ich in dem Passus von der Politik des Entgegenkommens eine Vogelesche sehe, die man auf ein abgegrenztes Feld stellen sollte. (Sehr gut!) Bisher ist mir kein Genosse genannt worden, der gewillt wäre, KonzeSSIONen an die bestehende Gesellschaftsordnung zu machen. Ich lehne die Resolution weiter ab, weil sie eine Politik der Unaufrichtigkeit empfiehlt. (Unruhe.) Es geht überhaupt ohne derartige Resolutionen, wenn jeder Genosse die Fähigkeit und den Willen hat, in jeder Beziehung den Standpunkt und die Interessen der Partei nach besten Kräften zu vertreten. Ein jeder soll sich prüfen. Wer hat nicht schon eine Dummheit gemacht. (Zuruf: Aber man soll sie dann auch eingestehen!) Differenzen können ohne Resolutionen erledigt werden, es genügen dazu parteigenössliche Aussprachen. Ich lehne die Resolution ab, weil ich Aktionsfähigkeit für die Abgeordneten will. (Lebhafte Unterbrechungen.) Wir bringen so ungeheure Opfer an Zeit und Geld für die Wahlen nicht, damit einzelne brillante Reden halten können, sondern um praktische Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen. (Sehr richtig.) Dann muß auch die Möglichkeit sein, in der Abstimmung Aktionsfreiheit zu haben. Es ist sehr leicht, eine von Radikalismus tiefende Rede zu halten, das kann ich auch, aber es ist nicht jeder gewissenlos genug dazu. (Stürmische Unterbrechungen.)

Vorsitzender Singer: Wenn dieser Ausdruck sich auf eine Rede, die hier gehalten worden ist, beziehen soll, so möchte ich ihn entschieden zurückweisen! (Zuruf: Natürlich meint er sie! Eine Feigheit!)

Rauch (fortfahrend):

Kein Gedanke daran! Wenn man meint, daß ich dies in Beziehung auf die hier gehaltene Rede des Genossen Westmeyer gesagt habe, so will ich mitteilen, daß mir dieses gar nicht in den Sinn kam. Wir fällt aber ein Flugblatt ein, das in dem Kreise, wo Genosse Westmeyer zum Reichstage kandidierte, verbreitet wurde und wo vom Parteiprogramm nicht im mindesten die Rede war, und da sage ich: Es ist sehr leicht, sich hier als radikal aufzuspielen. (Unterbrechungen.)

Vorsitzender Singer:

Ich muß bitten zu erklären, was Sie gemeint haben; wenn Sie den Ausdruck mit Bezug auf die Rede des Genossen Westmeyer gebraucht haben, so weise ich ihn als ungehörig zurück! (Bravo!)

Rauch:

Ich will kein Hehl daraus machen, daß infolge einer Reihe von Äußerungen auf dem Parteitage in mir der Verdacht reif geworden ist, daß es sich bei einzelnen Parteigenossen viel weniger um die Frage der Budgetbewilligung als vielmehr darum handelt, der Mehrheit mißliebige Genossen den Stuhl vor die Tür zu setzen. (Unterbrechungen, Zuruf: Wer hat daran gedacht?) Im „Harburger Volksblatt“ hat ein Artikel gestanden, in dem von Parteiverrat die Rede war und davon gesprochen wurde, eine reinliche Scheidung zwischen Revisionisten und Sozialdemokraten vorzunehmen und in dem kurz und gut alle Elemente, die mit der Mehrheit nicht einverstanden sind, aufgefordert werden, der Partei den Rücken zu kehren. Bis heute sind die Revisionisten noch Parteigenossen. Sie unterscheiden sich von den Radikalen darin, daß sie andere Wege zum Ziele für richtig halten. Nun trüftet man sich damit, daß die Radikalen die Massen hinter sich hätten. Da dürfen Sie sich täuschen. Das gilt nicht nur für Süddeutschland, sondern auch für ein gut Teil von Norddeutschland. (Unruhe und lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Sollten Sie die Resolution oder eine Verschärfung annehmen, was ich im Interesse der Parteieinheitlichkeit bedauern würde, einer Einheitlichkeit, die manche Genossen auf die leichte Schulter zu nehmen scheinen, dann würde ich mich fügen, aber mit dem Wort Nebel würde ich mich trösten: „Die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen, auch angenommene Resolutionen können die Entwicklung nicht aufhalten.“ (Lebhafte Weisfall und Unruhe.)

Rosa Luxemburg:

Wir haben seit einer Reihe von Jahren fast auf jedem Parteitage eine lebhafteste Auseinandersetzung über die Grundlagen unserer Prinzipien und unserer Taktik gehabt. Gerade jetzt fährt es sich zum zehnten Male, seit wir auf dem denkwürdigen Parteitage in Stuttgart die erste große Auseinandersetzung mit der revisionistischen Richtung hatten. Seitdem hatten wir solche Auseinandersetzungen aus diesem oder jenem Anlaß fast jedes Jahr, und mehr wie einmal wurden diejenigen, die in jener Richtung die größte Gefahr für die Partei erblickten, der Schwarzlehre und des Pessimismus beschuldigt. Nun, ich glaube, in keiner Parteidebatte ist mit solcher Schärfe, Klarheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, wohin die Partei steuert, wenn sie dieser Richtung nachgeben würde, wie in dieser Debatte. (Sehr wahr!) Wir haben hier nicht mehr eine Diskussion über theoretische Fragen, es handelt sich um eine eminent praktische Frage, um die Frage des politischen Handelns der Partei, um eine Frage, deren Bedeutung auch von den breiten Massen begriffen wird. Und was stellt sich da dabei heraus? Daß wenn es in der Richtung weiter geht, die jetzt in Süddeutschland vertreten wird, wir schließlich vor die Alternative gestellt werden: bürgerliche Reformpartei — oder Anarchisten. Worauf lief die ganze Beweisführung von Tamm, Frank, Hilgenbrand hinaus? Das Leitmotiv dieser Reden ebenso wie der Grundgedanke der Presseäußerungen ihrer Gesinnungsgenossen lief darauf hinaus: entweder bekennen wir, daß wir auf dem Boden des heutigen Staates wichtige Errungenschaften positiver Natur erzielen können, und dann sei es notwendig, unsere unnütze, grundsätzliche Feindschaft gegen den bestehenden Staat, deren unabweisbare Konsequenz die Ablehnung des Budgets ist, aufzugeben, oder wir sollen offen erklären, auf dem Boden des bestehenden Staates ist keine namhafte Errungenschaft möglich. Dann oder sollen wir die Konsequenz ziehen: Heraus aus den Parlamenten. Dann hätte unser Kampf um die Erringung der politischen Macht gar keinen Sinn. Es wurde uns gestern gesagt, daß es eine Politik geben kann, die ebenso weit entfernt ist von einer bürgerlichen Reformpolitik wie von anarchischen Schwingepunkten, daß es eine sozialistische Klassenpolitik geben kann. Wir wollen mit allem Nachdruck um positive Errungenschaften kämpfen, zugleich ebenso die Feindschaft gegen den bestehenden Staat auf Schritt und Tritt zum Ausdruck bringen, und zwar auch durch die Budgetabstimmung. Dafür scheint den Genossen in Süddeutschland, wenigstens in den Parlamenten, der Sinn abhanden gekommen zu sein. Sie haben uns den besten Beweis selbst durch die Verteidigungsrede geliefert, auf eine wie schlechte Lage man sich begibt, wenn man sich auf ihren Standpunkt stellt, denn worauf lief die Verteidigungsrede von Tamm hinaus? Auf eine unbedachte, aber um so wirksamere Glorifizierung der Zentrumspartei in Bayern, und worauf lief hinaus die Rede von Frank? Auf ein ebenso unbedachtes, aber um so wirksameres Fläböhler für die fortschrittlichen Minister der badischen Regierung. (Sehr richtig! Zuruf bei den Süddeutschen.) Gewiß, Sie habt im Landtag ganz anders die Haltung der Regierung gekennzeichnet, aber der Widerspruch zwischen Ihren Worten und Eueren Worten zeigt so recht, wie Ihr Euch mit Eurer Diplomatie in die Reffeln gefetzt habt. Ich möchte mich sehr irren, wenn nicht

Eure Reden von gestern und noch einmal in die Hände kommen und zwar in den Vätern des Zentrums und den Kreisblättern der Regierung. Dort wird es heißen: Freilich, dieselben Leute haben uns in Parlament — natürlich aus Diplomatie — ganz anders heruntergerissen. Aber ihren eigenen Vätern und Genossen haben sie wohl eher ihre eigenliche Heberzeugung gesagt, und dort haben sie alles gelobt, was wir getan haben. Anstatt auf Schritt und Tritt den Massen zu zeigen, wie erbärmlich, wie geringfügig das ist, was Ihr erzwingen habt, seht Ihr Euch logisch gezwungen (Zuruf: Wer hat die Schuld daran?) — unterbrechen Sie mich nicht, Sie haben unbeschränkte Redezeit gehabt (Sehr gut!) — diese Lappalien ins Große zu ziehen und in übertriebener Weise als etwas ganz Wichtiges, als große Errungenschaften hier hinstellen. Frank sagte, weil die Parteipresse auch auf den Bahnhöfen verkauft werden könne, befinden wir uns auf dem Wege der politischen Gleichberechtigung (Sachen), und weil das Budget eines Staatsarbeiters von 600 und 700 M. auf 1000 M. erhöht ist, eine Zulage, die bei weitem nicht ausreicht, um den Ausfall durch den Hungertarif zu decken, deshalb können wir nicht mehr der Regierung unser Mißtrauen aussprechen? Ei, Parteigenossen, die Politik der Diplomaten und der staatsmännischen Klugheit ist eine Schule der Bescheidenheit. (Sehr gut!) Wie diese Bescheidenheit im Anfange aussieht, zeigen uns die süddeutschen Parlamente; aber wie sie am Ende aussieht, das zeigt uns der Bloßfreisinn in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat den großen Schatten Lassalles heraufbeschworen. Lassalle wußte aber besser, was die Massen in Deutschland wollen und erleben. Er hat das bekannte Wort gesprochen von der verdamnten Bedürfnislosigkeit der Massen, er erblickte seine Aufgabe als Sozialdemokrat darin, die Massen zur Unzufriedenheit zu erziehen, die Forderungen so hoch zu stellen, daß alles, was man hier erlangen könne, dagegen als eine Lappalie erscheint. Wir haben als Sozialdemokraten bis jetzt genau so gehandelt, wir haben bisher die Massen gelehrt, die Errungenschaften, die von dem bestehenden Staate erzielt werden können, nicht an dem Glende von Anno dazumal zu messen, sondern an dem, was den Massen noch vorenthalten ist, mit einem Worte: an dem Endziel. Wir haben die Massen dazu erzogen, an diesem Endziele zu leben, daß alles, nicht nur das Recht, die Parteipresse auf den Bahnhöfen zu verkaufen, sondern alles andere, was wir durchsetzen können, nur erbärmliche Abzugszahlungen sind. Man spricht von der Notwendigkeit, die indifferenten Massen zu gewinnen. Es liegt darin eine unverdiente Verlesung der proletarischen Massen in Deutschland, und ebenso eine kolossale Herabsetzung der Werkkraft des sozialdemokratischen Endzieles, wenn man es so hinstellt, als wären die Hauptkräfte diese winzigen politischen Errungenschaften, diese erbärmliche Sozialreform, womit wir die Anhängerschaft der proletarischen Massen bis jetzt erkaufen haben. Damit haben wir die Massen unter dem Sozialistengestirn gewonnen, wo wir ihnen nichts bieten konnten, womit in Preußen, wo wir bis jetzt überhaupt keinen Zutritt zum Parlament hatten? Und womit werden wir die Millionen unserer Anhänger in Zukunft festhalten und neue gewinnen, wenn, wie sich aus der zunehmenden Verfallung der politischen Gegenläge in Deutschland ergibt, die positiven Errungenschaften der Sozialreform immer weniger und nicht mehr werden? Bis jetzt haben wir das Vertrauen von Millionen nicht durch Trümpel und winzige Konzessionen, sondern durch rücksichtslos Kritik alles Bestehenden, durch unsere herrlichen Zukunfts-ideale (Lebhafte Zustimmung) erhalten. Wohin kommt man, wenn man von diesem Wege abgeht, wenn man glaubt, die Massen nur durch parlamentarische Trümpel erkaufen zu können? Das zeigen wiederum jene bürgerlichen Reformpartei und die Nationalsozialisten an erster Stelle. Man kommt zum Schluß um das Vertrauen der Masse und um die Achtung der politischen Gegner. Man gewinnt nichts und verliert alles. Bürgerliche Reformpartei, das war das Leitmotiv in allen Reden von dieser Seite, und das andere Leitmotiv war: Wir fügen uns nicht, Ihr könnt bestimmen wie Ihr wollt. Das heißt, die Dinge auf den Kopf stellen, wenn Frank, Tamm, Hilgenbrand und ihre Genossen sich hier als die gekränkten Helben, die man vergetwärtigen will, hinstellen. Erinnern wir uns doch in aller Ruhe kurz wie die Dinge liegen: Die süddeutschen Parlamentarier haben — entgegen allen Meinungsäußerungen der großen Mehrheit der Partei — für das Budget gestimmt, obwohl sie durch ihre Kollegen gewarnt wurden, daß es in der Partei einen Skandal gibt. Sie haben der obersten Parteibehörde jede Auskunft über ihre Beschlässe verweigert. (Widerpruch.) Sie haben den Parteitag im Voraus eine Polizeikomodie genannt. Sie haben versucht, die süddeutschen Genossen — unsere Brüder — zur Nichtbesichtigung des Parteitages aufzustacheln, zu alledem wenden sie sich hier gegen eine Resolution, die in ruhigster und sachlichster Weise (Sachen) das Minimum von dem sagt, was geradezu notwendig ist, um den Standpunkt der Partei zu wahren. Alles übrige wird mit dem Mantel der christlichen Liebe zugegeben und dafür setzen sie uns die Pistole auf die Brust und drohen uns mit Uneinigkeit. Parteigenossen! Eine Einigkeit, die dadurch erkaufen ist, daß die Majorität einer demokratischen Partei sich ihres Grundrechtes begibt, ihre Meinung zu formulieren, und bindende Beschlüsse für sämtliche Mitglieder auszusprechen, ist eine Illusion. Wir dürfen solchem Treiben nicht entgegenkommen. Die Einigkeit im Innern muß gewahrt werden. Wir haben alle Gründe, dieser Richtung am letzten Ende kräftig zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafte Weisfall.)

Auer-Wünchen: Ich will nur konstatieren, daß der Genossin Luxemburg nahezu die doppelte Redezeit gewährt worden ist. (Große Unruhe.)

Singer: Diese Konstatierung des Genossen Auer kann nur auf der Tatsache beruhen, daß er eine falschgehende Uhr hat. (Große Heiterkeit.) Es ist bei der Rede der Genossin Luxemburg genau so verfahren worden, wie bei allen anderen Reden.

Sue:

Ich bitte Sie, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzulehnen und trete ein für den von unserem alten Freund Frohme so trefflich und in so vernehmendem Tone begründeten Antrag der hollsteinischen Parteigenossen. Wir werden es hoffentlich alle noch einmal erleben, daß wir den hollsteinischen Genossen den Dank der gesamten Arbeiterchaft erstatten werden, daß sie in dieser kritischen und dramatischen Situation den kühlen friessigen Verstand sich bewahrt und einen soch praktischen und vernünftigen Antrag gestellt haben. Ich habe aus den ganzen Diskussionen hier und in der Presse vorher nur meine Heberzeugung bestätigt gefunden, daß die Budgetabstimmung keine prinzipielle Frage ist. Wäre sie das, so möchte man mit demselben Rechte, mit dem man die Süddeutschen nicht, auch die Kameraden in Gotha, Weimar usw. messen. Weil man das nicht tut, entstehen all die Argumente, die man gegen die Süddeutschen vorgebracht hat, der inneren Wahrscheinlichkeit. Ich habe nicht erst seit gestern die Heberzeugung gewonnen, daß es sich hier eigentlich gar nicht um die Frage der Budgetbewilligung handelt, sondern daß es sich handelt um eine Bewegung in unserer Partei, die einmal hier, einmal da einsetzt, die vor zwei Jahren verurteilt, unsere Gewerkschaftsführer von der Masse abzutrennen (Sehr wahr!) und die heute dasselbe mit den parlamentarischen Führern versucht. (Sachen.) Die Budgetbewilligung kann schon deshalb keine prinzipielle, vor allem keine speziell sozialdemokratische Frage sein, weil wir bürgerliche Parteien auch jetzt in Reichslage haben, die konsequent entsprechend der Behandlung, die sie erhalten haben, das Budget ablehnen. Ich

meine die Nationalsozialisten. Sie kann schon deshalb nicht eine prinzipielle Frage sein, weil ich aus den Worten unserer Genossen Nebel und Singer bei entsprechender Gelegenheit im Reichstage herausgehört habe, daß, wenn die Ausbringung der Mittel eine andere ist, wir dann auch mit uns reden lassen. Wäre in der Partei vor dem Parteitage die Frage so sachlich und kameradschaftlich behandelt worden, wie der Referent Nebel sie gestern behandelt hat, so hätten wir eine ganz andere Basis zur Verhandlung. (Sehr richtig!) Woher kommt es denn eigentlich, daß man einmal hier, einmal dort immer von Jugendsniffen an die bürgerliche Gesellschaft spricht. Ich wüßte wirklich nicht, wie ich dazu kommen sollte, als einer, der mitten unter den Arbeitern der Großindustrie und unmittelbar im Kampfe mit den gewaltigsten Großkapitalisten steht, KonzeSSIONen an diese Gesellschaft zu machen. Wo finden wir eine glänzendere Betätigung der marxistischen Lehre von der Ansammlung des Kapitals in immer weniger Händen, als gerade in der deutschen Bergwerks-, Hütten-, Stahl- und Eisenindustrie? Warum sollte ich nun gerade, weil ich die Praxis mit der Theorie in Einklang finde, das sein, was man Revisionist nennt? Die Gewerkschaftler stehen auf dem Standpunkte, daß wir in allen Fragen, die uns berühren, die Umstände ins Auge zu fassen haben, unter denen diese oder jene Entscheidung zu treffen ist. Das ist das, worauf wir Wert legen. Es gibt Gewerkschaftler, die die Budgetbewilligung nicht für richtig halten. Ich glaube sogar, daß es die Mehrzahl sein wird. Aber gerade wir Gewerkschaftler haben das allergrößte Interesse daran, daß die tatsächliche und organisatorische Einheit der sozialdemokratischen Partei nicht zerstört wird, wir haben im ganzen Deutschen Reich keine Partei, die so umfassend und ohne Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis der Arbeiter die Arbeiterchaft vertritt, die Gewerkschaftsbewegung fördert, wie die Sozialdemokratie. Deshalb bin ich Sozialdemokrat als Gewerkschaftler. Und sollen wir nun, die wir in der Gewerkschaftsbewegung den Kampf unmittelbar zu führen haben, nicht den theoretischen, sondern den praktischen Kampf mit den gewaltigsten Kapitalmagnaten, nicht hängen und sorgen, daß gerade das Instrument, welches am wichtigsten ist, im Parlament, um zu erreichen, was überhaupt zu erreichen ist für die Gewerkschaftsbewegung, für die Arbeiterklasse, daß dieses Instrument durch meines Grachtens überflüssig zugepöbelt und unnütze Debatten abgumpft wird? Im Namen der Arbeiterchaft möchte ich sagen: Mögen Sie denken, wie Sie wollen, ich kann nur jedem der Parteigenossen, der verärgert, überreizt, allzusehr durch persönliche Debatten sich abgelenkt fühlt, bitten: Stellen Sie das Interesse an dem, was Sie hier erörtert haben, das Interesse vielmehr, ob Sie einen billigen oder teuren Weg verfolgen, nicht so hoch wie das, worauf es uns ankommt, das Interesse der Massen, die draußen stehen. Wären Sie schon einmal in der Nürnberger Berberge zue Heimat und haben Sie sich die große Zahl der Arbeitslosen angesehen? Ich meine, wir hätten viel besser getan, die kostbare Zeit des Parteitages dazu zu verwenden, die großen Schäden unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung bloßzulegen (Stürmischer Weisfall bei den Süddeutschen) und unserem Genossen Wollenbaur, dem vortrefflichen Sozialpolitiker, das Wort zu seinem Vortrage zu geben, und uns darüber zu verständigen, wie es denn möglich ist, das schleichende Glend, das jetzt durch die Masse geht, zu bannen. Das halte ich von meinem Standpunkte als Arbeiter für das Wesentliche und wenn ich diesen Standpunkt der Arbeiterchaft nicht mehr in der Partei vertreten finde, dann haben wir vom Arbeiterstandpunkt aus alle Ursache zu sagen: Ihr verehrten Parteigenossen von der Theorie, überschätzt doch nicht das, was Ihr theoretisch auslägert. Die Praxis ist immer anders. (Lebhafte Zustimmung.) Zu diesem Falle ist gar kein Gedanke daran, daß wir in der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere wir, die wir mit der großen Eisen- und Stahlindustrie zu tun haben, irgendwelche KonzeSSIONen machen sollten. Wir haben gar nicht einmal die Gelegenheit dazu. Die Arbeitgeber hören uns ja gar nicht, sie weisen uns die Tür. Fürchten Sie sich aber wirklich davor, daß wir Vertretern in der bürgerlichen Gesellschaft KonzeSSIONen machen, die gar nichts von uns wissen wollen? Haben Sie nicht gehört, daß man im Ruhrgebiet 5000 unserer Kameraden auf die schwarze Liste gesetzt hat, daß man nicht einmal die Christlichen anerkennt, und da sollten wir KonzeSSIONen machen? Unsere süddeutschen Parteigenossen haben nach meiner Heberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich kenne speziell die bayerischen Verhältnisse, weil sie hineingreifen in unsere praktische Arbeit, ins Berg- und Hüttenwesen und kann sagen, daß unsere bayerischen Parteigenossen so vorzüglich gearbeitet haben, gerade im Interesse des Verfalls, den ich vertere und für den ich kämpfen werde, so lange ich atme, daß ich nur wünschen kann, unsere sieben Parteigenossen im preussischen Landtag, die einen so ungeheuer schweren Stand haben, möchten dem Vorbild der bayerischen Parteigenossen auf dem Gebiete der Sozialpolitik folgen. Ich bitte Sie, lassen Sie sich vor allem von dem Gedanken der Brüderlichkeit leiten, von dem Gedanken, daß wir ja doch wieder hinausgehen müssen in die Meviere und den Leuten die Idee des Sozialismus predigen und sagen müssen: Ihr müßt Euch befreien durch Euch selbst. Befreien wir uns, Parteigenossen, von der Voreingenommenheit, von dem, was uns hierher geführt hat, ohne daß wir es vielleicht wissen, teilweise mit der Absicht, könnte man fast sagen, so zu wollen, wie es der andere Teil nicht gern wünscht. Lassen wir immer und immer wieder das Wort gelten: Ob auch die Verschiedenartigkeit der tatsächlichen Auffassung so groß sei, wie sie wolle, wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern. (Lebhafte Weisfall.)

Boh-Gotha:

Ich möchte mit demselben Appell beginnen, mit dem der Vortredner geschlossen hat, und ich bin überzeugt, daß dieser Appell auf allen Seiten Anklang finden wird. Wenn der Vortredner aber gemeint hat, daß die Gewerkschaften mit der Haltung der Süddeutschen einverstanden sind — nun ich bin seit 1860 Gewerkschaftler und ich bin heute noch genau derselbe Sozialdemokrat, der ich im Jahre 1869 war. Die Süddeutschen klammern sich an den Großhalm der Budgetbewilligung in Gotha. Wenn der Parteitag beschließt, daß auch wir Gothaer unter die Resolution fallen sollen, so widerspreche ich dem nicht, aber die Absichten, die uns seinerzeit geleitet hatten, waren doch ganz andere als die der Süddeutschen. Es war ein Antrag von mir auf Einführung zweijähriger Etatsperioden angenommen worden. Die Regierung trat dem Antrage bei, und als uns nun ein zweijähriges Budget vorgelegt wurde, konnten wir doch natürlich nicht gegen diesen unseren Antrag stimmen. Es ist gestern gesagt, in dem einen Fall hätten wir für den Etat gestimmt, um einen Minister zu halten, der sonst durch einen reaktionären ersetzt worden wäre, und in dem anderen Falle hätte es sich um einen Ankauf von Domänen gehandelt. Nein, es handelte sich in beiden Fällen um eine für das kleine Land hochwichtige Sache. Ich hatte schon 1894 beantragt, eine Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Fideikommiss herbeizuführen. Der Antrag war mehrfach abgelehnt worden; wir haben ihn immer wiederholt. Für ein kleines Land von 156 000 Einwohnern kam da ein Vermögenserwerb von 200 Millionen in Frage; es hand also unter Umständen die halbe Existenz des Landes auf dem Spiele. Diese Domänenauseinandersetzung wurde lebhaft befürwortet von dem damaligen Minister Hentig, der auf unseren Antrag hin eine Statistik hatte aufnehmen lassen, aus der hervorging, daß von den Landwirten 80 Proz. von den Agrarrollen gar keinen Nutzen hatten, eine Anzahl einen minimalen Nutzen, und ein noch geringerer Teil einen wirklichen Nutzen.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Der Parteitag in Nürnberg.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Wod-Gottha (fortfahrend):

Diese Statistik verteidigte der Minister angesichts der Agrarier in Landtage. Er zog sich dadurch die Wut der Agrarier zu, die jede Gelegenheit benutzten, um ihn zu kürzen. Und lag nicht der Minister am Herzen, sondern unser Domänenabkommen, und da dieses mit dem Minister stand oder fiel, haben wir mehrmals für seinen Etat gestimmt. Doch eines unterscheiden wir von den Süddeutschen: Das ist der Umstand, daß kein einziger von uns auch nur entfernt den Gedanken hegte, irgendwie zu frondieren. (Zwischenrufe: Wir auch nicht!) Ich habe das angenommen, namentlich daraus, daß, nachdem die Badenser Genossen für den Etat gestimmt hatten, und bereits eine heftige Polemik in der Presse entfacht war, einen Tag später demonstrativ auch die bayerische Fraktion dafür gestimmt hat, obwohl sie wußte, daß sie diese Falschung nicht mit der Lübecker Resolution vereinigen konnte. Wir haben die demonstrative Bewilligung des Budgets durch die Bayern als einen Hauptschlag empfunden. — Die Weimarer Genossen haben mich beauftragt, zu erklären, daß ihre Zustimmung für das Budget vor der Lübecker Resolution lag. Die 82 thüringischen Abgeordneten stehen mit einer einzigen Ausnahme auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes. Wir sind nicht allein disziplinierte Parteigenossen, wir sind auch denkende Parteigenossen. Aber wenn es sich darum handelt, ob wir einem Parteitagsbeschluss und unterordnen oder eine Spaltung zum Gaudium der Gegner herbeiführen sollen, dann steht mir die Partei höher, dann erkenne ich meinen Irrtum, anstatt zum Gaudium der Gegner zu erklären: ich füge mich nicht. (Weisfall.) Auch der verdienstvolle Genosse steht nicht über der Partei, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Er hat sich den Beschlüssen zu fügen, die auch für hervorragende Genossen bindend sind. Man spricht von den großartigen Errungenschaften der Süddeutschen. Ich bin erst hier auf dem Parteitag zu dem Bewußtsein gekommen: Wenn man dies schon als große Errungenschaften preist, was seid Ihr da in Gotha für prachtvolle Serie. (Heiterkeit.) Man spricht von der Gleichberechtigung. Nun, wir haben durchgesehen, daß wir die Leitung des Arbeitersekretariats in Händen haben, für das der Staat das Geld gibt. Wir haben einen Sozialdemokraten beim Sekretariat angestellt, wir haben eine Erhöhung der Löhne der kleinen Beamtenkategorie durchgesehen. Ja, wenn das so große Taten sind, dann sind wir unseren Ministern ja nach einem Hadelzug schuldig. (Heiterkeit. Zuruf: Das kommt noch!) Das bringt Ihr fertig, wir nicht. Es wird gesagt: wir müssen den Kampf praktisch führen, täglich und stündlich, wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir für sie tätig sind, und daß jede kleine Errungenschaft etwas wert ist. Ja, tun wir das nicht von jeher? Tun wir das vielleicht erst, seitdem die Bayern, Badenser und Württemberger im Landtag sind? Ich bin 41 Jahre in der Partei tätig und von Beginn an weiß ich nichts anderes, als daß wir täglich und stündlich für die Arbeiterklasse Vorteile herauszuschlagen suchen. Wer hindert uns daran, auch für die Zukunft das zu tun? Vielleicht die Lübecker Resolution? (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nehmen Sie die Vorstandesresolution an, nicht aber die Resolution der Fraktion, denn die bringt Sie in eine viel schwierigeren Situation. Ich wende mich besonders an die Süddeutschen: Unterordnen Sie sich nicht dem in Berlin gefassten gehaltenen Parteivorstand, sondern nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an. Sie fahren damit besser.

David-Maing:

Auf die Ausführungen Wods war ich sehr gespannt, weil er versprochen hatte, uns auseinanderzusetzen, daß die Budgetabstimmung in Gotha sich mit dem Lübecker Beschluss und der Vorstandesresolution vereinbaren ließe. Diesen Beweis ist er uns nach jeder Richtung hin schuldig geblieben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wod deutete an, wenn man die Gotthoer in die Vorstandesresolution aufnehmen wolle, habe man nichts dagegen. Nun, Wod ist Mitglied der Parteileitung. Er hat die Resolution des Vorstandes mit unterschrieben. Warum sorgt er nicht dafür, daß Gotha hier herankommt? (Sehr gut bei den Süddeutschen.) Dann hat Wod erklärt, er habe sich noch immer gefügt. Nun, mir ist aus Breslau die dramatische Szene in Erinnerung geblieben, als Wod erklärte, er sei als gotthoischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten, werde dieses Programm jetzt abgelehnt, müßte er sich desanthonieren, oder sein Mandat niederlegen. Er hat sein Mandat nicht niedergelegt (Ra als!), er hat sich also nicht gefügt! Er hat die Agrarresolution, die Ausgaben für die Landeskultur verbietet, habe für Jahre durchbrochen, er hat so gehandelt, wie oft gehandelt wird, daß man einen Beschluss einfach ignoriert. So steht Ihre Fügung aus, Genosse Wod! Dieses System wollen wir nicht weiter haben. Und deshalb sind wir ehelich, und sagen es Ihnen von vornherein. Was den Berliner Fall betrifft, so hat der Stimmenaufschlag von Jubel nichts widerlegt von dem, was wir altermähig vorlegten. Die Vogtheridde Erklärung stammt aus dem Jahre 1890. (Vorgmann: Nach der haben wir immer gebandelt!) Damit haben Sie bewiesen, daß Sie die Budgetbestimmung durch eine Erklärung nach außen hin markieren können, aber Sie haben von Jahr zu Jahr das unterlassen. Unsere lieben Freunde aus Sachsen sollten so ehelich sein, und ihr Verhalten mit der Resolution rügen lassen. Die einfachste Lösung wäre ja, daß man erklärt: die Zustimmung zum Budget ist weder aus sachlichen, noch aus prinzipiellen Gründen zulässig, sondern nur durch Schlamperei.

Nun zum Komplottschwindel. Wod war zu der Sitzung in Stuttgart geladen. Wod ist Mitglied der Parteileitung. Er ist nicht hingegangen. Ich gelte auch eher als einer, der geneigt ist, revisionistische Komplotte zu schmieden, aber ich habe die Konferenz für nicht so wichtig gehalten, um die Reise von Berlin dorthin zu machen. Und wenn wir wirklich ein Komplott schmieden wollten, hielten Sie uns für so dumm, daß wir es so gemacht hätten: Erst den Parteivorstand benachrichtigen, dann Wod einladen, und dann die geheime Verhandlung in Gegenwart von Wod? (Heiterkeit.) Diese Lächerlichkeit schlägt sich selbst. Der ganze Zeit entspricht dem Widerspruch von langjähriger parlamentarischer Praxis und weltfremder Theorie. (Sehr richtig!) Und es wird nicht zur Einigung kommen, solange Sie der weltfremden Theorie größeren Gewicht beilegen, als der Praxis. Sie sprechen von parlamentarischem Kretinismus. Nein, parlamentarischer Kretinismus wäre es, wenn man unsere Abgeordneten in so schwierigen Situationen von vornherein festlegen wollte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn Sie den Leuten vertrauen, daß sie bei den wichtigsten Abstimmungen wissen, was sie zu tun haben, dann müssen Sie ihnen auch das Vertrauen schenken, daß sie bei der letzten Abstimmung wissen, ob sie ja oder nein sagen sollen. Die Budgetabstimmung ist zu wertvoll, um sie bloß als Demonstrationsobjekt zu gebrauchen. Wenn man aber demonstrieren will, dann hätte man auch in Sachen und Gotha und auch in Berlin demonstrieren müssen. Es muß anerkannt werden, daß viele Medner, die gegen uns stehen, die eheliche gute Absicht anerkennen. Ja, wenn die Genossen, die für das Budget gestimmt haben, glauben, daß sie damit nicht gegen die Lübecker Resolution verstoßen, wozu sollten sie denn die Sache erst noch vor einen Parteitag bringen? (Sehr gut! bei den Süd-

deutschen.) Hält es denn ein Mensch mit gesundem Verstande für möglich, daß eine Fraktion vorher dem Parteitag unterbreitet, wie sie im Landtag stimmen will? Die Parteitagsbeschlüsse sind kein Evangelium, wir wollen auch seinen neuen St. Paulus haben, der uns Evangelien predigt. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Die Disziplin kann nur bis zu der Grenze gehen, wo die Ueberzeugung anfängt, daß ein Beschluß der Sache Schaden könnte. Wenn Sie etwas anderes konstruieren können, dann nennt man das nicht Disziplin, sondern Kadavergehorsam. (Gelächter.) Damit deutet sich das, was viele meinen, daß man sich trotz des Bewußtseins, der Partei zu schaden, einem Beschluß fügen muß. Wir können nicht auskommen ohne eine richtig verstandene Disziplin. Aber noch viel weniger ohne aufrechte Männer, die das Rückgrat besitzen, in jeder Situation nach ihrer Ueberzeugung zu handeln. Der Friede kann in dieser Frage nicht hergestellt werden, es sei denn, Sie geben den einzelnen Landesorganisationen die entsprechende Bewegungsfreiheit. Das ist der einzige Ausweg. Eine Abstimmung, zumal bei dieser Zusammenkunft, wäre eine Vergewaltigung. Nehmen Sie die Resolution ab und bekunden Sie damit, daß Sie das Vertrauen zu unseren Vertretern in den Landtagen haben, daß sie nichts die Partei Schädigendes tun werden. Ich kann Ihnen versichern, in diesem Vertrauen werden Sie sich nicht täuschen. (Lebhafter Weisfall bei den Süddeutschen.)

Lehmann-Wiesbaden:

Hätten die badischen Abgeordneten diese Erregung in der Partei vorausgesehen, gar mancher hätte sich seine Budgetabstimmung dann doch anders überlegt, und nun stellt Frank sogar eine Abpflückerung in Aussicht. Ich bin überzeugt, mancher badische Abgeordnete sagt sich jetzt: Einen dümmen Streich als die Zustimmung zum Budget haben wir noch nicht gemacht. Man sagt uns, die Arbeiter haben es verlangt. Das Reichsbudget wird für unannehmbar erklärt, weil es auf indirekten Steuern aufgebaut ist. Nun, das badische Budget enthält neben 28 Millionen direkten Steuern 17 Millionen indirekte Steuern (Hört! Hört!), darunter eine Fleischsteuer. Im Beamtengehalt ist das politische Recht der Beamten von den bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnt worden. Rüge in der Budgetabstimmung kein Vertrauensvotum, dann hätte die ganze Abstimmung keinen Zweck. Die Bayern berufen sich darauf, daß der Militäretat in ihrem Finanzgesetz nicht enthalten sei. Nun, wenn die Badenser für sich die Erhöhung der Beamtengehälter anführen, so ist der Eisenbahnetat — das ist die Hälfte der Beamtengehälter — in dem Budgetgesetz für das sie stimmten, gar nicht mitenthalten. Dafür enthält das Budget die Gehälter der Geistlichen, das Hofbudget und die Pensionen für Hofbeamte usw. Die Resolution Frosche wird die Stellung der Abgeordneten nur verschlechtern. Nehmen Sie die Vorstandesresolution an, so wird man verstehen, wenn Sie sich fügen, und ich bin überzeugt, Sie werden sich fügen. (Weisfall.)

Die Diskussion wird am Nachmittag vertagt.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen

Eisner erwidert auf die gegen ihn gerichtete Bemerkung Wods betreffend die Elektrizitätssteuer: Ich stelle fest, daß ich einen vertraulichen Brief an die Redaktion des „Volksfreund“ geschrieben habe. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes streng vertraulich der badischen Fraktion zur Kenntnis gegeben ist. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes falsch, unparisch wiedergegeben ist, und ich erkläre schließlich, daß, wenn ich wünsche, daß Briefe von mir öffentlich bekannt gegeben werden, ich sie an den Genossen Wod vertraulich schreiben werde.

Wod:

Es ist möglich, daß ich mich in der Person des Briefschreibers getäuscht habe und daß an Stelle Eisners, wie mir nachträglich gesagt worden ist, Genosse Auer in Betracht kommt. Allein die Tatsache, die ich erwähnt habe, daß uns das mitgeteilt worden ist zur Benutzung in den Debatten der badischen Kammer, steht fest. Die Mitteilung hatte keinen vertraulichen Charakter. Es handelt sich offenbar hier um zwei verschiedene Briefe. Was die Konferenz in Stuttgart anbelangt, so konstatiere ich, daß abgesehen davon, daß ich kein Interesse an den Verhandlungen in Stuttgart hatte, weil durch meine Unwesenheit weder in der Sache noch in der Form eine Änderung eingetreten wäre, einfach, daß die Einladung an die badische Fraktion gekommen ist, daß ich als Fraktionsvorsitzender die Sache verhandelt hätte und daß der Beschluß der Fraktion lautele: Es ist jedem Fraktionsgenossen freigestellt, ob er hingehen will oder nicht. Also ich hatte gar keinen Zwang, nach Stuttgart zu gehen. Engler soll mir beweisen, daß ich mich gedrückt habe, wo ich notwendig war. (Engler: Das wird auf dem badischen Parteitag geschehen!) Den Beweis wird er ebensowenig erbringen wie für den Vorwurf, ich hätte der „Leipziger Volkszeitung“ unwahre Tatsachen mitgeteilt. Das einem Korrespondenten es einmal passieren kann, daß er einen Artikel schreibt, wissen wir ja an dem eskalanten Fall aus dem „Volksfreund“. Nun kommt der Hauptfall. Sie haben also einen erwischt und hier auf das Podium als corpus delicti geschleppt, der dem Parteivorstand unwahre Mitteilungen gemacht haben soll über das, was wahrscheinlich in der Angelegenheit der Budgetbewilligung vor sich gegangen ist. Nun muß ich eingestehen, daß ich der Verbrecher bin, und Sie müssen mir gestatten, daß ich Ihnen die Tatsache vorführe. (Singer: Ich bedauere, aber nicht im Rahmen der persönlichen Bemerkung, melden Sie sich zum Wort.) Ja, dann komme ich ja nimmer daran. Ich erkläre also ausdrücklich, daß meine Mitteilungen an den Vorstehen des Parteivorstandes Singer darin bestanden haben, daß ich ihm den Beschluß der Karlsruher Fraktionsabstimmung auf seine Anfrage mitgeteilt habe, daß für und gegen die Budgetbewilligung ungefähr eine gleichmäßige Stimmung vorhanden sei, daß es auf eine Stimme ankommen werde. Als ich dann Singer nach der Beschlußfassung auf dem Schwarzwald, wo er sich zur Kur aufhielt, traf, fragte er mich: „Habt Ihr Euch schon entschieden?“ Da antwortete ich ihm: „Lieber Paulus, mich zwingt ein Schweigebot, Mitteilung über die Fraktionsabstimmung Dir nicht zu machen.“ Und da sagte er: „Na, wenn es so ist, wenn Du das Maul halten mußt, dann weiß ich schon.“

Westmeyer-Stuttgart:

Kauch, mein alter Redaktionskollege, hat es nicht unterlassen können, gegen mich den schwersten Vorwurf zu erheben, der überhaupt gegen einen Genossen erhoben werden kann, den Vorwurf der Gewissenlosigkeit! Er hat erst versucht abzuleugnen, daß der Vorwurf gegen einen Antwesenden gemaint sei; erst infolge der Enaklifikation seiner Kampfweise aus der Mitte des Parteitages hat er sich bemüht, eine Begründung des Vorwurfes zu versuchen. Er hat gesagt: Ich schreibe noch ein Flugblatt vor, das einstmals in meinem Wahlkreis verteilt worden sei. Es sind viele Flugblätter verteilt worden zu den verschiedenen Zeiten. Davon eines oder zwei von mir. Ich weiß es nicht, und auch Kauch wird es nicht wissen, welches er meint und was darin steht. Den Beweis, daß ein von mir verfaßtes Flugblatt gegen das Erwerber Programm auch nur in einer Zeile verstreut, hat er nicht versucht zu erbringen. Das kennzeichnet Kauch und sein System. Das Urteil überlasse ich jedem ehrlich denkenden Genossen. (Orato!)

Wod:

David hat versucht, mich der Doppelzüngigkeit zu bezichtigen unter Berufung auf das Protokoll des Breslauer Parteitages, wonach die Zustimmung zu Ausgaben für agrar-

politische Zwecke untersagt sei. Das Agrarprogramm ist in Breslau abgelehnt und nur eine Resolution Kautsky angenommen worden, und diese läßt vollständig zu, daß man für Agrar-zwecke, die im allgemeinen Interesse liegen, stimmen könne.

Engler-Freiburg:

Wod vertahrt sich dagegen, der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ falsch berichtet zu haben. Ich verweise nur auf zwei Dinge. Er hat vor einiger Zeit, vor einem Monat, bevor ich den Posten eines Parteisekretärs antrat, im „Vorwärts“ berichtet, ich hätte als Freiburger Stadtverordneter mit einem solches für nichts, einem süßen Nichtstun meinen Posten ausgefüllt. Vor einigen Tagen hat er in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Bericht aus Baden gebracht, worin er auf Versammlungen, deren Orte dem Genossen Lenz unbekannt sind, hinweist und mir den Vorwurf macht, ich sei in diesen Versammlungen mit meiner Resolution haufieren gegangen. Hätte Wod den „Volksfreund“ gelesen, so hätte er erfahren, daß ich in diesen Orten schon vor der Budgetbewilligung war und zu einer Zeit, wo dies geschah, Versammlungen im Vörracher Wahlkreis abgehalten habe, wo ich es ausdrücklich ablehnte, eine Resolution einzubringen. (Hört! Hört!)

David:

Wod vertahrt sich dagegen, daß er in seiner Praxis als Gotthoer Landtagsabgeordneter Jahr für Jahr gegen den Breslauer Beschluß verstoßen habe. Ich halte den Vorwurf vollständig aufrecht. Die Breslauer Resolution verbietet, daß Ausgaben für die Landes-kultur gemacht werden, die nicht im Interesse des Proletariats, sondern nur der Kapitalisten liegen, da sie deren Eigentum erhöhen. Mit diesem Argument hat Kautsky gebeten, die Forderung, die wir im Agrarprogramm hatten, nicht zu bewilligen. Da sollte ein Kegel vorgehoben werden. Diesen Kegel läßt Wod jedesmal auf, wenn er über Agrarforderungen abstimmt. Denn wir es in allen Landtagen so machen, dann wäre das doch sehr unvernünftig.

Schluß der Vormittags-Sitzung 1 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Diskussion über die Budgetbewilligungsfrage wird fortgesetzt.

Selig:

Ich habe zunächst einige Feststellungen zu machen. Der Genosse Singer ist gestern apostrophiert worden darüber, daß er die Verhandlung, die gestern nachmittag zwischen einer Kommission von uns, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission stattgefunden hat, gerade in dem Moment abgebrochen hat, als von mir die Versicherung gemacht wurde, eine Verständigung herbeizuführen. Wenn Singer erwidert, daß er das nicht getan habe mit den Worten, er habe jetzt die Geduld verloren, das hätte eine Stunde vorher ich gesagt, so erwidere ich darauf: Ganz so liegen die Dinge doch nicht. Die Verhandlung hat sich in folgender Weise abgespielt. Ich war Bericht-erstatte der Mehrheit der süddeutschen Delegation und habe mich für verpflichtet gehalten, den Parteivorstand auf den ganzen Ernst der Lage hinzuweisen und ihm begreiflich zu machen, daß es sich nicht um einige Duzend Abgeordneter handele, die im Gegenlag zur Resolution des Parteivorstandes stehen, sondern um mindestens 95 Prozent der süddeutschen Parteigenossen und die übergroße Mehrheit unserer Wähler. Ich habe dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht den richtigen Weg zur Verständigung gesucht hat, daß er im Gegenlag zu Lübel und früher bei der Festsetzung seiner Resolution keinen von uns zugezogen hat. Ich habe ihm gesagt, daß seine Resolution wie eine Bombe im Pulverfaß gewirkt und zur Verschärfung wesentlich beigetragen habe. So haben wir ein paar Stunden hin und her verhandelt und dann wurde uns vorgeworfen, daß wir keine positiven Vorschläge zur Verbesserung gemacht hätten. Ich habe dann Vorschläge gemacht im Einverständnis mit den Genossen von Süddeutschland und gerade in dem Moment, als ich diese Vorschläge gemacht habe, hat Singer die Wappe zusammen-gemacht und erklärt: Jetzt ist es genug! (Lebhaftes Hört! Hört!) Und weiter: Der Abgeordnete Eichhorn, der wahrscheinlich Verbindungen mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission hat, hat gestern zu dem Redakteur eines süddeutschen Parteiblattes gesagt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige fliegen zu lassen. (Stürmisches Hört! Hört! Rufe: Namen nennen!) Zu dem Redakteur der „Mannheimer Volksstimme. (Ankündende große Unruhe!) Unterbrechen Sie mich nicht, ich habe nur zehn Minuten. Wenn gelogen wird, dann fliegen nicht nur einige, dann gibt es einen großen Ausflug. (Große Unruhe, langanhaltende Unterbrechungen.) Heute hat mit dem Abgeordneten Wibel und Ebert eine Aussprache stattgefunden über die Situation auf dem Parteitag. Wie haben uns alle gefreut über die veröhnliche Art, mit der Wibel die Verhandlungen eingeleitet hat. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Das war für uns das erste Anzeichen, daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen ist. In der Aussprache, die heute zwischen Wibel und Ebert stattgefunden, wurden Wibel die schärfsten Vorwürfe gemacht über die veröhnliche Einleitung. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Süddeutschen.) Man hat ihm gesagt, er habe alles verdorben und der Schlusseffekt ist der, daß das Schlusswort für die Resolution nicht der Genosse Wibel erhalten wird, sondern der Charf-macher Ebert. (Große anhaltende Bewegung, erregte Rufe, andauernde Unruhe.) Der Genosse Lenzich hat heute früh zum Beweise dafür, daß von uns der Krakeel ausgeht, sich darauf berufen, daß sich die bayerischen Genossen geweigert haben, dem Budget zuzustimmen mit Rücksicht darauf, daß das zu einem Krakeel führen würde. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich die Parteigenossen auf diese Folgen aufmerksam gemacht habe, aber nicht, weil ich nicht sachlich mit ihnen übereinstimmte, sondern weil ich ein Gegner des Parteitanfes bin! (Weisfall.) Ich habe eine Erfahrung von 35 Jahren in der Partei. Ich weiß, wie die Dinge gehen. Man hätte vielleicht noch ein paar Jahre warten können. Dann wäre vielleicht eines schönen Tages — wenn erst die Parteigenossen in Berlin länger im Landtage sitzen — von dort aus der Antrag gekommen, die Lübecker Resolution aufzuheben oder zu erweitern, damit auch sie die Möglichkeit hätten, für das Budget zu stimmen. (Widerspruch.) Was mich am meisten erbittert, was mich empört, das ist der unwürdige Streit, der bis zur Stedehöhe gestiegen ist über eine Bagatelle, die man auf-dauert über ihre Bedeutung hinaus. (Lebhafter Zuruf: Da hört doch alles auf!) Jubel hat heute mit aller Entschiedenheit bestritten, daß die Berliner Stadtverordneten das Budget annehmen. Er hat erklärt, in Berlin bestände gar nicht die Möglichkeit, gegen das Budget zu stimmen, namentlich nicht die Möglichkeit, eine namentliche Abstimmung herbeizuführen. Wir haben uns darüber sehr genau informiert, weil das Budget der Berliner Stadtverwaltung mir sehr interessant ist und weit schlimmer als das bayerische. Wir haben uns an einen Parteigenossen gewandt, der ebenso wie Jubel in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzt, und der hat uns berichtet: Bei der Gesamtabstimmung über den Etat war es üblich, freies Hand zu lassen, ob man dafür stimmen wollte oder nicht, mit der ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen Motivierung in der Fraktionsabstimmung, daß bei der Natur des städtischen Stats, der fast ausschließlich Kulturzwecken dient, gar keine Veranlassung besteht, dagegen zu stimmen.“ (Vorgmann: Das ist niemals beschaffen!) Die Abstimmung erfolgt durch Aufheben der rechten Hand, wie alle Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung. Sie ist keine namentliche, wenn ein solcher Antrag nicht ausdrücklich gestellt wird, was bei der bisherigen Abstimmung über den Etat noch niemals der Fall

— soweit es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist — den Zwecken der Arbeiter entsprechend gestalten, sie können aber kein sozialistisches Budget machen. Deshalb muß soviel Spielraum, wie die Lübecker Resolution gibt, auch in Zukunft gelassen werden. Aber es darf in die Resolution nicht hineininterpretiert werden, was nicht darin steht. Die süddeutschen Genossen haben tatsächlich diesen Fehler begangen. Sie erklären, daß sie glauben, im Einvernehmen mit der Lübecker Resolution gehandelt zu haben. Das könnte einen freilich bedenklich stimmen. Tatsächlich ist aber doch ein solches Verhalten der Süddeutschen nur möglich gewesen, weil sie der Resolution eine falsche Auslegung gegeben haben. Wenn die Süddeutschen aber wirklich der Meinung wären, daß ihre Auslegung richtig ist, so könnten sie doch darüber nicht im Zweifel sein, daß die große Mehrheit der deutschen Genossen anders denkt. Sie hätten sich vergewissern müssen, ob sie für das Budget stimmen dürfen. Verhört wurde die Sache noch durch das Schweigegebot. Die Süddeutschen mühten sich bewußt sein, daß der Sturm losbricht. Die Formen, in denen sich die Sache vollzogen hat, sind ja viel schlimmer als die Budgetbewilligung selbst. (Sehr richtig!) In diesen Formen liegt — wie Bebel erklärte — ein Pronunciamento gegen einen Parteitagbeschuß. Wenn das auch nicht beabsichtigt war, aber der Eindruck ist zweifellos ein solcher gewesen. Dieser Eindruck ist nun freilich bei mir abgemildert worden durch das, was hier auf dem Parteitag bekannt geworden ist. Wir dachten bisher, daß die Sache sich tatsächlich so ganz im stillen entwickelt hat, und niemand außer den Mitgliedern der Fraktion etwas davon gewußt hätte. Ich habe mit großem Bedauern vernommen, daß mehrere Vorstandsmitglieder unterrichtet waren. Und wenn man in Würzburg mußte, daß in Stuttgart weiter verhandelt werden sollte, dann war es die Pflicht des Parteivorstandes, sich darum zu kümmern, damit diese Dummheit, die uns den großen Krampf gebracht hat, vermieden worden wäre. (Sehr richtig!) Ich kann auch die süddeutschen Minoritäten nicht davon freisprechen, daß auch sie einen Teil der Schuld tragen. Wenn sie wußten, daß so etwas in der Schwebe war, dann mühten sie Vornachschlagen, ehe die Tat vollbracht war. (Sehr richtig!) Ich füge mich gewiß Mehrheitsbeschlüssen. Aber sobald etwas beschlossen werden soll, was gegen einen Parteitagbeschuß, was gegen die Parteidisziplin verstößt, dann füge ich mich nicht. Dann bin ich aber auch verpflichtet, alles zu tun, um den Streit zu verhindern, und daß die Minoritäten das nicht getan haben, das rechne ich ihnen zum Vorwurf an. Solchen Unterlassungssünden, wie sie hier geschehen sind, vorzubeugen, ist die Resolution Frohme durchaus geeignet. Es soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, daß ein Eingriff von außen erfolgt, ehe die Dinge auf die Spitze getrieben sind. Wenn wir die Resolution Frohme im Anschluß an die Lübecker Resolution zum Beschluß erheben, dann sind unsere süddeutschen Fraktionen verpflichtet, zunächst einmal ihre Landesorganisationen und den Parteivorstand zu hören. Es ist gesagt worden, was soll der Parteivorstand machen, er kann doch niemand kommandieren. Gewiß, aber es soll in einer so wichtigen Frage nichts hinter dem Rücken und über die Köpfe der Genossen hinweg gemacht werden, sondern man soll sich vorher verständigen. Das ist das, was die Resolution Frohme will. Wenn diejenigen, die für das Budget gestimmt haben, sich vorher mit Außenstehenden besprochen hätten, dann wären sie wahrscheinlich zu einer anderen Auffassung gekommen. Es muß eben ein Weg gefunden werden, um die Besprechung mit anderen vorher zu einer Pflicht zu machen, und das geschieht durch die Resolution Frohme. Wenn damit der Weg gefunden ist, um für die Zukunft zu verhindern, was jetzt geschehen ist, dann sollten wir uns daran genügen lassen. Ich bin überzeugt, daß die süddeutschen Genossen nicht glauben, die Partei zu schädigen, sondern daß sie das Beste gewollt haben, und deshalb dürfen wir keinen Beschluß fassen, der so aussieht, als ob irgendeiner Genossen Überzeugung verweigert werden soll. Die Einheitslichkeit der Partei muß uns über alles gehen, und wenn Skonon gestern gebeten hat, einen Weg zu suchen, um die Einheitslichkeit der Partei zu erhalten, so glaube ich, dieser Weg ist gefunden durch die Resolution Frohme. (Beifall.)

Genke - Bremen:

Wenn es sich mit der Kenntnis der Vorgänge der Konferenz seitens des Parteivorstandes so verhält, wie es seitens der süddeutschen Abgeordneten geschildert ist, dann kann auch ich den Parteivorstand nicht freisprechen von der Anklage, daß er nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat. Im übrigen komme ich zu einem anderen Schluß wie mein Vordredner. Es handelt sich im wesentlichen nicht um eine Verschiedenheit in der Beurteilung der Budgetfrage, sondern in letzter Linie um den Unterschied in unseren grundsätzlichen Anschauungen. Deshalb kann ich mir auch erklären, weshalb eine so tiefgreifende Erregung in unseren Reihen Platz gegriffen hat. Dann kann man sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, wir sollen die Sache nach Möglichkeit wieder im Gemüthlichen vollziehen lassen. Durch eine scheinbare Einheit wollen wir uns nicht täuschen lassen. Wir wollen nicht wieder einer Resolution zustimmen, die uns eine Einheit vortäuscht, um dann zu erleben, daß einige Tage später in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu lesen ist, wie uneinig wir in unserer grundsätzlichen Auffassung in Wirklichkeit sind. (Sehr richtig!) Darum kann ich nicht für die Resolution Frohme stimmen, sondern ich halte die des Parteivorstandes für die bessere. Infolge unserer verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen kommen wir auch zu einer verschiedenen Beurteilung des Parlamentarismus. Timm hat gestern gefragt, ob eine entschiedene fortgeführte Sozialreform nicht zu unserem Endziel führen muß. Ich müßte mich sehr im Irrtum befinden haben all die Jahre hindurch, wenn die Mehrheit der Partei nicht der Meinung ist, daß wir einer solchen Auffassung nicht huldigen können. (Sehr richtig!) Ich und sehr viele, denen es fernliegt, den süddeutschen Genossen irgendwelche böswilligen Motive zu unterstellen, wir stehen auf dem Standpunkt, daß der letzte Kampf um die Eroberung der politischen Macht außerhalb des Parlamentes geschieht. Ist das der Fall, dann wird die Budgetfrage auch ganz von selbst zu einer Frage der Taktik, die im engsten Zusammenhang mit unseren Prinzipien steht. Dann wird sie unter Umständen geradezu zu einer Prinzipienfrage. Ich behaupte, daß das in Bayern und Baden der Fall gewesen ist. Wir wehren uns dagegen, daß man aus der opportunistischen Auffassung heraus das Budget bewilligt. Wir verlangen, daß dem aus schärfste gegenübergetreten wird. Auf der einen Seite haben wir eine Mehrheit in der Partei, die auf dem Boden des Programms, auf dem Boden der Dresdener Resolution steht und die die Lübecker Resolution nicht so auslegt, wie es Timm getan hat; auf der anderen Seite eine Minorität, die an ein Hineinwachsen in den Zukunftsstaat glaubt und die Mehrheit erlangen will. Darum die Kämpfe. Was wir heute in dem Streit um die Budgetfrage sehen, ist das gleiche, was wir vor 14 Jahren gehabt haben. Damals war es kein Unverantwortlicher, sondern ein sehr Verantwortlicher, der in dieser Frage eine andere Auffassung vertreten hat. Es war Friedrich Engels, der in der Kritik des Erfurter Programmentwurfs von 1890 ausführte:

Man redet sich und der Partei vor, die heutige Gesellschaft mache in den Sozialismus hinein, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung herausgeworfen — diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die seine, und als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fessel der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe.“

Weiter sagt Engels: „Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen.“ (Eisner: Lesen Sie doch das Erfurter Programm!) Insbesondere Ihre Politik, Genosse Eisner, kann den Parteitag irreführen, und darum bekämpfen wir sie. (Eisner: Lesen Sie doch das Erfurter Programm!)

Weiter schreibt Engels:

„Sie vergessen den Hauptgegenstand über den Augenblicksinteressen des Tages, Sie ringen und trachten nach dem Augenblickserfolg, ohne Rücksicht auf die späteren Folgen. Diese Preisgabe der Zukunft der Bewegung mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und Ihre „ehrliche“ Opportunismus ist vielleicht die gefährlichste von allen. . . . Das Faktum, daß man nicht einmal ein offenes republikanisches Parteiprogramm aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man noch auf möglichst friedlichem Wege die Republik aufrichten und nicht nur die Republik, sondern auch die kommunistische Gesellschaft.“

Weiter sagt Engels: Wer auf dem Boden jener Auffassung steht (wie sie Timm, Hilfenbrand und Frank vertreten), der kommt naturgemäß zu einer Ueberschätzung des Parlamentarismus, und eine solche Ueberschätzung des Parlamentarismus war es, als Hilfenbrand gestern sagte: Wir haben in Würtemberg die neunstündige Arbeitszeit für die Arbeiter der Staatsbetriebe erungen. Unserer Initiative ist das zu danken und die preussische Regierung hat das nachgemacht. Ich habe mich gewundert, daß die Gewerkschaftsführer dazu nicht den Kopf geschüttelt haben. Die Gewerkschaftsbewegung und das Wachsen unserer Macht war es, wodurch die Staatsverwaltung zur Bewilligung des Neunstundentages gezwungen wurde. (Sehr richtig!) Solche Auffassung, wie sie hier vorgetragen wurde, dürfen wir nicht überwuchern lassen und darum bekämpfen wir sie. Es stimmt nicht, daß die Resolution des Vorstandes eine Verewaltung der Süddeutschen bedeutet. Demokratischer Grundgedanke ist es bisher gewesen, daß die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen hat, in welcher Frage es auch sei. Wir sprechen damit keinen Tadel aus, über das, was die „Münchener Post“ getan hat, was Eisner in der „fränkischen Tagespost“ getan, was er insgeheim mit den süddeutschen Abgeordneten abgemacht hat. Aber wir wollen klipp und klar erklären, daß wir eine solche opportunistische Fortwärtseile nicht dulden. (Beifall.)

Koll - Karlsruhe:

Wes hat heute früh mit Wahrheiten und Unwahrheiten gegen mich polemisiert. Bei der Kürze der Zeit kann ich darauf nicht eingehen. Ich werde mich mit ihm auf dem badischen Parteitag darüber unterhalten. Einige Genossen haben mich gebeten, die Vorgeschichte jenes journalistischen Unfalles zu erzählen, der der Leipziger Volksztg. Veranlassung gab, mich vor aller Welt zu blamieren. Ich habe keinen Grund, darauf einzugehen, umso weniger, als die Ironie des Schicksals dafür gefordert hat, daß der „Vorwärts“ solche Dinge nicht mehr machen wird, denn ihm ist genau das selbe passiert wie mir. Und Genosse Thiele hat mich beauftragt zu erklären, daß auch ihm das gleiche passiert ist. Bedauerlich ist es nur, daß Genossen von der Junst, die wissen, wie leicht so etwas eintreten kann, einem anderen Genossen damit das Genid brechen wollen. (Sehr richtig!) Genossen! Eichhorn hat gestern als Vertreter der badischen Minderheit gesprochen und die Dinge so dargestellt, als ob die sämtlichen Vertreter der Minderheit seiner Auffassung wären. Ich muß feststellen, daß Eichhorn seinen Standpunkt nur im Namen Eichhorns, Lehmanns und Weses hat vertreten können. Die beiden anderen Vertreter der Minorität befanden sich völlig auf unserem Standpunkt. Der eine hat nur wegen des falschen Schüßels gegen das Budget gestimmt und der andere hat den Standpunkt von Segis vertreten. Nun zur Sache selbst. Auf den Inhalt der schweren Anschuldigungen Eichhorns brauche ich nicht einzugehen, der Parteitag hat bereits selbst das Urteil gefällt. Ich will den grundsätzlichen Kern des ganzen Streites herausheben. Bei der Frage handelt es sich darum, ob die Bewilligung eine grundsätzliche oder praktische Frage sei. Wie man sich auch stellen mag, die Ehrlichkeit erfordert, daß man aus jedem dieser Standpunkte die letzten Konsequenzen zieht und sie offen vertritt. Welches sind die letzten Konsequenzen? Der Standpunkt, wenn man behauptet, die Bewilligung ist etwas Grundsätzliches und wir können nicht mitmachen? Ich bedauere, daß die Götthaler Genossen nicht die Mehrheit im Landtag bekommen haben. Hätten sie sie, dann würden wir, ohne ein Wort zu verlieren, über die ganze Geschichte hinwegkommen, dann wäre die ganze Logik der prinzipiellen Gegner der Budgetbewilligung in Scherben zusammengebrochen. Dann hätte es sich gezeigt, daß es die Utopie zu Pferde ist, zu glauben, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie in irgend einem Einzelfaakte die Gewalt im Parlamente hat, nun auf einmal ein sozialdemokratisches Eden konstruieren könne. Stellen Sie sich vor, wir würden die Mehrheit im Landtag bekommen, glauben Sie, wir werden dann einfach dekretieren können, der Großherzog ist abgesetzt, weil wir keine Zivilliste mehr bezahlen? (Heiterkeit und Sehr gut!) Nein, so entwickeln sich die Dinge nicht, wie es sich Kautsky in seiner Studierluke ausmalt. Wir wären in wenigen Minuten über diese Frage genau so hinweggekommen wie über so manche andere, über die wir uns auf früheren Parteitagen herumgeschritten haben. Wenn die Auffassung richtig ist, dann hat sich Bebel, dann haben wir uns alle, die wir im politischen Leben tätig sind, schon hundertmal gegen das Prinzip veründigt, dann dürften wir niemals diesem Klassenstaat Mittel anbieten. Oder sollen wir Komödie spielen: die Mittel anbieten und nachher ablehnen? Man kann die Dinge beurteilen wie man es sich auch überlegt, die ganze Geschichte ist das Sachbündel nicht wert. Wenn die Budgetzustimmung ein Vertrauensvotum ist, dann ist die Zustimmung zu jedem Gesetz ein Vertrauensvotum, denn nicht wir haben die Gesetzgebung in der Hand, darüber verfügt der Klassenstaat. Wie wird die Sache draußen beurteilt? Bebel sagt und andere sagen es ihm noch: Ihr habt gegen das Budget gestimmt, und Ihr habt bisher ja auch schon ganz schöne Erfolge erzielt, trotzdem Ihr gegen das Budget gestimmt habt. Diese Fragestellung ist falsch. Die Frage muß umgekehrt gestellt werden. Hätten wir nicht noch größere Erfolge erzielt mit unserer Taktik? (Lachen und Sehr wahr!) Täuschen Sie sich doch nicht darüber, daß durch derartige taktische Resolutionen unsere ganze Aktionsfähigkeit eingeengt ist. Darüber bin ich mir auch klar: Wenn einer einigermaßen reden kann, dann kann er in einer Volksversammlung vielleicht den Leuten begreiflich machen: wir haben aus den den Gründen das Budget abgelehnt. Die Leute glauben es einen Augenblick. Was viel schlimmer ist, ist, daß die Intelligenz sich auf solche Firrefanzereien nicht einläßt. (Unruhe und Lachen. Aufse: Sehr wahr!) Daß Leute, die selbst ein Urteil haben, sich durch solche Reden, die an die Leidenschaft und nicht an den Verstand gerichtet sind, nicht beeinflussen lassen. Und schließlich brauchen wir doch die Mehrheit, oder glauben Sie, daß wir mit der Minderheit den sozialistischen Staat etablieren können? Deshalb muß die Taktik den Verhältnissen angepaßt werden. Bebel sagt: Wenn wir das Budget ablehnen, so lehnen wir damit noch nicht die Gehälter und Löhne ab. Gleich danach sagt er: Den Kultus und die Zivilliste bewilligen wir mit den Gehältern. (Sehr gut!) Bebel meint, aus politischen und taktischen Gründen hätten wir die Stellung eingenommen, um bei den nächsten Wahlen eine Parteikonstellation herbeizuführen, wie wir sie für notwendig halten. Das war einer der hauptsächlichsten Gründe, den wir natürlich nicht in unsere Erklärung aufgenommen haben. Es ist bedauerlich genug, daß durch diese Kammerspalterei, durch diese theoretischen Auseinandersetzungen auf den Parteitagen wir immer gezwungen sind, unsere Taktik anzudecken. (Hört! hört! Lautes Gelächter und Zustimmung.) Bebel meint, wir erreichen doch unsere Absicht nicht. Nun, wir kennen die Situation in Baden besser als Bebel. Bebel verweist auf Bayern. Er vergißt, daß das Zentrum in Baden etwas ganz anderes ist, (Hört! hört! Lautes Lachen.) — lassen Sie mich doch den Satz vollenden — etwas ganz anderes ist, wenn es einmal die Mehrheit hat, als es das ist, so lange es die Mehrheit nicht hat. Wir haben in Baden die Simultankule, in Bayern die Konfessionsschule. Wenn das Zentrum einmal in Baden die Herrschaft hat, dann bekommen wir die Konfessionsschule, wir bekommen noch anderes und wir würden an der Partei ein Verbrechen begehen, wenn wir nicht alles tun würden,

was in unseren Kräften steht, um eine solche Mehrheit, von der große Gefahren zu befürchten sind, zu verhindern. Bebel meint, solche Taktikmittel sehe er überhaupt nicht gern. Ja, die Taktikmittel sieht man so lange nicht gern, als man sie selbst nicht macht. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Die Preußen wären froh, könnten sie es so machen. (Große Heiterkeit. Sehr wahr! und Lachen.) Die sie ja auch froh wären, wenn sie noch manches andere machen könnten. Aber so lange sie es nicht machen können, kommen sie her und schreiben über Prinzipienverrat. Ich kann nur erklären, daß wir in diese Kaufesalle, diese historisch-ökonomische, nicht hineinkriechen können. Wir können unmöglich eine Resolution akzeptieren, die unsere ganze parlamentarische Aktion lahmlegt, die uns jeden parlamentarischen, politischen und organisatorischen Erfolg in Baden unmöglich macht. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Die Berliner haben es sehr leicht. Wer die Parteigeschichte kennt, der weiß, daß die Berliner schon zu Laßalles Zeiten und bis zu dem heutigen Tage das staatsverhaltende Element in der Partei waren, das konservative Element, das allerdings in Organisation und Agitation beispiellos groß dastehet, das aber immer an der Bremse ist, wenn die Partei in der Politik und der Taktik einen Schritt vorwärts machen will. (Sehr gut bei den Süddeutschen.) Und wenn sie den Schritt vorwärts endlich hat machen müssen, dann stellen sie sich hinterher hin und sagen: wir haben es gemacht. Wenn Sie uns sagen, wir wollen den Bruch, dann erwidere ich Ihnen, wenn Sie den Bruch nicht wollen, dann tun Sie — nicht das wollen wir, wir wollen Sie nicht zwingen — dann tun Sie das, was ein großer Teil der norddeutschen Parteigenossen, die es ehlich mit der Partei meinen, Ihnen vorschlagen: Einigen Sie sich auf die Resolution Frohme, dann haben Sie die Einheit, dann ist der gute Wille gezeigt und dann werden wir mit Ihnen überall zusammengehen können. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Kautsky:

Ich werde angehtits meiner zehn Minuten Redezeit auf all die persönlichen Angriffe nicht antworten. Ich habe nicht die Lust dazu. Ich möchte vor allem eins konstatieren: Es wurde gestern die Frage der Gemeindefeststellung hineingetragen. In der Resolution steht vom Gemeindefeststellung kein Wort. Es steht nur von gegnerischen Regierungen und ausschließlich vom Staatsbudget da. Die Frage der Abstimmung in Gemeinden ist in der Partei überhaupt noch nicht diskutiert, noch weniger jemals erledigt worden. Diese Frage ist ganz frei. Darüber wird diesmal nicht entschieden. Deshalb muß man sich hüten, Gemeinde und Staat miteinander zu verwechseln, das sind zwei ganz verschiedene Organismen, es bringt nur Verwirrung, wenn man sie durcheinander bringt. (Zustimmung.) Nun zur Budgetfrage: Da ich wiederholt von verschiedenen Gegnern immer wieder vor-geführt worden, die Budgetfrage sei eine Formalität, eine Kleinlichkeit, die es gar nicht lohne, daß wir uns darüber so echauffieren. Ja, wozu haben dann überhaupt die Parteigenossen im Süden einen solchen Wert darauf gelegt, daß sie uns vor solche Alternativen stellen. Tatsächlich hat die Budgetbewilligung eine sehr große Bedeutung. Wir sehen ja schon, wie die Budgetbewilligung in Bayern und Baden, die gerade fünf Wochen alt ist, bereits auf unsere Parteigenossen wirkt. Vordem z. B. waren die bayerischen Genossen, sogar die Abgeordneten, die größten und schärfsten Kritiker des bayerischen Steuerwesens. Sie erklärten, es sei vollkommen veraltet, zerrüttet, eines der zerrüttetsten in ganz Europa. Sie erklärten noch im letzten Wahlkampfe, daß die bayerischen Arbeiter jetzt erst erobern müßten, was die Preußen bereits 1891 gewonnen hätten. Nun, was hören wir jetzt? Jetzt ist glücklich das bayerische Budget ein Ausdruck der Demokratie, der Freiheitlichkeit, der Kulturfreundlichkeit des bayerischen Staates für das wir uns zu begeistern hätten und das ist ganz natürlich. Wo wir das Budget nicht bewilligen, da stehen wir dem Klassenstaat frei gegenüber und brauchen unserer Kritik nicht die mindesten Schranken aufzuerlegen. Im Gegenteil, in unserer Propaganda sind wir gezwungen, gerade die Schwächen dieses Systems hervorzuheben, um dem Volk klar zu machen, warum wir das Budget ablehnen. Ganz anders, wenn wir es annehmen. Da sind wir die Mittelhuldigen des Klassenstaates geworden und müssen den Massen auseinanderlegen, wieviel Gutes er geleistet hat, um ihnen begreiflich zu machen, warum wir eigentlich für das Budget eingetreten sind. Unsere gesamte Agitation und Propaganda wird auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Sie verliert ihren oppositionellen Charakter dem Klassenstaat gegenüber. Wenn die süddeutschen Genossen auf eine solche Wahn gedrängt werden, so ist das nicht eine Angelegenheit, die sie allein angeht, nicht eine Angelegenheit der bloßen parlamentarischen Technik. Wir in Norddeutschland sind mit Euch Süddeutschen solidarisch verbunden, Eure Siege sind unsere Siege, aber wenn Ihr Fehler macht, wenn Ihr so verhängnisvolle Fehler macht, so leiden wir darunter ebenso wie Ihr. Und darum haben wir das Recht und die Pflicht, darüber zu reden und Euch zu warnen. Man sagt, es sei eine Frage der reinen Taktik. Es gibt prinzipielle Fragen, die keine taktischen Fragen sind, aber es gibt keine taktischen Fragen, die vollständig losgelöst sind vom Prinzip. Taktik heißt nichts anderes als die Anwendung des Prinzips. Der Satz, daß man sich von taktischen Erwägungen leiten lasse, bedeutet keineswegs, daß man sich nicht von Grundsätzen leiten lasse. Gerade in der Taktik ist die Einheitslichkeit viel wichtiger als in der Theorie. In der Theorie können wir sehr verschiedener Meinung sein und sind es. Aber in der Taktik müssen wir einheitslich sein. Da muß sich die Minorität der Majorität fügen, sonst hören wir überhaupt auf, eine Partei zu sein. Man kann ein guter Parteigenosse sein, ohne an die materialistische Geschichtsauffassung zu glauben, aber man ist kein guter Parteigenosse, wenn man sich dem Parteitag nicht fügt. Man sagt, der einzelne habe persönliche Freiheit, es sei Kadavergehorsam, wenn man sich der Majorität unterwirft. Das ist nicht die Denkweise eines Sozialdemokraten, sondern eines Anarchisten. (Sehr gut!) Der einzelne hat nur Macht, wenn er sich mit Gleichgesinnten zu gemeinsamem Wirken verbindet. Dadurch vermehrt er seine Macht, aber diese Vermehrung seiner Macht bekommt er nicht umsonst. Er muß sie erlangen mit einem Opfer an Freiheit. Dies Opfer an Freiheit ist nicht Kadavergehorsam. Es wird freiwillig gegeben, um etwas Besseres einzutauschen: einen Gewinn an Macht für die Durchsetzung seiner eigenen großen Ziele. Wer sich in dieser Weise der Majorität fügt, verliert durchaus nicht an Achtung. Ich verweise hier auf ein Beispiel, das gerade für die süddeutschen Genossen ausschlaggebend sein sollte. Das Beispiel des Genossen Jaurès. Jaurès ist Verfechter der Budgetbewilligung gewesen. Als aber die geeinigte Partei beschloß, das Budget zu verweigern, da hat er sich diesem Beschluß ruhig gefügt und trotzdem alle Welt weiß, daß er anderer Ansicht ist, verweigert Jaurès das Budget. Er hat dadurch an Achtung, an Vertrauen nichts verloren, sondern gerade im Gegenteil, durch dieses Beispiel von Disziplin und Selbstlosigkeit an allgemeiner Achtung und Vertrauen nur gewonnen. An Vertrauen gewinnt man aber nicht, wenn man die Pistole auf die Brust setzt. Da ich gerade von Frankreich spreche, will ich auch noch darauf hinweisen, daß eine große Reihe sozialistischer Abgeordneter sich gegen den Beschluß der geeinigten Partei, das Budget zu verweigern, gewendet hat. Sie sind deshalb aus der Partei ausgefchieden, um Verewaltungsfreiheit zu bekommen, wie sie sagen, um dem Proletariat durch positive Arbeit besser zu nutzen. Was ist aus ihnen geworden? Diese Unabhängigen haben keine eigene Partei gebildet, sondern jeder von ihnen stimmt wie er will. Sie haben keinen Fraktionszwang, aber auch keine Partei hinter sich, die einzelnen Wahlkreise der Partei, wo die Abgeordneten das Budget bewilligt haben,

sind heute desorganisiert, zerstückt. Von den geehrten Genossen werden diese Budgetbewilliger als Streifbretter und von den Gegnern nicht geachtet, weil sie nicht sind, als eine disziplinlose Masse. Dieser Auflösung der Partei gehen wir entgegen, wenn wir uns das gefallen lassen, was die sächsischen Budgetbewilliger von uns verlangen, wenn wir uns ihnen beugen. Sie wollen von uns durch ihre Drohung erpressen, daß wir ihnen das Recht geben, die Partei vollständig aufzulösen. Sie treten als Fraktion dem Parteitag gegenüber, als eine gleichberechtigte Körperschaft, die mit dem Parteitag auf gleichem Fuße verhandelt. Wenn das geschieht, dann hört der Parteitag auf, eine beschließende Versammlung zu sein, dann ist er nur eine vereinbarte Versammlung, dann ist der Parteitag nicht mehr eine geschlossene Körperschaft, sondern ein Konglomerat von Wahlkreisen, und jeder Abgeordnete macht in seinem Wahlkreise, was er will. Ich bitte Sie daher, sich unter allen Umständen machtvoll hinter die Resolution des Parteivorstandes zu stellen. Wenn eine große Macht dahintersteht, wird sie auch Einfluß haben auf die Gesamtpartei. Ich bin fest überzeugt, daß die Genossen in Süddeutschland sich solidarisch fühlen mit den Genossen in Norddeutschland. Und wenn sie sehen, daß es nicht nur ein paar Radikale in Leipzig und Berlin sind, sondern die gesamte Masse des Proletariats, dann werden sie sich fügen, dann werden wir das beschämende Schauspiel erleben, daß die Partei gespalten wird und daß der eine Teil tut, was der andere nicht will. Ich bitte Sie dringend, im Interesse der Disziplin, im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei, stimmen Sie für die Resolution des Parteivorstandes. (Stürmischer Beifall.)

Wahlkreis-Nürnberg:

Es ist gesagt worden, daß wir in Bayern bisher das Budget verteidigt haben und trotzdem eine große Partei geworden sind. Das ist richtig. Aber bei der Agitation ist uns die Budgetverweigerung von den Gegnern als wirkungsvoller Einwand stets entgegengeschleubert worden! Wenn wir den Gegnern den Einwand genommen haben, haben wir zweifellos eine Erleichterung der Agitation geschaffen. Vebel hat gestern erklärt, die Dinge richten sich nicht nach unseren Wünschen, wir müssen und nach den Verhältnissen richten, und hat im Anschluß daran betont, daß in Preußen keine bürgerliche Partei vorhanden sei, die jemals für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stimmte. Damit ist nachgewiesen, daß die Verhältnisse im Süden und im Norden grundverschieden sind. Und wir verlangen nichts als die logische Fortsetzung des Gedankens, das heißt die Gleichberechtigung der Verhältnisse in unserem Lande zunächst selbst beurteilen zu dürfen und auf Grund der bestehenden Verhältnisse unsere Verhältnisse zu fassen. Die Landespolitik, soweit sie sich mit tatsächlichen Fragen befaßt, kann nicht nach einem einheitlichen, starren Schema, sondern nur nach den Verhältnissen des Landes sich richten. Die Budgetverweigerung ist kein Mittel des Klassenkampfes, sondern ein Mittel des politischen Tageskampfes. Nicht der innere Wert, sondern nervöse Ueberreizung, ein völliges Verkennen des Wertes des Gegenstandes hat diesem parlamentarischen Akt zu einer unrichtigen Bedeutung verholfen. Wenn nicht von Berlin aus das Wort „Disziplinbruch“ hinausgeschallt wäre, dann hätte die ganze Angelegenheit die Bedeutung nicht erhalten, die sie traurigerweise erfahren hat. (Sehr richtig!) Als man in Gotha, Sachsen und Württemberg daselbe getan hat, hat kaum ein Hahn danach gekräht. Im übrigen hat der „Vorwärts“ geschrieben, daß keine einzige parlamentarische Gruppe auch nur annähernd auf solche praktische Erfolge zurückblicken könne wie die bayerische. Wenn auf Grund eines solchen Zeugnisses des Zentralorganes dem Budget nicht zugestimmt werden soll, wann sollen wir ihm überhaupt zustimmen? Etwas nur, wenn wir die Mehrheit haben? Simon, der in der bayerischen Landtagsfraktion den Sozialgänger gemacht hat (Sehr gut!), hat doch im Einverständnis mit unserer Fraktion einen Antrag eingebracht auf staatliche Subvention für die Gewerkschaften zur Arbeitslosenunterstützung. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der bayerische Landtag diesem Antrag stattgibt. Damit würden wir zweifellos einen außerordentlich sozialpolitischen Fortschritt von tief einschneidender Bedeutung errungen haben. Bei der Abstimmung über das Budget aber sollen wir die Mittel zur Durchführung dieses Antrages ablehnen! Unsere Leute im Lande halten das für eine durchaus unverständige Politik. Ich muß noch ein Wort über den „Vorwärts“ sagen. Wenn jemals mit solchen Worten eine oberflächliche Behauptung aufgestellt worden ist, dann die Behauptung, daß die bayerische Arbeiterpartei nicht hinter ihrer Fraktion steht. An der Spitze der größten Organisation der bayerischen Genossen stehend, habe ich zu bemerken, daß unsere Genossen mit verschwindenden Ausnahmen das Verhalten der Landtagsfraktion billigen und zwar aus Ueberzeugung. Auch die Frauen in München und Nürnberg stehen geschlossen hinter unserer Fraktion. Wir billigen ausdrücklich die Erklärung, die Timm im Namen der Mehrheit hier abgegeben hat. Wir wollen den Frieden im Interesse des deutschen Proletariats und aller Institutionen, die es sich geschaffen hat. Aber die Resolution des Parteivorstandes will diesen Frieden nicht. Sie will eine Verschärfung des gegenwärtigen Zustandes. Deshalb haben wir gegenüber der Resolution des Parteivorstandes ein glattes unabänderliches: Nein! (Lebhaftes Bravo! bei den Süddeutschen.)

Singer erteilt nunmehr dem Genossen Stodinger-Vorzheim das Wort zur Geschäftsordnung. Als dieser auf das Wort verzichtet, erklärt

Singer:

Dann bin ich verpflichtet, doch eine Mitteilung zu machen. Es ist von jeder Seite und zulässig, daß Redner mit ihren Wägen in der Rednerliste tauschen. Dieser Mißbrauch ist auch diesmal in Übung. Heute vormittag war ein Zettel herausgekommen, auf dem stand, daß für den Genossen Stodinger der Genosse v. Elm auf die Rednerliste gesetzt werden möge. Nach ungefähr fünf Minuten kam Stodinger in heller Entrüstung heraus und erklärte, er erbitte das Wort zur Geschäftsordnung, weil er mit niemand getauscht habe. (Hört! hört!) Das muß mich natürlich, der ich die Verpflichtung habe, die Rechte der Mitglieder zu wahren, kugeln machen. Und nachdem Stodinger seinerseits auf das Wort verzichtet hat, bin ich verpflichtet zu erklären, daß dieser Zettel hier vorliegt, und daß wir selbstverständlich im guten Glauben gehandelt haben. Ich frage nunmehr den Genossen Stodinger, ob er seine Mitteilung, daß er mit niemand getauscht habe, aufrecht erhält oder ob er sie zurückzieht. (Zuruf: Er ist einverstanden.) Ich nehme also an, daß er den Widerspruch zurückzieht.

Nichard Fischer:

Solange die Streitfrage, die uns beschäftigt, spielt, habe ich sie immer unter dem Gesichtspunkte behandelt, daß es unsere Pflicht sei, einen Weg zu finden, der eine Verständigung in parteiorganisatorischer, brüderlicher Weise ermöglicht. Als Genosse Vebel gestern den Standpunkt des Parteivorstandes darlegte, habe ich mich gestreut, weil ich mir sagte, es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn nach diesen Darlegungen nicht eine Verständigung mit den sächsischen Genossen möglich wäre. Als ich aber heute nachmittag den Genossen Segy hörte, da bin ich allerdings daran verzweifelt, daß auf allen Seiten der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist. (Sehr richtig!) Wenn man so redet, wie Segy geredet hat, dann ruft man den Verdacht wach, daß es nicht auf Verständigung, sondern auf den Druck abgesehen sei, daß man aber die Verantwortung für den Druck anderen Leuten zuschieben wolle. (Sehr gut!) Das tut man, indem man auf solche Schwägerereien und Zuträgerereien Gewicht legt. Genosse Ebert soll das Schlusswort erhalten, weil er ein Scharfmacher sei. Wenn Genosse Vebel auf das Schlusswort ver-

zichtet hat, so kann ich Ihnen sagen, daß ich vielleicht den ersten Schritt dazu getan habe, weil ich mir sagte, es sei unverantwortlich von uns, wenn wir bei dem Gesundheitszustand des Genossen Vebel dieses Opfer von ihm verlangen, falls es nicht absolut notwendig ist. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn der gute Wille zur Verständigung da ist, braucht Vebel kein Schlusswort. Die Bayern sollten sich doch fennen, daß ich der allerletzte bin, der in der Frage jemand vorschlägt, der nicht zu einer Verständigung mit den Bayern geeignet wäre. Ich glaube, Ihre Witz alle zusammen, daß ich mit dem Herzen bairisch bin (Hört, hört!), und daß ich nur in dieser Frage nicht mit Euch Hand in Hand gehen kann. Man spricht davon, daß die Berliner das Budget bewilligt haben. Ich sage, es ist unstatthaft, auf diese Frage zurückzukommen, nachdem so und so viele Genossen erklärt haben, wir haben nicht für das Budget gestimmt. (Zurufe.) Es ist selbstverständlich, daß Sie das nicht sagen, wenn Sie nicht der Meinung sind, einen Beweis dafür zu haben. Es kommt doch alles darauf an, ob jemand mit der Absicht für das Budget gestimmt hat, mit der Ihr dafür gestimmt habt. Wir werden uns doch nicht darüber streiten, wenn einer einmal entgeleitet ist, sondern wenn die einen sagen, wir stimmen aus dem Grunde dafür, und die anderen halten diese Gründe für falsch. Weil ich eine Verständigung wünsche, habe ich gesagt, den Antrag Probe würde die Bayern selbst nicht wollen, weil er sie in ihrer Taktik hindert, weil sie dann erst Erlaubnis von Berlin aus einholen müssen. Nachdem aber Kolb dem Antrage zugestimmt hat, gebe ich nicht alle Hoffnung auf, daß wir einen Weg zur Verständigung finden. Ich habe nicht die Möglichkeit, jetzt einen Weg anzugeben, denn ich habe nicht die Entscheidung. So lange aber diese Hoffnung nicht Gestalt gewinnt, trete ich für den Antrag des Vorstandes ein. Man hat während der Debatte gesagt, man wolle Euch ein Kainszeichen auf die Stirn drücken und Euch strafen und verurteilen. Das ist nicht wahr, sage ich, und wenn es ein einzelner gesagt haben sollte, so ist es nicht die Wahrheit. Aber ich muß alles tun, um Euch die letzte Möglichkeit zu dieser Behauptung wegzunehmen und beantrage daher, daß der Satz, der von der Bewilligung des Budgets in Bayern, Baden und Württemberg spricht, herauskommt. Das ändert am Wesen der Resolution nicht das geringste, wir wollen doch wenigstens aussprechen, daß die Majorität des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in dieser Frage eine ganz andere Meinung hat. Und die Majorität verlangt dies von den süddeutschen Genossen, daß sie künftig den Beschluß der Majorität respektieren. Sie werden Euch zugeben, daß der Hinweis von David auf Gotha und die thüringischen Staaten nicht ganz unberechtigt war, und sie werden ferner zugeben, daß die Württemberger nun noch nachträglich eine Dörseige bekommen sollen, weil Bayern und Badenser genannt waren. Aber im vorigen Jahre wurde doch von der Mehrheit des Parteitages gewünscht, den Württembergern gleichsam Generalpardon zu erteilen. Vielleicht haben viele von Euch, zu ihnen gehörte auch ich, gesagt, daß sie an Stelle der Württemberger ebenso gestimmt und einen zwingenden Ausnahmefall angenommen hätten. Kann nur einer von Euch Bayern und sagen, Ihr hättet einen zwingenden Grund gehabt, für das Budget zu stimmen, und daß der Partei Nachteile erwachsen wären, wenn Ihr genau wie in früheren Jahren gegen das Budget gestimmt hättet? (Zuruf: Ja!) Ja, behaupten könnt Ihr es, aber es uns darlegen, so, daß wir, die wir doch den guten Willen haben, es zu glauben, es auch glauben können, das könnt Ihr nicht. Ihr könnt nicht leugnen, daß der Schaden, der durch Eure Abstimmung für das Budget innerhalb der Partei angerichtet ist, viel größer ist, als der Agitationsnutzen, den Ihr erwartet habt von dem Eintreten für das Budget. (Lebhaftes Zustimmung.) Es ist doch niemand unter uns, der Euch eine böse Absicht zutraut hat. Ihr habt Euch auf Viktor Adler berufen. Es ist schade, daß sein Artikel nicht früher allgemein bekannt wurde, wo er schrieb, daß nur ein Anstoßpunkt annehmen könne, daß Ihr mit Absicht, um den Grund der Partei zu untergraben, für das Budget gestimmt habt. Aber auch Adler, bei aller Liebe zu Euch Bayern, und bei aller Seelengemeinschaft für diese Taktik, kann in dieser Frage nichts anderes als sagen: Kinder, der Weg, den Ihr gegangen seid, ist falsch. Nun sagt Ihr alle: wir können uns dem Zwange nicht fügen. Was Ihr wollt, könnt Ihr. Es gibt nichts, das zum Wohle der Partei dienen kann, was nicht jeder einzelne von uns kann, wenn er will. Wenn die ganze Partei es mißbilligt, mißt Ihr Euch sagen, nicht weil mehr sind auf der anderen Seite, sondern weil die Einheitlichkeit der Partei sonst leidet. Segy hat die Majorität vorgebracht, es sei darauf abgesehen, einige Fliegen zu lassen. Ein Fliegen habe ich doch Verbindung im Vorstand und wüßte doch etwas davon, wenn es darauf abgesehen wäre. Nein, es ist nicht darauf abgesehen; nehmt es nicht übel, aber es ist ein Verbrechen, das Ihr begeht; der Gedanke, daß man die Einheit der Partei um einer solchen Vogeltelle willen aufgeben will. Wenn es auch einer gesagt hat, nun, so war das seine persönliche Meinung. Ihr seid doch sonst so stolz auf das, was Ihr im Landtage geleistet habt. Timm, Frank und Hilbrandt taten so, als ob die Majorität der Partei und die Parteileitung sie angegriffen hätte wegen ihrer Tätigkeit im Landtage. Das ist ja gar nicht wahr. Eure Fraktion hat noch niemals ein so einmütiges Lob erhalten. Es wird Euch zugegeben, daß Ihr sehr geschickt die Situation bemerkt habt, aber wenn Ihr Politiker sein wollt, dann müßt Ihr doch auch etwas Voraussehen haben. Ihr sagt, Ihr habt mit der Zustimmung zum Budget keine böse Absicht beabsichtigt. Nun, dann scheint Ihr aber wirklich nicht die feinen Politiker zu sein, daß Ihr nicht vorausgesehen habt, daß diese Abstimmung Veracht in der Partei bei einzelnen wachrufen wird. Wenn Ihr das nicht vorausgesehen habt, dürft Ihr Euch auch nicht wundern, daß man Euch ganz andere Ansichten und Absichten zutraut, Absichten, die Ihr befreit. Wenn die Genossin Luxemburg hier wieder ihre Kaindruse von den Revisionisten hat ertönen lassen, so hat sie ja sofort die beste Widerlegung dazu geliefert. Weil man in der ganzen Partei einig ist in der lobenden Zustimmung zu Eurer Tätigkeit, abgesehen von der Stellung, die Ihr zuletzt eingenommen habt. Niemand von uns kommt es in den Sinn, Euch das Kainszeichen der Treulosigkeit auf die Stirn zu drehen. Aber es ist die Pflicht der Mehrheit, zu sagen, was ihre Meinung und was Eurer Pflicht ist. Ihr könnt einer solchen Meinungsäußerung Folge leisten, weil mehr als die augenblicklichen Vorteile, die Ihr vielleicht mit Eurer Taktik erreicht, die Einheit der Partei ist. Daher meine ich, daß es noch möglich ist, eine Verständigung herbeizuführen. Aber dazu ist es auch nötig, daß Ihr uns die Hand reicht, daß Ihr Euch nicht immer hinsichtlich der Verfolge und Unterdrückung. Niemand spricht von derartigen Absichten, aber schließlich hat die Partei ihre Meinung und die muß respektiert werden. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm:

Namens der 16 Genossen, die den Antrag Probe unterzeichnet haben, habe ich folgendes zu erklären: Wir sehen in der Zustimmung bzw. Ablehnung des Budgets keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der Taktik. Wir wollen deshalb die Möglichkeit einer Zustimmung in Ausnahmefällen, wenn wirklich zwingende Gründe sie als geboten erscheinen lassen, aufrecht erhalten haben. Für die Haltung der sächsischen Abgeordneten erkennen wir diese zwingenden Gründe nicht an und billigen ihre Stellungnahme nicht. Um ähnliche Fälle in Zukunft unmöglich zu machen, wollen wir, daß eine Verständigung zwischen den im Antrage genannten Instanzen Voraussetzung für eine eventuelle Einstimmigkeit sein soll. Küber obigen Gründen veranlaßt uns zur Unterzeichnung des Antrags 184 der Gedanke, daß dadurch eine Basis zur weiteren Festlegung der Einheit der Partei geschaffen wird. Da ich zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehöre und am Worte bin, kann ich die Gründe hier darlegen. Ich habe mit großem

Interesse das für und Wider bezüglich der Abstimmung in den Einzelanträgen angehört. Ich habe eine Reihe vorzüglicher Darlegungen vernommen, und vor allen Dingen hat Timm Rede einen großen Eindruck auf mich gemacht. Besonders hat mir gefallen, daß er die Zustimmung zum Budget mit der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verbunden hat. Ich bin aber der Meinung, daß die Interessen der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments durch ihre Organisation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in Verbindung mit dem Parteivorstand dauernd mehr gewahrt werden, als durch Ihre Tätigkeit im Parlament selbst. Die Hauptsache sind diese Organisationen. Ich kann nicht glauben, daß im Parlament dauernde Erfolge erzielt werden. Ich stehe auf dem Standpunkte, den das „Gamb. Echo“ im Jahre 1907 gegenüber der Budgetbewilligung in Württemberg einnahm. Darin hieß es: „Die Budgetverweigerung ist keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der Taktik. Die Sozialdemokratie kann aber nur dem Budget zustimmen, wenn sie von der Regierung und den anderen Parteien auf dem Boden voller Gleichberechtigung behandelt wird.“ Wenn nun die Süddeutschen sagen, wir sind auf dem Wege dazu, so glauben wir, daß auch sie von dieser gleichberechtigten Behandlung noch recht weit entfernt sind. Wir alle sind der Ansicht, daß die Verhältnisse die Auffassung der Dinge bestimmen; im Norden haben wir mit viel stärkeren Klagengegensätzen zu tun, deshalb beurteilen wir auch die Dinge anders. Aber die wirtschaftlichen Kämpfe, die soziale Entwicklung werden die Verhältnisse auch im Süden immer mehr ausprägen, und dann werden unsere Genossen dazu kommen, Stellung gegen die Regierung zu nehmen. Jede Regierung hat bei ihrer Gesetzmacherei die Tendenz, die staats-erhaltenden Parteien zu stärken. Das wird sich auch im Süden zeigen, und so komme ich zu der Ueberzeugung, daß die Zustimmung der Süddeutschen zu dem Budget vereinzelt sein wird. Aber wenn wir in den ökonomischen Verhältnissen die wesentlichen Grundbedingungen für unsere Auffassung sehen, dann können wir auch nicht glauben, durch Revolution alles zu machen. Die Verhältnisse müssen sich ändern, dann folgen die Anschauungen nach; wir Schleswig-Holsteiner meinen, Ihr Süddeutschen kommt zu unserer Auffassung, nicht wir zu der Euren. Wir wollen aber die ruhige Entwicklung der Dinge abwarten, deshalb wünschen wir, daß ein Weg zur Verständigung gefunden wird. Wenn nun die bayerischen Genossen uns erklären, für uns ist die Resolution des Vorstandes unannehmbar, so sehen wir auch darin nicht eine Drohung, es unter Umständen zu einer Spaltung kommen zu lassen. Wir erkennen darin den berechtigten Wunsch der Süddeutschen, in einer schwierigen Situation ihre Interessen im Gesamtinteresse der Partei berücksichtigt zu sehen, denn die Schädigung ihrer Interessen wäre eine Schädigung der Gesamtinteressen. Sechzehn Schleswig-Holsteiner haben die Erklärung, die ich vorlesen habe, unterzeichnet. Wir Schleswig-Holsteiner waren darüber nicht einig, ob die Gründe, für das Budget zu stimmen, zwingend oder nicht zwingend waren. Aber darin waren wir einig, daß ein Weg zur Verständigung gefunden werden muß. Wir dürfen nicht scheitern als zwei Parteien, wir müssen in aller Einigkeit aus Nürnberg wieder hinausgehen. Wir halten unsere Resolution für die Möglichkeit einer Verständigung. Die Süddeutschen haben bisher nicht erklärt, daß sie ihr zustimmen werden. Aber ich möchte die Süddeutschen dringlich bitten, es sich wohl zu überlegen und ich möchte die Genossen vom Vorstand bitten, gründlich zu prüfen, ob man sich nicht auf Grund dieser Resolution verständigen kann. Schwierigkeiten bietet jede Resolution. Nicht alle Schwierigkeiten werden durch die unruhe überbunden. Aber das eine wird sie bewirken, daß diese gegenseitigen Auseinandersetzungen der letzten Zeit im Lande und auf dem Parteitage verschwinden. Was wir wollen, hätte schon früher gesehen werden müssen. Die Süddeutschen hätten sich schon vorher mit dem Parteivorstand in Verbindung setzen müssen, und der Parteivorstand hätte nicht den Standpunkt der Herrschenden einnehmen, nein, man hätte sich aussprechen und verständigen müssen. Unsere Resolution soll nicht majorisieren. Aber die Süddeutschen müssen sich doch auch sagen: bei unserer Abstimmung in den einzelnen Landtagen müssen wir auf die Gesamtpartei und die Interessen des Reiches Rücksicht nehmen. Die Reichspolitik muß von neuem berücksichtigt werden, und es kann der Zustand eintreten, wo durch Eure politische Haltung in den einzelnen Landtagen das Interesse der Partei in der Reichspolitik beeinträchtigt wird. Ihr Süddeutschen dürft die Verständigung nicht zurückweisen. Es hat in der Partei ungeheuer verschlungen, daß Ihr die Verständigung nicht schon früher gesucht habt. Sie ist gefunden, dann haben alle Diskussionen ihren heftigen Stachel verloren, und es bleibt keine Erbitterung zurück. (Sehr richtig.) Auch im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung bitte ich Euch, wohl zu beachten, was Ihr tut. Schon früher sind derartige Differenzen nicht beschränkt geblieben auf die politische Partei; auch heute würden sie sich fortplanzen auf die Gewerkschaftsbewegung und sie zerreißen. Seid Euch Eurer Verantwortung voll bewußt. Gehen wir nicht auseinander, ohne uns verständigt zu haben. Man sagt: Unterwerfung unter Mehrheitsbeschluß sei Demokratie. Aber die Majorität hat die Verpflichtung, wenn eine große Minderheit vorhanden ist, auf die Anschauungen dieser Minderheit Rücksicht zu nehmen. Mit bloßen Abstimmungen kann man keine wirkliche Entscheidungen herbeiführen. Die Auffassungen müssen sich klären. Glauben Sie nicht, daß all diese Debatten nutzlos bei unseren sächsischen Genossen verhallen werden. Sie werden ihre Wirkung haben, und die Entwicklung der Verhältnisse in Süddeutschland wird es mit sich bringen, daß solche Streitigkeiten seltener werden. Lassen Sie uns diesen Streit begraben und in Einigkeit hier aus Nürnberg scheiden im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Frankfurt-Berlin:

Zunächst möchte ich einige Angriffe gegen den Vorstand richtig stellen. Frank hat uns vorgeworfen, wir seien die Fahnenträger der Berliner. Ja, er hat sogar den Ausdruck verächtlich und gesagt: der Vorstand sei der Gefangene der Berliner Parteigenossen. Ich kann versichern, daß der bisherige Vorstand in sehr gutem Einvernehmen mit den Berlinern gelebt hat. Es gab eine Zeit, wo das brüderliche Verhältnis nicht so war. Aber heute wird kein Berliner aufstehen und sich vermaßen, zu erklären, er habe einen entscheidenden Einfluß auf das Kollegium des Parteivorstandes ausgeübt. Selbstverständlich hat der Parteivorstand die Pflicht, Parteigenossen, die zu ihm kommen, anzuhören, sich zu informieren und dementsprechend auch Aktionen einzuleiten. So oft wird ja sogar der Vorwurf erhoben, daß der Vorstand nicht in genügendem Kontakt mit den Genossen sei. Nun, soweit wir imlande sind, haben wir das für gesorgt, daß in unserem nächsten Wirkungskreise der Kontakt mit den Genossen innig und der Verkehr zwischen beiden zufriedenstellend war. Das gibt aber keine Unterlage für die Behauptung, daß der Parteivorstand der Gefangene der Berliner sei. Ich, im Gegenteil, ich behaupte, seitdem durch Änderungen des Organisationsstatuts zwei Mitglieder der Berliner Parteioffiziere als Beisitzer in den Vorstand delegiert sind, ist gerade durch die ständige Zusammenarbeit unser Verhältnis zur größten Parteioffiziersorganisation Deutschlands zufriedenstellend geworden. (Lebhaftes Zustimmung.) Durch die innige, gemeinsame Tätigkeit mit dem Vorstand können die Beisitzer in der Berliner Parteiverammlung am besten darstellen, nach welchen Grundfragen und Formen die Parteigeschäfte erledigt werden. (Lebhaftes Zustimmung.) Dem Vorstand wird weiter vorgeworfen — zumal mir als Teilnehmer an der Würzburger Konferenz —, daß er sich an der Stuttgarter Konferenz nicht beteiligt habe. Selbstverständlich habe ich getrachtet, daß in Stuttgart die Konferenz stattfinden würde.

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

Der Parteitag in Nürnberg.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Spannisch-Berlin (fortsetzend):

Ich habe dem Parteivorstand auch Bericht darüber erstattet. Selbstverständlich habe ich auch in Nürnberg gehört, daß die Erörterung der Budgetfrage dort abgelehnt worden ist. Verschiedene Termine wurden für die nächste Konferenz genannt. Aber unser leider verstorbenen Genosse Eckhart, der damals Vorsitzende der Konferenz hat schließlich der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die nächste Konferenz, in den nächsten Monaten — jedenfalls aber noch vor Zusammenritt des deutschen Parteitag (Hört! hört!) stattfinden und sich mit der Frage der Budgetabstimmung beschäftigen werde. Will man etwa mit oder dem Vorstande vorwerfen, es wäre unsere Pflicht gewesen, alle acht Tage bei den verschiedenen Landesvorständen anzufragen, wann denn die Konferenz stattfinden würde? (Weiterkeit.) Diese Unterlassungshände hat allerdings der Vorstand im allgemeinen und sein Mitglied Spannisch im besonderen begangen. Aber es hätte ja nur einer Postkarte bedurft, um dem Vorstande mitzuteilen, es sei die Absicht, an diesem oder jenem Orte, an diesem oder an jenem Tage die in Nürnberg vorgegebene Konferenz abzuhalten. Dann wäre der Parteivorstand einwandfrei unterrichtet gewesen und dann hätte er sein Nichterscheinen vor der Konferenz hier verantworten können. Weiter wird die Wendung im Briefe des Vorstandes kritisiert: „Wenn jemand abkommen könnte, würde er an der Nürnberger Konferenz teilnehmen“. Wie war denn die Sache? Vor der Nürnberger Konferenz habe ich mich brieflich an den Genossen Auer gewandt und darauf hingewiesen, es würde den Parteigenossen in Preußen sehr erwünscht sein, wenn die sächsischen Parteigenossen sie in der einen oder anderen Form unterstützen wollten. Daraufhin teilte mir Auer mit, die Konferenz würde am 9. Februar stattfinden, und lud mich dazu ein. Die Wendung in unserer Antwort darauf: „Wenn einer abkommen könnte, würde er erscheinen“, erklärt sich sehr einfach daraus, daß der Parteivorstand verschiedene wichtige Arbeiten in Angriff genommen hatte — die Beratung mit der Landeskonferenz wegen der Wahlrechtsbewegung und mit der Gewerkschaftsbewegung — er konnte also nicht zu jeder Minute über seine Zeit verfügen. (Hört! hört!) Man kann also dem Parteivorstand nicht vorwerfen, daß er seine Pflicht nicht erfüllt hat. Nun noch ein anderes. Die sächsischen Parteigenossen haben uns sehr ausgiebig vorgetragen, daß ihre Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete sie veranlaßt hätten, für den Etat zu stimmen. Und es ist behauptet worden, daß auch die Berliner Stadtverordnetenfraktion den Etat angenommen hätte. Ich gehöre jetzt acht Jahre der Stadtverordnetenversammlung an. Aber mir ist nicht bekannt, daß ein einziger Kollege für den Etat gestimmt hat, und das, obwohl unsere Erfolge sich doch auch sehen lassen können. Wir haben in Berlin 15 000 städtische Arbeiter, die nach zehn Jahren Ruhegehalt erhalten. In Krankheitsfällen bekommen sie 6 Wochen lang die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld. Auf Beschluß der Verwaltungsinspektion können sie diese Differenz sogar 13 Wochen hindurch beziehen. Es steht ihnen das Recht der Organisationszugehörigkeit zu, nur müssen sie sich innerhalb der Betriebe der Agitation enthalten. Ganz so schlecht sind die Verhältnisse, die wir geschaffen haben, nicht. Aber bei uns wird damit nicht geprahlt. Das ist ja die verstaubte Pflicht und Schuldigkeit hier der Stadtverordneten und dort der Abgeordneten. Mit Recht ist von Euch gesagt, Ihr bringt uns ja in Verlegenheit, die Regierung loben zu müssen. Nun, das wußtet Ihr doch vorher. Nicht diejenigen, die hier gegen Euch reden müssen, sondern Ihr seid das Karnickel, das den Streit heraufbeschworen hat. (Beifall.)

Genmann-Stuttgart:

Fischer findet es undregelmäßig, daß sich die sächsischen Landtagsabgeordneten über die Vorstandesresolution so erregen. Die Resolution muß von uns deswegen als ein Akt der Inkonsequenz angesehen werden, als das Hinwerfen des Fehdehandschuhs, weil sie in die Öffentlichkeit hinausgegeben wurde, ohne daß auch nur der Versuch einer Verständigung mit denen gemacht wurde, welche die Aufgabe haben, sie zu befolgen. Am lächerlichsten ist die Resolution gegenüber den Württembergern, die bereits vor dem Essener Parteitag für den Etat gestimmt haben. Es wäre Pflicht des Parteivorstandes gewesen, bereits vor einem Jahre die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen. Aber als der Delegierte aus Göttingen auf dem Essener Parteitage die Frage anschnitt, erhielt er vom Parteivorstand keine Antwort. Infolgedessen konnten die Parteiblätter sagen, daß die Partei dadurch, daß sie der Zustimmung der württembergischen Fraktion keine Rüge erteilt hat, dokumentiert hat, daß gegen die Abstimmung der Württembergern nichts einzuwenden ist. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen es der Landesversammlung überlassen, dann bedeutet die Resolution nicht mehr nur einen Tadel der Fraktion, sondern eine Verächtlichmachung unserer vorläufigen Landesversammlung, denn dort ist eine Resolution eingebracht worden, welche die Abstimmung der Württembergern mitteilt, und diese Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. (Mara Zeilin: Aber auch die zustimmende!) Es ist gesagt: Wir hätten dort denselben Tadel gemacht wie hier. (Zu Wohl!) Schwabacher hat das in die Worte gekleidet, wir hätten der Landesversammlung die Pistole auf die Brust gesetzt. Das bedarf der Nichtigstellung. Der Genosse Dr. Lindemann hat im Auftrage von uns die Erklärung abgegeben: Was die Resolution Kaiser (die Mißbilligungsresolution) betrifft, so habe ich im Auftrage zu erklären, daß die Fraktion diese nicht annehmen kann. Wir befinden uns nicht in der Rolle, daß wir uns bedauern lassen müssen. Wir sind der Überzeugung, daß wir das Interesse der Partei vertreten haben. Die Resolution bedeutet eine Bindung der Fraktion über die Lübecker Resolution hinaus. Im Gegensatz zu dieser steht sie keine Ausnahme vor. Wir wissen nicht, ob nicht das nächste Mal wieder besondere Verhältnisse vorliegen, die uns nötigen, dem Budget zuzustimmen. Jedenfalls müßten wir uns die Rechte, die uns durch Parteitagbeschlüsse gewährt sind, nicht noch weiter einschränken und uns nicht darüber hinaus binden lassen. Deshalb bitten wir um Ablehnung dieser Resolution.“

Das nennen Sie der Verammlung die Pistole auf die Brust setzen? Wenn weiter von Richard Fischer an uns die Aufforderung gerichtet ist, wir sollten bedenken, daß auf der anderen Seite Leute stehen, die es eifrig mit uns meinen, dann können auch wir verlangen, daß unsere Versicherung mit demselben Vertrauen und demselben Glauben entgegengenommen werden. Man behauptet immer und immer wieder, daß wir durch unsere Zustimmung zum Etat der Regierung ein Vertrauensvotum erteilen wollten. Lindemann hat in seinem Schlusswort ausdrücklich erklärt: Die Zustimmung zum Etat ist weder ein Vertrauensvotum noch ein Vertrauensvotum. Zwischen diesen beiden Voten gibt es noch eine ganze Reihe von Schattierungen des Verhältnisses zwischen einer Partei und einer Regierung. Wenn die Budgetbewilligung die Anerkennung des Klassenstaates bedeutet, dann müßten wir logischerweise ja jede Verfassungsreform, die nicht die Anerkennung der Republik einschließt, verweigern. Dann dürften Sie auch in Preußen keiner Verfassungsreform zustimmen, die nicht das Endziel auf einmal verwirklicht. Die Zustimmung zum Budget ist bisher noch niemals zu einer prinzipiellen Frage gekoppelt worden. Weder die Gothaer noch andere haben das behauptet. Als die württembergische Fraktion im vorigen Jahre dem Etat zustimmte, da erschien im „Gothaer Volksblatt“ ein Artikel worin es hieß: „Unsere Fraktion

hätte keinen Grund, dem Ministerium Hentig, das uns in manchen Dingen entgegengekommen ist, durch Ablehnung des Etats ein Mißtrauensvotum zu geben, wenn man sich der Lübecker Resolution entsprechend auf den Standpunkt stellt, die Budgetbewilligung als eine taktische Angelegenheit zu betrachten.“ (Hört! hört!) Sie schimpfen uns Parteifakeker, aber dann sind Sie Prinzipienretter um jeden Preis. Die Einheit in der Reichsfraktion ist Ihnen lieber als der Föderalismus, der allen Teilen größere Freiheiten einräumt. Wir treten auch deshalb in der Partei für einen gewissen Föderalismus ein, weil sonst die Rechte unserer Landesorganisation entwertet werden. Im § 15 des württembergischen Landesstatuts werden die Aufgaben der Württembergischen Landesversammlung genannt. Und da wird als eine ihrer Aufgaben die Entgegennahme des Berichts der Landtagsfraktion bezeichnet. In dem Augenblick, wo jede Begünstigung unserer Haltung im Landtag der Landesorganisation genommen und dem allgemeinen Parteitag übertragen wird, nehmen Sie der Landesorganisation ihren ganzen politischen Inhalt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir wollen in unseren Landesorganisationen nicht eine Maschinerie sein zu dem Zweck der Einziehung von Beiträgen, sondern wir wollen auch der Organisation unseres Landes einen politischen Inhalt geben und daran sollten Sie uns nicht hindern, indem Sie über die Rechte unserer Landesorganisation zur Tagesordnung übergehen. (Beifall bei den Süddeutschen, Gelächter auf der anderen Seite.)

Sindermann:

Als ich Hildenbrand hörte, glaubte ich ihn auf dem Wege der Verrückung, denn früher hat er erklärt, der heutige Staat müsse gestiftet und berankert werden. Zum Schluß aber verfiel er wieder in den alten Fehler. Er sagte: „Unannehmbar“. Wohin soll das führen? Dann haben wir den Disziplinbruch in ganz Deutschland. (Sehr richtig!) Daher warne ich ganz entschieden vor Annahme des Antrags Fischer, der die Vorstandesresolution abschwächt. (Sehr gut!) Ständen Sie: die Stimmung in Norddeutschland ist nicht vom „Vorwärts“ und von der „Leipziger Volkszeitung“ gemacht, nein, aber unsere Organisierten sagen sich, jeder arme Teufel von Parteifunktionär wird an den Kragen genommen, wenn er etwas versteht. Und da versteht man es nicht, wenn der Disziplinbruch in Süddeutschland so hinzugehen soll. Nun wird erklärt, in Berlin und Sachsen ist es ebenfalls passiert. Die Berliner haben das Märchen zerstört. Ich tue es auch für Sachsen. Nicht ein einziges Mal hat unsere Landtagsfraktion für das Budget gestimmt. (Zuruf von Kolb: Goldstein!) Das ist ja alles berichtet worden. Genosse Kolb! Goldstein hat ja erklärt, daß er als einziger das erste Mal in Sachsen für das Budget gestimmt hat, aber außerdem wäre das etwas anderes, denn die Süddeutschen haben durch ihre Konferenz die Budgetzustimmung gewissermaßen organisiert. Sie haben dargelegt, daß sie dem heutigen Klassenstaat die Mittel entgegenbringen. Und das verstehen die Sachsen nicht. Es muß zur Desorganisation, zum Disziplinbruch und zur Grundlosigkeit auch in den Gewerkschaften führen, wenn das so durchgeht, wie das Fischer und Frohme mit ihren Resolutionen wollen. Rein, wir müssen einen solchen Verstoß gegen Parteitagbeschlüsse unmöglich machen, sonst haben wir auf allen Parteitag dieselben Auseinandersetzungen und das müssen wir verhindern. Bei diesen Debatten hat man Neben gehalten, die den Reichsverhandlern und auch dem Reichsanwalt Hilow für ihre Reden das schönste Material liefern. (Sehr wahr!) Das über die „Leipziger Volkszeitung“ gesagt worden ist, übertrifft alles bisher dagewesene. Leipzig hat im Verhältnis zu der Zahl der Reichstagswähler den besten Prozentsatz der Organisierten im ganzen Reiche, und an der Spitze steht es auch im Verhältnis mit dem Prozentsatz der Abkommen. Ohne den Vertrieb auf den Wahllokalen konsequenter zu haben (Weiterkeit), hat die „Leipziger Volkszeitung“ eine Auflage, auf die wir stolz sein können. Wichtigen auch anderwärts die Genossen so einmütig hinter ihrem Organ stehen. Wenn Ihr die Einigkeit wollt, die Ihr stets und ständig im Munde führt, dann laßt das Wort unannehmbar! (Sehr gut!) Dann steht, wie es auch andere Parteigenossen machen müssen, eine Rüge ein und wir werden in Zukunft diese Debatten nicht mehr haben. (Beifall.)

Leiner-Hannover:

Es ist wiederholt gesagt, wir müssen volle Klarheit schaffen. Nun, darüber ist bereits volle Klarheit geschaffen, daß nach Ansicht der sächsischen Genossen zwingende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorliegen. Nachdem die Süddeutschen dieses erklärt haben, müssen wir es ihnen glauben. Aber der ganze Streit ist ja in Wirklichkeit nicht ein Streit um die Zustimmung zum Budget an sich, das haben die Genossen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin klar bewiesen. Das haben auch die Kritiker bewiesen, die während des Streites vor dem Parteitag erschienen sind. Vor allem der Artikel „Rein Jahre Revisionismus“. Man will wieder einmal den Revisionismus beseitigen und da geht man allerdings ziemlich konsequent vor. Genossin Zetkin sagt: Die Zustimmung zum Gesamtbudget hat den Charakter eines Bekenntnisses des Gegenkommens gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und man sagt: Die Gesamtzustimmung muß als ein Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden. Aber man versucht nach keiner Richtung hin diese Behauptung zu beweisen. (Sehr richtig!) Mit demselben Recht könnte man jede einzelne Abstimmung als ein Vertrauensvotum für die Regierung bezeichnen. (Sehr gut!) Vergessen wir doch eins nicht: Nicht die Abgeordneten, nicht die Organisations unserer Partei, sondern die Regierungen in den Bundesstaaten führen die Gesetze aus, an denen die Sozialdemokraten mitwirken. (Sehr richtig!) Warum wollen wir nicht den Abgeordneten für einzelne Fragen freie Hand lassen? Warum soll denn die Gesamtzustimmung für ein Budget allein ausschlaggebend sein, wenn die Gesamtzustimmung ein Vertrauensvotum ist? Dann bildet sie nur den Schluß derselben. Der Anfang ist gemacht, wenn man einzelne Positionen bewilligt, und warum soll denn der Anfang nicht auch schon ein Vertrauensvotum sein? Wenn wir die Resolution konsequent durchführen, dann müssen wir den Parlamentarismus überhaupt ablehnen. Das hat auch Genossin Rosa Luxemburg so außerordentlich schön ausgeführt, als sie von den erbärmlichen Abschlagszahlungen sprach. Diese erbärmlichen Abschlagszahlungen aber sind es, mit denen wir als Erfolge der Partei in den Wahlkampf ziehen, und da sagt die Genossin Luxemburg: nur zur Kritik des Bestehenden ist die Tribüne des Parlamentes da. Was hat der Genosse, den Sie alle verehrt haben, und der auch Erfahrungen hatte — Wilhelm Liebknecht — darüber gesagt? Auf dem Parteitag zu Hamburg 1897 sagte er:

„Am Anfang der Partei, als wir noch wenig Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribüne ausschließlich der fast ausschließlich zur Propagierung unserer Lehren zu benutzen, aber sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt, wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Wirtschaftsordnung doch etwas mehr ist als eine Belegenheit, schöne Reden zu halten und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu tun.“

Das sagt Liebknecht, und dann sagt er weiter:

„Aus Arbeiterkreisen sind wir aufgefordert worden, bei allen Arbeiterfesten und allen anderen Vorlesungen, die Gelegenheiten bieten, durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände und Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, Paktieren mit den gegebenen Verhältnissen, ist das Verbot.“

So fragt Liebknecht, so können wir auch heute fragen und werden Ihnen die Frage genau so gut beantworten wie Liebknecht: „Wer das verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden der Praxis verlassen und rein theoretisch wirken, der will, daß wir uns in die Eierschalen zurückziehen, aus denen wir vor Langem hinausgekröchen sind.“

Also die Hauptsache war nach Liebknecht, daß wir etwas auf dem Boden der Praxis tun und das erfordert die Arbeiterbewegung sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete. In der „Neuen Zeit“ erschien einmal ein Artikel eines Genossen, der sich die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften zur Pflicht machte. Es hieß da, daß die Hauptsache ist, daß die christlichen Gewerkschaften bekämpft werden. Darauf sprach ich mit einem Praktiker der Gewerkschaftsbewegung. Auch ich sagte ihm: die Hauptsache ist, daß die christlichen Gewerkschaften bekämpft werden. „Ach“, meinte er, „daß unsere Maurer Geld verdienen, darum handelt es sich, nicht aber um das Prinzip“. So haben vernünftigerweise auch die Gothaer gehandelt. Doch sagte, sie hätten das Domänenabkommen retten müssen, das mit dem Minister ungernehmlich verknüpft war. Das Domänenabkommen hatte aber zur Folge, daß dem Klassenstaat 20 Mill. Mark gegeben wurden. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Also eine finanzielle Verstärkung des Klassenstaates. Das Gesetz stand und fiel mit dem Minister, aber der Minister ist doch der Leiter dieses Klassenstaates, von dem es in der Resolution ganz richtig heißt, daß er ein Organ der Klassenherrschaft darstelle und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klassen bildet. Wie können nun die Genossen in Gotha einen Minister erhalten! So eine erbärmliche Abschlagszahlung von zwanzig Millionen, die nicht einmal in die Tasche der Arbeiter, sondern in die Tasche des Klassenstaates fließen sollte! (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Da war die Fällung der Tasche des Klassenstaates nun sogar wichtiger als die Vertretung der hier propagierten Ideen. Konsequenterweise hätte Vot zu der Ablehnung der Resolution des Vorstandes kommen müssen. Er zieht es aber vor, dafür zu stimmen, um dem Vortour zu entgehen, daß er den Gothaer Scharfrichter der Klassenregierung gestürzt hat. Und dann hat er dadurch auch noch das für sich, daß er jetzt als Scharfrichter und Süddeutschen gegenüber mitwirken kann. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Also sollten die Gothaer dem Schicksal auch nicht entgehen, die Gerechtigkeit erfordert, daß man vor Württemberg Gotha setzt. Verurteilen Sie die Süddeutschen, müssen die Gothaer ebenfalls hinein in die eiserne Jungfrau. (Weiterkeit bei den Süddeutschen.) Wir wollen, daß der Fraktionen innerhalb der Partei ein möglichst weiter Spielraum gegeben werde, daher wollen wir die Lübecker Resolution aufrecht erhalten. Lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, um alles Unglück zu verhüten. Es ist notwendig, daß wir im Interesse der Partei die Erregung aus den Massen herausdringen und zwar dadurch, daß der Vorstand seine Resolution zurückzieht. (Beifall bei den Süddeutschen.) Dann können wir die Resolution frohne annehmen, und dann wird dieser Parteitag im Interesse der Gesamtpartei wirklich vornehm geschlossen werden können.

Burm:

Ich habe zunächst eine Erklärung im Namen der hier anwesenden 12 Berliner Stadtverordneten abgegeben, die lautet:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten Berlins, die als Delegierte auf dem Parteitage anwesend sind, erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung niemals für das städtische Budget Berlins gestimmt, sondern die entgegengelegte Stellung zum Ausdruck gebracht hat. Es ist auch niemals in der Fraktion ein Beschluß gefaßt worden, der den Mitgliedern der Fraktion freie Hand läßt, ob sie für oder gegen das Budget stimmen wollen. Jede entgegengelegte Behauptung ist un wahr. Unterzeichnet: Singer, Basner, Wurm, Schwab, Schubert, Ritter, Zubeil, Stadt-, Hagen, Borgmann, Wengels, Spannuch und Bruns.“

Genossen! Demgegenüber wird Segih nun wohl von seiner eigentümlichen Behauptung absehen (Segih: Nein! Unruhe.) und zugeben, daß er falsch berichtet ist. Wenn Segih wiederum den Brief hervorzieht, den er in so merkwürdiger Weise von einem Berliner Kollegen in der Versammlung bekommen haben will, so kann ich ihm sagen, der Berliner Kollege wird sich vor den Arbeitern, die ihn gewählt haben, zu verantworten haben. (Singer: Das glauben Sie!) Glauben Sie, daß die Berliner Arbeiter sich solche Vertreter noch gefallen lassen? Was aus dem Sitzungsprotokoll hervorgeht, besagt gar nichts. Das steht bei der Abstimmung: Die Versammlung beschließt demgemäß, weil es eben die Mehrheit ist. Das aber Leute, die jahrelang die Ehre gehabt haben, am Berliner Zentralorgan mitzuarbeiten, behaupten können, wir Berliner Stadtverordnete hätten für den Etat gestimmt. (Singer: Nicht dagegen gestimmt!) Wenn Sie uns nicht irreführen wollen durch ein Spiel mit Worten, so wissen Sie doch, daß es nicht notwendig ist, ausdrücklich bei der Abstimmung aufzusehen, daß das unter Umständen sogar unmöglich ist, so daß wir prinzipiell erklärt haben, wir stimmen dagegen, und würden unser Verhalten danach einrichten. Am Reichstage ist es ja ebenso. (Zustimmung.) Rüge nicht Methode in dieser Kampfesweise (Zustimmung), so wäre es nicht notwendig, so ausführlich darauf einzugehen. Timm sagte, auf dem Lübecker Parteitag haben Zoos und Webel seinen Standpunkt vertreten. Nach ihm sprachen andere Redner, darunter Webel und Burm, und niemand habe es für nötig gefunden, ihm entgegenzutreten. Wie war es nun? Nach Zoos wurde Schluß beantragt, und Webel konnte nur persönliche Bemerkungen machen. Timm aber sagte: Seht da, nach Zoos sprach Webel, und der hat kein Wort erwidert. Seht, so zitiert man, wenn man anständig zitiert! — (Zuruf: Zitierten kann.) Wenn wir von diesen häßlichen Wegleiterscheinungen, diesen Meinungsverschiedenheiten absehen, und nur den Grundgedanken des Streites herausheben wollten, dann kann man in große Verlegenheit kommen, wenn man fragen wollte: Was wünschen denn eigentlich die Freunde der Süddeutschen? Der eine sagt: Die Bewilligung des Budgets ist für uns eine Lebensfrage, der andere sagt: Wir müssen Bewegungsfreiheit haben, also unter Umständen Ablehnung, und der Dritte sagt: Wozu der Darm, es ist ja nur ein ganz kleines Budget —, wozu solch Aufsehen von dieser Kaputte! (Weiterkeit.) Wie wollen wir uns hierüber unsere Meinung bilden. Nach meiner Meinung handelt es sich um eine Lebensfrage der gesamten Partei, nicht um eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips. Schon auf vielen Kongressen habe ich erlebt, daß man sich auf die Taktik zurückziehen will, wo das Prinzip unangenehm ist. Was man als Prinzip nicht betonen kann, sieht man als Taktik an. (Große Weiterkeit.) Der Antrag Thiele ist unannehmbar. Kaunist hat Ihnen ja gesagt, daß ein Unterschied zwischen Prinzip und Taktik gar nicht existiere, daß die Taktik verdrängtes Prinzip sein muß. Wie können Sie da sagen, es komme ja auch auf die unterschiedlichen Eigentümlichkeiten im Norden und Süden an. Ja, Genosse Frohme geht noch weiter, er sagt, wir wollen doch die Prinzipienfrage zurückstellen, da die Arbeiterschaft draußen einig sein muß. Wie vertreten ja nur drei Millionen Arbeiter, aber sechs oder sieben Millionen haben wir noch nicht. Sollen wir darum einig zu sein, einen Kuddelmuddel machen. Sind wir denn noch eine Partei oder sind wir Rechnungsträger und Geschäftsführer? Frohm behauptet nun, sie müßten schon deswegen zu stimmen, weil sie freie Männer seien und das Recht haben wollten, ihre Meinung frei zu vertreten, und sich keinem Zwange unterwerfen wollten. Er hat das im Reichstage

geleert. Das hat Genosse Bülow, nur mit anderen Worten, gesagt (Große Heiterkeit.) Genosse Bülow hat gesagt, bei den Sozialdemokraten heißt es: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein. Das hat Frank gefallen. Er hat geglaubt, der große Bülow sei sein Genosse, und das kann er bei uns übertragen. (Große Heiterkeit.) Wenn man eine wissenschaftliche Überzeugung als Braug ansetzt, dem man sich nicht unterwerfen will, als Demütigung, dann hört alles auf. Die Gründe der Süddeutschen können wir als Gründe nicht anerkennen. Ihre Gründe sind nicht Gründe der Überzeugung, sondern Gründe der Rechenschaftsträger. Wir leben in einer Zeit der Krise. Wenn Sie glauben, durch Schleichei irgendwie das Volk für uns zu gewinnen, dann täuschen Sie sich. Dem Nutzen gehört die Welt, die Nähe vorwärts getragen, wie bisher, und nicht glauben, daß wir durch Duden und Arien und Schmäheln etwas erreichen können. Die Gründe, die der Vorstand in seiner Resolution vorgebracht hat (Lachen v. d. Süddeutschen) ist das Neueste. (Lebhafter Beifall.) Jede Streichung daraus würde einen Pfeiler erschüttern und dann bricht die ganze Brücke zusammen. (Lebhafter Beifall.)

Mair-Heidelberg:

Ich freue mich außerordentlich, daß wir Hinterpölder endlich einmal nach Ansicht derer, die auf der äußersten Linken stehen, als Revolutionäre sind. Unsere Bauern in den vertriebenen Heinen Gemeinden lehnen den Etatvorschlag ab, weil sie sich hiermit mit dem Bürgermeister schlecht fühlen. (Heiterkeit.) Und hier empfehlen Sie Ablehnung überall da, wo man unsere Anträge nicht annimmt, oder uns schlecht behandelt. Damit werden wir in den Dörfern des Demobals zu den Massenbewegten Genossen. (Große, allgemeine Heiterkeit.) Eine Gemeindevorstandssitzung des 12. bairischen Reichstagswahlkreises, die von über 50 Bürgerausschuhmitgliedern besucht war, hat einstimmig die bairische Budgetbewilligung gut geheißen und einstimmig — auch sehr viele Norddeutsche waren darunter, die im Süden arbeiten — wurde gewünscht, daß die Entscheidung darüber, ob dem Budget zuzustimmen sei, den Fraktionen und Landesorganisationen verbleiben müsse, nicht aber denen zustehe, die fern von den Verhältnissen die Situation nicht beurteilen können. Wir streiten uns jetzt zwei Tage herum, man droht uns mit den schlimmsten Dingen. (Zuruf: Wer droht?) Die Sache ist viel einfacher: Wir denken weder an eine Zersplitterung, noch an eine Lockerung der Disziplin. Kommen Sie einmal zu uns, Sie werden finden, daß wir da den Massenkampf genau so scharf führen wie Sie, vielleicht noch schärfer können wir ihn führen, weil wir mehr Ellenbogenfreiheit haben. (Lachen.) Wir müssen dem Budget die Zustimmung erteilen, weil die Masse der Partei dies sonst nicht verstehen würde? Nun, die Mehrheit der organisierten Genossen würde es auch bei uns verstehen, wenn wir ihnen auseinandersetzen, warum wir das Budget ablehnen, nicht aber die Masse, die wir erst gewinnen wollen, und auf die müssen wir Rücksicht nehmen. (Lächler.) Lachen Sie, so viel Sie wollen. Aber kommen Sie einmal zu uns, um zu agitieren. (Zuruf: Ist das grundsätzliche Agitation?) Wir können bei aller Grundsätzlichkeit nicht verlangen, daß ein Schwarzwälder oder Odenwälder Bauer — nicht ein Großbauer, sondern ein armer Teufel, genau so arm wie wir — uns versteht, wenn wir ihm mit den extremsten Dingen kommen. Wir müssen auf die Masse Rücksicht nehmen, die wir gewinnen wollen. Wir haben in Baden das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Aber trotzdem ist unsere Fraktion noch klein, weil die große Masse der Kleinbürgerlichen Bevölkerung uns noch fernsteht. Diese Leute können wir nicht durch die Theorie von Kautsky gewinnen, denn wenn wir auf den Moment warten wollten, bis die Kleinbauern von den Großgrundbesitzern aufgefressen sind, dann können noch zehn Generationen hinwegsterben. Zwingen Sie uns nicht etwas auf, wodurch unsere Agitation nur erschwert wird. Die Partei wird nach wie vor bestehen, aber wenn der Vorstand und die Kontrollkommission ihre Resolution zurückziehen, werden wir Ihnen zeigen, daß wir auch nach Nürnberg noch richtige Parteigenossen sind. Aber legen Sie uns keine eisernen Fesseln an. Es ist durchaus richtig, daß man mit Hinausschmeißen gedroht hat. Eichhorn hat, wie ich authentisch festgestellt habe, gesprochen wie folgt: es wird keine Ruhe geben, als bis die Personen, die in Süddeutschland in Frage kommen, weg sind. (Hört! hört!) Kommt es aber zur Spaltung, dann werden diese Leute in einem Jahre abgewirtschaftet haben. (Erneutes Hört! hört!) Wir protestieren dagegen, daß man uns hinauswerfen will. Aber wenn Sie unsere Abgeordneten hinauswerfen, werden Sie unsere Wadenseite hinaus. (Unruhe.) Wir stehen bei unseren Abgeordneten und wir gehen mit unseren Abgeordneten. Im nächsten Jahre haben wir in Baden Landtagswahlen. Niemand hat unserer Wahlbewegung einen größeren Anknüpf zwischen die Beine geworfen, als die Leipziger Volkszeitung (Unruhe) und der „Vorwärts“ (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen; Lärm auf der anderen Seite). Wir kommen jetzt nach Hause. Wir sollen den Kampf führen gegen die ganzen bürgerlichen Parteien, gegen die Regierung, gegen die Reaktion, und wir sind nicht behandelt worden wie Schulbuben, die nicht wissen, was sie tun. (Beifall und große Unruhe.) Nehmen Sie die Resolution ab, wenn die Parteileitung nicht selbst so viel Verantwortlichkeitsgefühl hat und sie zurückzieht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Schmidt-Gmünd:

Wenn heute Segig gesagt hat, kommt es zum Bruch, dann stehen 95 Proz. der organisierten Arbeiter hinter uns, so behauptet ich, das ist für Württemberg nicht wahr. Keine 10 Proz. stehen hinter unseren Abgeordneten. (Lebhafter Beifall und großes Gelächter.)

Die Diskussion wird auf morgen vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen:

Singer:

Ich muß auch heute eine persönliche Bemerkung machen und bedaure das umso mehr, als ich eigentlich zu der Meinung berechtigt zu sein glaube, daß man nicht mit solchen Waffen kämpfen sollte, wie die sind, gegen deren Anwendung ich jetzt die persönliche Bemerkung machen muß. Segig hat behauptet, ich hätte gestern die Beipredigt abgebrochen in dem Augenblick, wo er seine Vorschläge zur Verständigung gemacht hat. Ich erkläre diese Behauptung in allen ihren Teilen für unwahr. (Hört! hört!) Der Verlauf der Sache war folgender: Segig war der letzte Redner. Er meinte, eine Verständigung sei zu finden, wenn die und die von ihm vorgeschlagenen Änderungen an der Vorstandsvorstellung gemacht würden. Darauf habe ich ausdrücklich gefragt, ob jemand das Wort zu der Sache nehme. (Sehr richtig!) Es nahm niemand das Wort. Und darauf habe ich gefragt: dann sind wir mit unseren Verhandlungen zu Ende, und als meine persönliche Meinung habe ich ausgesprochen, daß ich nicht glaube, daß in dieser Weise die Resolution abgeändert werden könne. Nun frage ich Euch alle, Parteigenossen, ist es eine Art und Weise, jemand so zu behandeln, wie es Segig mit seinen Ausführungen gemacht hat. (Lebhafter Entrüstung und Heiterkeit.) Und ich muß sagen, wenn es irgend etwas gibt, was einem die Arbeit in der Partei erleiden könnte, dann ist es die Art, die Verdrehung der Worte des anderen, Mitteilungen aus vertraulichen Verhandlungen und Benutzung von Treppengesprächen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe ferner — namens des Parteivorstandes — eine Erklärung abgegeben: Der Genosse Segig hat behauptet, er habe von einer Verständigung zwischen Bebel und Ebert erfahren, augenscheinlich ein Treppengespräch. In dieser Beipredigt seien Bebel von Ebert die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, daß er in seiner Einleitungsrede so schwach gesprochen habe (Bebel ruf: Kein Wort wahr!) und daß dies die Sache verderbe. Segig hat zugefikt: Das Ergebnis dieser Beipredigt sei gewesen, daß Bebel von dem Schlussreferat zurückgetreten sei und der Scharfmacher Ebert an seine Stelle komme. Ich habe als

Vorsitzender des Parteivorstandes daraufhin die Erklärung abgegeben, daß bereits gestern Abend auf den ausdrücklichen Wunsch Bebel's der Vorstand — in Rücksicht auf den augenblicklichen Gesundheitszustand Bebel's — beschlossen hat, das Schlusswort Ebert zu übertragen. Parteigenossen! Ich frage Euch, ist das die Manier, angeblich berechnete Beschwerden vorzubringen? (Pfui! Pfui!) Oder ist das nicht die Manier hinterlistiger Kämpfer? (Stürmische Zustimmung.)

Eichhorn:

Segig hat gesagt, ich hätte erklärt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige Fliegen zu lassen. Wenn ihm eine solche Äußerung von mir hinterbracht worden ist, so ist das eine infame Lüge. (Hört! hört!) Ich habe kein Wort davon gesagt. Ich habe mich lediglich gestern beim Mittagessen mit Rippler aus Altenburg über die Budgetfrage unterhalten. Ein Genosse von Hannover kam hinzu und wir haben über die Resolution Frohne und über die ganze Situation gesprochen, und welche außerordentliche Sorge wir hätten, daß es zu einer Spaltung kommen könnte. Ich habe da gesagt, wenn die Süddeutschen es wirklich zu einer Spaltung kommen lassen wollten, dann dürfte diese Spaltung dazu führen, daß erst recht Unruhe in Süddeutschland hineingetragen wird, und daß die treibenden Kräfte der Spaltung innerhalb eines Jahres abgewirtschaftet hätten. (Hört! hört!) Es ist falsch, wenn behauptet wird, ich hätte gesagt, es müssen erst ein paar aus Süddeutschland entfernt sein, ehe Ruhe eintritt.

Eisner - Nürnberg:

Bei den mühseligen Versuchen, wissenschaftlich festzustellen, ob die große revolutionäre Umgebung der Budgetverweigerung in Berlin gesehen oder unterlassen ist, ist auch meine Person in die Debatte gezogen. Warum hat mir indirekt vorgeworfen, daß ich entweder die bayerischen Parteigenossen falsch informiert, oder eine pflichtgemäße, richtige Information unterlassen hätte. Ich will deshalb feststellen, was ich über diese Sache weiß, und wovon ich noch heute überzeugt bin, trotz aller Unterstellungen. Ich habe es während meiner Berliner Anwesenheit nie anders gehört, als daß die Berliner Genossen für den sächsischen Etat gestimmt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Berlinern.) Es war zur Zeit der Beratungen, wo ich häufig mit Singer in etwas spöttischer Weise darüber stritt. Ich war damals Gegner der Budgetbewilligung. Ich pflegte zu Singer zu sagen: Aber warum stimmen denn gerade diese ganz besonders radikalen Berliner nicht gegen das Budget? Da hat Singer mich auf eine Laune aufmerksam gemacht: die verehrten Genossen, die diese Zettel unterschrieben haben, wissen gar nicht, was sie tun. (Unruhe bei den Berlinern.) Sie haben ja gar nicht das Recht der Budgetverweigerung in Berlin. (Zuruf von den Berlinern: Dazu haben wir auf Sie gewartet!) Singer pflegte auf meine spöttischen Bemerkungen zu antworten: Wenn wir gegen das Budget stimmen würden, dann würde uns die Regierung einen Etat auflotzieren. Wenn die Budgetverweigerung nicht ein wahrer Blödsinn ist, dann haben Sie nicht das Recht der Budgetverweigerung und wenn Sie nicht blödsinnig handeln wollen, dann können Sie nicht gegen das Budget stimmen. (Lachen.) Ich bin höchst erstaunt, daß heute plötzlich dies alles nicht mehr wahr sein soll.

Ebert:

Wie ich zu dem Schlusswort gekommen bin, hat Singer bereits festgestellt. Nun zu der Beipredigt von heute morgen. Ebe Bebel hier diesen Saal verließ, ließ er mich um eine Unterredung bitten. Diese fand oben im Postzimmer statt, das dem öffentlichen Verkehr offen steht und in dem sich meines Wissens zur Zeit unserer Unterhaltung — außer den beiden Beamten — nur der Genosse Thiele aus Halle befunden hat. (Bebel: Sehr richtig!) Bebel ersucht mich in dieser Unterredung, in meinem Schlusswort in seinem Namen eine Erklärung abzugeben. Wir haben uns weiter unterhalten über die Richtlinien des Schlusswortes und dann weiter über die Situation auf dem Parteitag. Es ist aber erstunken und erlogen, daß ich mir angewandt haben soll, auch nur mit einem Wort dem Genossen Bebel über seine Stellung in dieser Streitfrage Vorhaltungen zu machen. (Bebel: Sehr richtig!) Dazu lag auch nicht der geringste Anlaß vor. (Sehr richtig!) Weil Bebel und ich seit Anfang dieser Streitfrage bis zur Minute völlig einer Meinung waren. Es lag kein Anlaß vor, weil der gesamte Vorstand von dem Augenblick, wo die Streitfrage eingetreten ist, bis zur jetzigen Minute völlig einer Meinung gewesen ist. Es lag kein Anlaß vor, dem Genossen Bebel Vorhaltungen zu machen über seine Einleitungsrede, weil diese ganz in unserem Sinne gehalten war. Wir haben ihm alle einmütig unsere Freundschaft, unsere Anerkennung ausgesprochen. (Hört! hört! und Beifall.) Nicht ein Mann ist in der Parteileitung, der sich gegen die Ausführungen, gegen die Art der Ausführungen, überhaupt gegen die Rede Bebel's in irgend einer Weise abfällig geäußert hätte. (Hört! hört!) Parteigenossen, nun frage ich, wie ist es möglich, hier im Parteitagssaal, hier im Kreise der Genossen sich perfider, gemeiner Verschimpfung, Verdächtigung und Verleumdung ausgesetzt zu sein? (Stürmische Zustimmung!) Die im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Genossen in Berlin sind der Gefahr ausgesetzt, von Achtgroßenjüngern beschuldigt zu werden. Hier im Parteitagssaal, wo wir Genossen, Kameraden unter uns sind — in Stunden schwerer Kämpfe — da sollten doch unsere Gegenläufer nicht so weit gehen, daß man in so perfider Weise Genossen, die vielleicht einem unangenehm sind, zu verleumden und zu verdächtigen sucht. Ich weise deshalb die Ausführungen von Segig mit aller Entschiedenheit zurück als unwahr, als völlig aus den Fingern geflogen. (Große Unruhe, stürmischer Beifall.)

Bebel:

Ich kann der Erklärung Ebert's in allen Teilen zustimmen. Was er gesprochen hat, ist die reinste Wahrheit. Sie alle wissen, daß ich seit Jahr und Tag krank bin, daß ich auf Wunsch meines Arztes lange Kuren gemacht habe. Ich bin gegen den Willen der Ärzte hierher gekommen, die samt und sonders erklärten, sie übernehmen keine Verantwortung, wenn ich nach Nürnberg gehe. Ich habe es trotzdem gewagt. Aber als ich gestern meine Rede beendet hatte, mußte ich mir selbst sagen, ein zweites Mal kannst du das nicht riskieren. Deshalb habe ich meinen Vorstandsvollgenossen erklärt, ich kann das Schlusswort nicht übernehmen, wir müssen einen anderen dazu bestimmen. Und selbst habe Ebert vorgeschlagen. (Hört! hört!) Ich verwahre Ebert ganz entschieden dagegen, daß man ihn als Scharfmacher bezeichne. Ich bin höchst erstaunt, wie man ihm diesem Epitheton beilegen kann. Nach meiner Meinung ist er ein so ruhiger und objektiver denkender Mann, wie wir ihn nur wünschen können. Als dann gestern Abend in der Sitzung, der ich nicht beizuwohnte, der Vorstand beschlossen hatte, Ebert das Schlusswort zu übertragen, habe ich heute mittag mit ihm über einige Punkte sprechen wollen, und hatte den Wunsch, daß er gewisse Dinge, die mich persönlich berühren, in einer mir genehm erscheinenden Weise vorbringe. Und das hat er zugezagt. Dann haben wir uns darüber unterhalten und ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission noch einmal zusammentreten möchten. Auch dazu hat er seine Zustimmung gegeben. Während der ganzen Unterhaltung — wir wußten, daß wir Zuhörer hätten — ist nicht ein Wort des Vorwurfs gegen mich erhoben worden und ich war höchst erstaunt, zu hören, daß Segig erklärt hat, Ebert hätte mir derartige Vorwürfe gemacht. Segig ist zweifellos das Opfer einer Konfession geworden. Ich behaupte, daß außer Thiele kein Genosse während der Zeit im Zimmer war. Es kann also nur Thiele — ich spreche das offen aus — derjenige sein. (Lebhafter Zuruf von den Süddeutschen: Nein, nein. Thiele ruf: Das ist unmöglich!) Ich erkläre also rund heraus, daß von dem, was

hier ausgeführt ist, kein Wort wahr ist. Ich bedaure, daß die Dinge bereits so weit gekommen sind, daß man nicht mehr an einem Tisch ein paar Worte mit einem Freunde und Gesinnungsgenossen sprechen kann, ohne daß sie entstellt weiter getragten werden. (Unruhe und lebhafter Beifall.)

Rippler-Altenburg:

Ich bitte Segig, zu bestätigen, daß er sich bei seiner Äußerung vom Fliegen nicht auf Unterlagen stütze, die er von mir erfahren haben konnte. Die Darstellung von Eichhorn ist richtig. Ich möchte nicht in den Bericht eines Zwischenträgers kommen.

Segig:

Ich werde es Bebel nicht, wenn er sich entrüstet über die Darlegung des Gesprächs, das zwischen ihm und Ebert stattgefunden hat, wenn sie den Tatsachen, wie ohne weiteres anzunehmen ist, nicht entspricht. Ebert aber hätte gar keine Verantwortung gehabt, sich zu entrüsten. (Unruhe.) Er weiß den Gewährsmann schon seit heute Nachmittag. Als Thiele mich ersucht hat, ihm zu bestätigen, daß ich von ihm die Mitteilung nicht habe, habe ich Ebert sofort sagen lassen, daß es der Genosse Rimmerfall ist, der mich in dieser Weise informiert hat. Ich freue mich, wenn die Dinge so sind, daß der Beschdes des Referats auf keine andere Ursache zurückzuführen ist, als auf den Gesundheitszustand Bebel's. Wenn ich Ebert als Scharfmacher bezeichne, so habe ich die Verhandlungen von gestern Nachmittag im Auge gehabt, wo Ebert gerade der war, der die schärfste Stellung gegen uns genommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Was dann die Erklärung Singers betrifft, so steht die Tatsache unerbüchlich fest, daß in dem Moment, wo ich den Vorschlag zu einer Verständigung machte, Singer die Verhandlungen abgebrochen hat. (Singer: Weil sich niemand gemeldet hat.) Ob er vorher gefragt hat, ob jemand das Wort wünsche, weiß ich nicht. (Lachen und Zurufe: Darauf kommt es doch an!) Singer hat ausdrücklich gesagt, daß er jetzt der Konfession genug hat. Das sieht wirklich nicht so aus, als ob er die Verhandlungen fortsetzen wollte. Was dann weiter den Fall Eichhorn betrifft, der mir der untergeordnetste zu sein scheint, so hat ja Eichhorn zugegeben, daß ein derartiges Gespräch zwischen den genannten Genossen stattgefunden hat. (Lebhafter Widerspruch.) Und in der Hauptsache läuft es also darauf hinaus, was uns mitgeteilt worden ist. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe.) Aber das will ich bestätigen, daß wir die Mitteilung nicht direkt von einem Redakteur eines Mannheimer Blattes haben. (Zuruf: Von wem denn?) Die ganze Situation berechtigt uns zu dem Vertrauen, das ich heute aussprach. (Große Unruhe, erregte Zwischenrufe.)

Wurm:

Eisner hat behauptet, daß unsere Erklärung unrichtig sei und daß wir nicht wußten, was wir unterschrieben haben. Ich habe unterschrieben, daß die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Berlinern.) Was hat Eisner erwidert? Er hat uns erklärt, wir dürften nicht gegen das Budget stimmen. Also die Möglichkeit eines Zwangssetzels bedeutet für ihn die Zustimmung zum Budget. Ja, Genosse Eisner, das sind Tatsachen, die sich nicht ändern lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben auch sonst Zwangssetzeltisierung in Berlin zu erwarten, nämlich sobald wir einen Zuschlag zur Einkommensteuer über 100 Proz. erheben. Aber trotzdem erklären wir uns jedesmal dafür, weil wir auf einen Zwangssetzelpfeifen. Ich erkläre, daß ich die Behauptung aufrecht erhalte, wir haben niemals für das Budget gestimmt, und keine Kavalitärei kann diese Tatsache bestreiten. (Beifall.)

Thiele-Halle:

Angesichts des Parteitages fordere ich nunmehr die Genossen Segig und Rimmerfall — ich habe den Namen heute zum ersten Male gehört, ich kenne den Genossen nicht — auf, volle Licht in die Angelegenheit zu bringen. Wenn schon Ebert meinen Namen in dem Sinne hat erwidern wollen, daß er mich in der Verhinderung einer Indiskretion bringt, so war Bebel im Begriff, das klar auszusprechen, wenn er nicht durch Zwischenrufe unterbrochen worden wäre. Nun will ich eines sagen: Man kann mir Vieles nachreden, zu Recht oder Unrecht, aber daß ich ein Schwärzer bin, hat noch niemand sagen können. Thiele legt dar, wie er völlig unbeteiligt in die Sache verwickelt worden sei, indem er um zu telephonieren zufällig im Postzimmer war, wohin auch Bebel und Ebert kamen, ohne aber auf ihre Unterhaltung zu achten oder von ihr etwas zu hören. Er habe sofort, als ihm Ebert gesagt habe, Segig könne die Sache nur von ihm haben, sich von diesem bestätigen lassen, daß er ganz unbeteiligt war, sondern daß es Rimmerfall gewesen sei, und habe das auch sofort Bebel mitgeteilt. Er verheißt nicht, wie Ebert nun dazu kommt, seinen Namen zu nennen. Es gibt doch keinen schimpflicheren Verdacht, als den der Indiskretion. Es ist das eine Leichtfertigkeit, die ich von einem Mitgliede des Parteitages nicht erwartet hätte.

Rimmerfall - München:

Kleine Ursachen, große Folgen. Ich wollte in das Postzimmer gehen, um mir Briefmarken zu kaufen, und da stand Ebert und Bebel auf der Mitte der Treppe. Ebert sagte: die Geschichte ist deshalb verantwortlicher geworden, weil Sie nicht mit genügender Schärfe die Resolution des Parteivorstandes vertreten haben. (Bebel: Kein Wort wahr!) Als Ragner lasse ich mich nicht hinstellen. (Bebel: Das sind Sie!) Sie haben dann gesagt, ich habe diese Resolution schon scharf genug vertreten. (Bebel: Das ist nicht wahr!) Genosse Bebel, das haben Sie zu Ebert gesagt! (Zuruf: Horcher!) Das ist doch kein Horchen, wenn man vorbeigeht und etwas hört. Das habe ich meinen Freunden erzählt und dann wurde die Sache hinausgetragen. Diese Äußerungen sind gefallen, davon gehe ich nicht ab, Sie können machen, was Sie wollen. (Lärm.)

Bebel:

Zunächst konstatiere ich, daß ich den Verhandlungen heute mittag, die die hier in Rede stehenden Äußerungen brachten, nicht beigewohnt habe. Ich bin erst heute Abend durch die Erörterung hier im Saal darauf aufmerksam gemacht worden. Ich konstatiere also weiter, daß — wenn anfangs vom Postzimmer die Rede war — so hatte ich es verstanden — außer mir und Ebert — so viel ich weiß — von den Genossen niemand als Thiele anwesend war. Nun versteht es sich von selbst nach der Erklärung, die Thiele abgegeben hat — ganz abgesehen davon, daß der Attentäter sich gemeldet hat, daß es Thiele nicht gewesen sein kann, und ich erkläre ganz ausdrücklich, daß ich alles, was ich gegen ihn gesagt habe, hiermit zurücknehme. (Bravo!) Nun ist es der Genosse Rimmerfall gewesen — ich habe den Genossen bisher nicht gekannt, er sagt also, wir hätten ein Treppengespräch gehabt. Wie sind wir nicht, als wir zum Postzimmer hinaufgingen, die Treppe hinaufgegangen. (Heiterkeit.) Genosse Ebert sagte mir, Genosse Singer hätte den Wunsch, daß eine Äußerung des Genossen Hilberts von gestern, der einen Gegensatz zwischen mir und Singer zu konstruieren versuchte, dahin richtiggestellt werde, daß ein solcher Gegensatz nicht besteht. Darauf habe ich gesagt, ich begreife den Paul gar nicht, ich habe doch in meiner Rede ganz klar den Standpunkt der Resolution vertreten. (Hört! hört!) Da ist doch kein Widerspruch konstruiert worden. Nun hat Herr Rimmerfall einige Worte ausgeknappt und offenbar daraus in seinem Hirn eine große Geschichte gemacht, als wenn wir uns in der heftigsten Weise bekämpft hätten. Wenn Sie das dann in einer Weise weiter sagen, daß Segig auf die Wahrheit dieser Aussage glauben mußte, und im Vertrauen auf Ihre Aussage mich zu einem Raiben gemacht haben, so haben Sie in der elendesten Weise sich betrogen. (Lebhafter Zustimmung. Rufe: Segig auch!) Sie haben nicht gelogen, indem sie bewußt die Unwahrheit sagten, aber Sie haben eine Anzahl ausgeknappter Worte zu einer Geschichte zusammengereimt, und anderen gegenüber als reine Wahrheit hingestellt. (Erneute lebhafter Zustimmung und Ruf: Auch Segig!) (Schluß im Hauptblatt.)

Eine Kritik des Berliner Gewerbegerichts.

Am Mittwoch tagte im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Versammlung, zu der die Vorstände der Gewerkschaftsverbände sowie die Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Berlin und den Vororten eingeladen waren.

Wahl zum Gewerbegericht

Laute der erste Punkt der Tagesordnung. — Der Referent, Genosse K r e s t e n, verwies darauf, daß die Gewerbegerichtswahlen in Berlin Ende Oktober stattfinden und zum erstenmal nach dem System der Verhältniswahl stattfinden. Der Redner erläuterte dies System und ersuchte die Interessenten, eine rege Wahlbeteiligung zu entfalten. Unter dem bisherigen Wahlsystem hatten die freien Gewerkschaften die unbeschränkte Mehrheit. Deshalb war auch die Beteiligung an den Wahlen im Verhältnis zur Stärke der Gewerkschaften eine sehr geringe. Sie ist seit den ersten Wahlen im Jahre 1892 zurückgegangen. Eine allgemeine Laubsteine hat sich bemerkbar gemacht, hervorgerufen durch das Bewußtsein, daß auch ohne jede Kraftentfaltung die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt werden. Unter dem System der Verhältniswahl liegen die Dinge anders. Hier ist selbst kleinen Minderheiten von Wählern die Möglichkeit gegeben, eine entsprechende Zahl ihrer Kandidaten durchzubringen. Wenn nun die Mitglieder der freien Gewerkschaften sich nicht in erheblicher stärkerer Zahl wie bisher an der Wahl beteiligen, dann kann der Fall eintreten, daß sie eine geringere Zahl von Beisitzern durchbringen, als sie der Stärke der Gewerkschaften entsprechend haben müßten, während die kleinen Organisationen: Kirch-Dumderfsche, Gelbe, Christliche usw., mehr Beisitzer erhalten würden, als ihnen ihrer Zahl nach zukommt. Es ist also notwendig, daß die Gewerkschaften eine lebhaftere Agitation unter ihren Mitgliedern entfalten, damit eine starke Wahlbeteiligung erzielt wird, denn nur so ist es möglich, den Gewerkschaften die ihnen zukommende Zahl von Mandaten zuzuwenden. Der Ausschluß schlägt vor, daß eine Kontrollmarke eingeführt werde, welche diejenigen erhalten, welche ihr Wahlrecht ausgeübt haben.

Nach einer kurzen Besprechung dieser Angelegenheit folgte der zweite Punkt der Tagesordnung.

Ueberricht über die Verhandlungen des Verbandstages deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

Der erste sprach zu demselben Punkt. Im Anschluß daran brachte er verschiedene Einzelheiten aus der Rechtssprechung des Berliner Gewerbegerichts zur Sprache. In dieser Hinsicht machte der Redner etwa folgende Ausführungen:

Das Berliner Gewerbegericht ist nicht mehr das, was es früher war. Einst war die gesamte Tätigkeit des Gewerbegerichts von sozialem Geist durchweht. Jetzt aber ist an dessen Stelle mehr und mehr der Geist der Scharfmacher getreten. Das zeigt sich besonders in der Rechtssprechung einiger Kammern, wo es häufig Paris geworden ist, den Wesen eine Auslegung zu geben, die den Unternehmern günstig, den Arbeitern aber ungünstig ist. Es mag sein, daß zum Teil die wirtschaftlichen Verhältnisse an dieser Wandlung schuld sind. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß sich am Berliner Gewerbegericht der Einfluß eines hervorragenden Vertreters der Unternehmerinteressen und Protectors der Gelben bemerkbar macht. Es ist Dr. Fellingner, ein höherer Beamter der Siemens-Schubert-Werke, der als Arbeitgebervertreter im Ausschuß des Gewerbegerichts sitzt und hier seine antisozialen Tendenzen zur Geltung zu bringen sucht. — Derartige Tendenzen machen sich neuerdings auch in der Tätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt bemerkbar. Wenn Tarifverträge ihren Zweck erfüllen sollen, dann dürfen sie nur von solchen Organisationen abgeschlossen werden, welche die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben. Das ist die notwendige Voraussetzung für die Durchführung der Verträge. Aber noch ein anderer Grund spricht dafür, daß nur mit der Mehrheit Verträge abgeschlossen werden dürfen. In der Rechtssprechung des Gewerbegerichts, namentlich so weit das Vaugewerbe in Frage kommt, ist es herrschende Praxis geworden, die Bestimmungen der Tarifverträge als Gewohnheitsrecht für den ganzen Beruf anzusehen. Wenn also im Vaugewerbe ein Tarifvertrag besteht, der die Minderung im Arbeitsverhältnis ausschließt, so wird jede Klage, welche sich auf Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung stützt, ohne weiteres abgewiesen, selbst wenn der Kläger einer Berufsgruppe angehört, die keinen Tarif abgeschlossen hat. Das Gericht stellt sich eben auf den Standpunkt, daß der Ausschluß der Minderung im Vaugewerbe Gewohnheitsrecht sei. Mit Rücksicht auf diese Rechtssprechung haben wir darauf zu

halten, daß Tarifverträge nicht von Minderheiten der in Frage kommenden Arbeiter abgeschlossen werden. Gegen diese selbstverständliche Forderung hat nun das Einigungsamt beim Abschluß des Hohllegertarifs gefehlt. Noch wenige Tage vor dem Abschluß des Tarifs machten die Vertreter der Hohlleger vom Deutschen Metallarbeiterverband in einer Unterredung mit Herrn v. Schulz, dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, diesen Standpunkt geltend. Herr v. Schulz erkannte diesen Standpunkt als berechtigt an und sagte, er wäre auch nicht geneigt, mit einer Organisation, die nur die Minderheit der Arbeiter vertritt, einen Vertrag abzuschließen. Zwei Tage vor Abschluß des Vertrages mit Biesenthal, Lebins usw. fragte ich — sagte der Redner — beim Gewerbegericht an, ob die Mitteilung der Presse wahr sei, daß ein solcher Vertrag abgeschlossen sei. Ich bekam die Antwort, es sei nicht der Fall. Zwei Tage darauf war der Vertrag aber doch abgeschlossen. In diesem Falle — sagte der Redner — hat Herr v. Schulz nicht unparteiisch gehandelt; den Vorwurf müssen wir ihm machen.

In seinen weiteren Ausführungen kritisierte Kräfte die Tätigkeit des Vorsitzenden der dritten Kammer des Gewerbegerichts, Dr. Prerauer. Bei dieser Kammer sind die Klagen aus dem Vaugewerbe zu entscheiden. Ein Kläger reichte einen nicht von ihm selbst verfaßten Schriftsatz ein. Dr. Prerauer verlangte zu wissen, wer den Schriftsatz angefertigt habe. Der Kläger verweigerte die Auskunft auf diese Frage. Dann sagte Dr. Prerauer, er werde mit Hilfe der Polizei herausbekommen, wer den Schriftsatz verfaßt habe. Tatsächlich hat auch die Polizei von dem Kläger zu erfahren versucht, wer ihm den Schriftsatz verfaßt hat. Der Kläger hat aber auch der Polizei keine Auskunft erteilt, da diese zu Nachforschungen nach dem Verfasser des Schriftsatzes ebensowenig berechtigt ist wie Dr. Prerauer. Als diese Angelegenheit Herrn v. Schulz vorgetragen wurde, weil es sich um ein Vorgehen gegen die Arbeitervertreter handelte, sagte Dr. Prerauer, er habe nur deshalb nach dem Verfasser des Schriftsatzes geforscht, um gegen die Binkelschreiber vorgehen zu können. Dazu bemerkte Kräfte: Wenn Dr. Prerauer die Binkelschreiber ausschalten wollte, dann könne er das am besten erreichen, wenn er die Arbeitervertreter als Vertreter vor Gericht zulasse. Das tue er aber nicht. — Während die dritte Kammer früher unter dem Vorsitz des Herrn Cuno dem Treiben der Vaugewerksamkeit mit Erfolg entgegentrat, hat sich unter dem Vorsitz von Dr. Prerauer eine andere Praxis eingebürgert. So hat Dr. Prerauer entdeckt, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Gesellschaftsvertrag auf die Affordolomenverträge anzuwenden seien. Hiernach müßten alle Teilnehmer der Kolonne gemeinsam Klagen, wenn ein Anspruch aus dem Vertrage erhoben werden soll. Da nun in Fällen, wo es von vornherein auf Schwindel angelegt ist, der Schieber der Kolonne mit dem schwindelhaften Unternehmer unter einer Dede zu stehen pflegt, so gibt der Schieber natürlich niemals freiwillig seine Zustimmung zur Klage und muß erst durch eine besondere Klage beim Zivilgericht dazu angehalten werden, was den Arbeitern in vielen Fällen nicht durchzuführen möglich ist. — Man sieht daran, daß das Gewerbegericht gesunken ist. — Weiter sagte der Redner, neuerdings sind die Schreiber, welche die Klagen beim Gewerbegericht aufzunehmen haben, angewiesen worden, gewisse Klagen überhaupt nicht aufzunehmen. Früher stand Herr v. Schulz auf dem Standpunkt, der Schreiber habe nicht darüber zu entscheiden, ob eine Klage berechtigt sei oder nicht. Diese Entscheidung siehe lediglich dem Gericht zu. Der Schreiber habe jede Klage entgegenzunehmen. — Diesen Standpunkt hat man beim Gewerbegericht jetzt verlassen. Jetzt also soll der Schreiber bereits entscheiden, ob eine Klage berechtigt ist oder nicht.

Der Redner schloß mit der Bemerkung, er habe diese Mißstände angesichts der bevorstehenden Wahl vorgetragen. Es gelte bei der Aufstellung der Beisitzer solche Personen auszusuchen, welche Energie und Verständnis genug besitzen, um die Rechte der Arbeiter zur Geltung zu bringen und einer antisozialen Rechtspraxis entgegenzutreten.

Den Ausführungen Kräfte folgte eine rege Diskussion, die in jeder Hinsicht das Bestätigte und an Beispielen illustrierte, was der Referent hinsichtlich des Mißschritts in der Praxis des Gewerbegerichts gesagt hatte. Unter anderem wies Cohen vom Metallarbeiterverband auf die Tätigkeit des Dr. Fellingner hin, welcher der eigentliche Leiter der gelben Organisationen sei. Keine Nummer des gelben Preßorgans „Der Bund“ gehe in Druck, ehe sie nicht die Zensur des Dr. Fellingner passiert habe. Hiernach sei klar, in welcher Weise dieser Herr am Gewerbegericht wirken werde. Zu dem Abschluß des Hohllegertarifs sagte Cohen, 14 Tage vor dem Abschluß habe Herr v. Schulz gesagt, es sei abgeschlossen, daß er die Hand zum Zustandekommen eines Tarifs biete, an dem nur die eine Seite der Arbeiter beteiligt sei. — Nachdem nun doch dieser einseitige Tarif abgeschlossen wurde, liege die Gefahr vor, daß das Gewerbegericht in anderen Fällen ebenso handeln werde. Durch solche Verträge würde das Gegenteil von dem erreicht, was durch Tarifverträge erreicht werden sollte.

Theater.

Deutsches Theater. „König Lear“ von Shakespeare. Hinfür nur durch zwei etwas längere Pausen unterbrochene Stunden dauerte die Vorstellung und dennoch hatte man in den letzten Akten noch so viel streichen müssen, daß in dem blutigen Strafgericht des Schlußes manches unverständlich blieb. Wenn das Wert aber selbst so sich nicht ohne Abzwingen bewältigen ließ, so war umso weniger einzusehen, warum man nicht im Streichen mehr getan. Der lose Organismus des Dramas, daß in seiner außerordentlich weit verzweigten Handlung zugleich viel chronologische Elemente mit sich führt, erlaubt das ohne weiteres, und die Wirkung wäre durch eine straffere Zusammenfassung sicher gesteigert worden. Was die szenischen Bilder anlangt, so beschäftigte die Aufführung, für die Professor Gjeschla die Dekorationsentwürfe geliefert hatte, den alten Hof der Reinhardt-Wädhne. Die früher gegen das Anstattungsweisen im klassischen Drama oft geäußerten Bedenken, daß der Zuschauer dadurch vom Inhalt auf äußerliches abgelenkt werde, verlieren dieser mit höchstem Beifall den dichterischen Intentionen sich anschmiegenden Stilart der Inszenierung gegenüber, die aus den Szenen Dundesgenossen für die phantasiemäßige Erfassung des Gehaltes macht, ihre Bedeutung. Der malerische Eindruck der farbig bewegten Gruppen wurde durch eine monumentale Einfachheit der Schloßtürme noch gehoben. Prachtvoll war das Gewitter, der einjam vom Sturm hin und her geweilte Weidenbaum, das bestglänzende Kornfeld, aus welchem die Gestalt des irren phantastisch bekränzten Lear sich löst, die ritterliche Heerschar mit ihrem Fahnenstapel im letzten Bilde.

Indessen lag es am Spiel, oder auch an inneren, in der Struktur des Stückes selbst begründeten Schwierigkeiten, ein lebendiger Kontakt der Bühne und des Publikums kam, schien mir, nicht zu stande. Der Applaus, der sich am Ende zu einer Ovation für Reinhardt steigerte, konnte darüber nicht täuschen. Schildf r a u t als Lear hatte ausgezeichnete Momente, so gleich in der ersten Szene, in welcher der durch Schmeichelei verführte Orelis die würdige Zurückhaltung Cordelias als schändlichen Indank brandmarkt und sie verflucht. Im Ausbruch des Jahornes, der Herrschucht, die beim geringsten Widerstande in Raserei gerät, lag ganz elementare Kraft. Sehr fein gezeichnet war vieles in dem Zusammenstoß mit Goneril und Regan, den heuchlerischen Töchtern, wiewohl die Illusion durch einige am Anfang ganz zurückgedrängte Massenanklänge etwas gestört wurde. Aber die Steigerung der Figur zu einem erschütternden Symbol des Weltenelends in den Wahnsinnszenen des dritten Aktes kam, für mein Empfinden, nicht heraus. Es fehlte der große packende Schauer. Der tief sinnige Shakespearesche

Wenn nur mit einem Teil der Arbeiter ein Vertrag abgeschlossen werde, ohne den anderen Teil davon zu benachteiligen, dann werde nicht Ruhe im Gewerbe, nicht die Sicherheit ungestörter Produktion geschaffen, sondern die Arbeiter würden gespalten. Für den einen Teil, der keinen Tarif hat, bestehe die Möglichkeit einer Lohnbewegung, der andere Teil aber sei durch Vertrag gebunden, an der Lohnbewegung teilzunehmen. So habe man den Unternehmern für jeden Fall eine Streikbrückertruppe gesichert, die sich zur Rechtfertigung ihres Verhaltens auf den Vertrag berufen könne, durch den sie formell gebunden sei. Vor einer solchen Gefahr müßten sich die Arbeiter schützen, indem sie dahin wirken, daß Verträge nur mit der Vertretung der Mehrheit abgeschlossen werden, während die Minderheit an den Beratungen teilnehmer und auch den mit der Mehrheit abgeschlossenen Verträgen beitreten könne.

Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, daß das Verhalten des Gewerbegerichts in der Hohllegerbewegung den schärfsten Protest verdiene, weil der Abschluß des Vertrages nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern nur auf Verlangen einer Minderheit von Arbeitern und in letzter Linie im Interesse der Unternehmer abgeschlossen worden sei.

Vermischtes.

Rüstungen gegen die Cholera.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Paris ist gestern der Hygienische Rat dringend einberufen worden und hat im Ministerium des Innern umfassende Maßnahmen getroffen, um die Einschleppung der Cholera aus Rußland zu verhindern. In den Häfen werden die aus Rußland kommenden Schiffe einer genauen Kontrolle unterzogen, ebenso sollen die auf dem Landwege aus Rußland kommenden Reisenden, die irgend verdächtig scheinen, an der Grenze sofort einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden. Sonstige Reisende aus Rußland müssen sich nach Ankunft an ihrem Bestimmungsorte bei einem beamteten Arzte melden. — Auch die italienische Regierung hat umfassende Maßnahmen gegen eine etwaige Einschleppung der Seuche getroffen. Das Marineministerium der Vereinigten Staaten von Nordamerika besah sich mit der Choleraepidemie auf Manila. Die Mitglieder der amerikanischen Flotte sind angewiesen, strenge Vorsichtsmaßregeln zu gebrauchen. Die Schiffskommandanten erhielten genaue Anweisungen, wie sie sich bei Erkrankungen von Mannschaften oder Passagieren zu verhalten haben.

In Odeffa sind die ersten zwei Choleraerkrankungen mit tödlichem Ausgange bakteriologisch festgestellt worden.

Eisenbahnkatastrophe.

Wie aus Lemberg gemeldet wird, ist infolge falscher Weichenstellung auf der Strecke Tarno-Szczecin ein in voller Fahrt befindlicher Personenzug mit einem Lastzug zusammengestoßen. Die Maschine des Personenzuges sowie mehrere Waggons wurden zerschmettert. Der Maschinist und der Heizer wurden tödlich, von den Passagieren 28 mehr oder minder schwer verletzt. Ein Hilfszug ist an die Unfallstelle abgegangen.

Sechs Fischer ertrunken.

Eine schwere Bootkatastrophe meldet der Telegraph aus Valencia, einem Hafenorte in der Grafschaft Kerry in England. Angesichts des dortigen Hafens kenterte gestern ein Boot, in dem sich 19 Fischer befanden. Sechs von ihnen fanden den Tod in den Wellen, die übrigen konnten durch herbeigeeilte Boote gerettet werden.

Durch Feuer zerstört

wurde gestern der größte Teil der im russischen Gouvernement Iffa liegenden Stadt Sterlitamak. Unter den niedergebrannten Gebäuden befinden sich mehrere Schulen und das Semstwogebäude. — Auch die Ortschaft Conde bei Vouziers in Frankreich wurde gestern Abend ein Raub der Flammen. Sämtliche Wohnhäuser und Backstöße wurden eingeebnet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Franz.

Gefährliches Spielzeug.

Brüssel, 17. September. In der Ortschaft Ganshoren sind vier Kinder beim Spielen mit einer aufgefundenen Dynamitpatrone, welche explodierte, schwer verletzt worden.

Einfall, den irrfinnigen allein von seinem Karren begleiteten Herrscher im Gewittersturm mit einem Berkeimten, der in Wettertracht Bahnsinn heuchelt, zusammenbringt, wirkte in der gegebenen Darstellung mehr barok als tragisch. Der halbnaakte „arme Thoms“ von Harry Walden ließ hier, ebenso wie der gestrichelt angelegte, dabei aber stellenweis maßlos outrierte Narr des Herrn Maissi böllig last. Die Rollen Glasters, Edmunds und vor allem die des alten Kent fanden durch die Herren Wegener, Veregi und Winterstein treffliche Verkörperung. Unter den Töchtern Lear stand Frau Fehdmer's Goneril in erster Reihe.

Humor und Satire.

Figurenkonferenz.

Die Friedenspfeife rauchen wir mit innerem Behagen, und holden Frieden halten wir, so lange wie wir tagen.

Zunächst: es sieht nach etwas aus; und zweitens ist es harmlos, denn sind wir (drittens) erst zu Haus, geht doch der Kriegsalarmlaut los.

Wir werden von der Welt bedacht mit Lob und Ehr' und Orden und sind am Ende über Nacht berühmte Leute geworden.

Auch sieht Berlin man in der Näh, da gibt's Kempinski, Kränzler, Lanzlöse, Pirkis, Kobaraß und auch den deutschen Kanzler.

Der deutsche Kanzler läßt uns ein Wohl in sein bestes Stübchen. Wir lächeln sein, er lächelt sein, es lächeln seine Gräbchen.

Franz.

Notizen.

— Neue Dramen. Ernst v. Wolzogen hat eine Komödie in drei Akten unter dem Titel „Ein unverständiger Mann“ verfaßt, in der er unsere Kestheten verparodiert.

— Von Edermanns Gesprächen mit Goethe wurde das Originalmanuskript und damit zusammenhängendes Briefmaterial, das wichtige Ergänzungen liefert, wieder aufgefunden. Sie werden jetzt in der „Arform“ bei Brockhaus in Leipzig, der auch die erste Ausgabe verlegt, erscheinen.

Kleines feuilleton.

Sven Hedins Reise. Der kühne Schwedische Forschungsreisende, der von seiner zweijährigen Reise durch das unbekannte Tibet glücklich zurückgekehrt ist, hat an 4100 Kilometer zumeist in West-Tibet zurückgelegt. Das Land umfaßt, wie er dem Korrespondenten von Reuters Bureau mitteilte, ein Gebiet zweimal so groß wie Frankreich. Die letzten 150 Kilometer war Hedin in einer Ridscha, dem von Eingeborenen gezogenen Handwagen, gereist, und das erste, was er nach seiner Ankunft in Simla tat, war, sich europäische Kleidung zu kaufen. Obgleich nämlich die Tibeter, wie er erzählte, ihm äußerst freundlich begegneten, so herrschten dort doch die strengsten Vorschriften über Fremde, und er war deshalb gezwungen gewesen, alle seine europäischen Kleidungsstücke zu verbrennen. Seine wertvollen Landkarten mußte er in Säcken mit Reis verpacken, und so gelang es ihm, sie glücklich heimzubringen. Er sprach während der Reise meist Sardski und mußte sich von den landesüblichen Kornspeisen nähren; ein Labak-Fischer versorgte ihn jedoch mit Wild. Er selbst sah Tausende von Antilopen. Ueber die Resultate seiner Reise war er sehr zurückhaltend, doch erklärte er, daß er wertvolle geographische Entdeckungen gemacht habe. Der Forscher gab weiter offen zu, daß seine Mittel erschöpft seien. Er wird wahrscheinlich nach einer Ruhezause in Europa nach Tibet zurückkehren.

Vorkläufig aber wird er in Europa Vorträge halten (auch in Berlin) und seine Reise in einem Buche schildern.

Opiummißbrauch in Amerika. Während es in vielen Fällen ein Vorrecht der weißen Rasse zu sein schien, fremde Kulturkreise mit neuen Heiz- und Genußmitteln zu „beglücken“, ist der Gebrauch des Opium in ungleicher Richtung sehr stark gewachsen. Nordamerika sieht sich genötigt, nachdrückliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen, da die Einfuhr von „Chandu“, dem zu Rauchzwecken gebrauchlichen Opium, in bedrohlicher Weise zunimmt. In welchem Maße die weiße Bevölkerung der Vereinigten Staaten dem Opiumgenuß frönt, erhellt aus Schätzungen, wonach die Gesamtzahl der dem Kaiser Ergebenen nicht weniger als 100 000 beträgt. Um die große Gefahr des Opiumrausches zu würdigen, braucht man sich nur gegenwärtig zu halten, welsch namenloses Unheil es unter der chinesischen Bevölkerung angerichtet hat. Gegenüber dieser Bedrohung tritt das Kaiser des Opiumgenusses zurück, da es weitans keiner so allgemeinen Verbreitung fähig ist und kaum den Umfang einer Volksgefahr annehmen kann. Die Schaffung einer internationalen Kommission zur Verhinderung des Opiummißbrauchs wird daher geplant.

Gebrüder Herrnsfeld-
Anfang 8 Uhr. Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Romäne in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Semmerstr. 16.

Kommah,
oder: Der Fluch des alten Geigers.
Original-Charaktergemälde in 4 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag 1. Aktstückerstellung:
Die Räuber.
Sonntag: Kommah.

Vollgärten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —

Für die Winter-Saison
empfehle meine 400-1000 Personen
fassenden Festsäle auch Sonntags
an Vereine und Gesellschaften zu
günstigen Bedingungen; auch noch
umge Sonnabende frei.

2 Volksversammlungen
Sonnab., den 19. Sept., abends 8 Uhr, in Wilkes Festsälen, Brunnenstraße 188.
Sonntag, den 20. Sept., nachm. 4 Uhr, im „Gewerkschaftshause“ Engelauer 15.

Die Weltsprache.
Thema: **Peus** • Dessau, Redakteur des „Internationale Socialiste“.

Zusammenkunft der Weltsprachefreunde:
Freitagabend 8 1/2 Uhr, „Zur Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20.
Sonntagvormittag 10 Uhr im Gewerkschaftshause.
Der Einberufer: H. Peus-Dessau.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend
(Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.)

Außerordentliche General-Versammlung
am Sonntag, den 27. September 1908, vormittags 10 Uhr
bei Herrn Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Änderung der §§ 8, 11 und 26 der
Kassensatzungen. 2. Innere Kassensatzungen. 3. Wahl
zahlreicher Ersahnen erwartet. Der Vorstand. H. K. D. Meyle.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentralkrankenkasse der Maurer
„Grundstein zur Einigkeit“.

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshause:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Aufhebung der Krankenkontrolle für die Mitglieder und Einführung
einer Tageskontrolle. 2. Die Erhebung eines Beitrages hierzu. 3. Wahl
der Hilfskassierer. 149/13

NB. Umfandehalber fällt die Versammlung am 20. d. M. aus.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die örtliche Verwaltung.

Berliner Konsum-Verein.
Zentralverwaltung Grüner Weg II.

Am Freitag, den 25. September, abends 8 Uhr,
findet im „Gewerkschaftshause“, Engelauer 15, Saal 1, die
ordentliche General-Versammlung
statt. 127/6

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Verwaltungsrates und des Geschäftsführers. 2. Vor-
legung der Bilanz und Abrechnung derselben. 3. Verteilung des Reini-
gewinns. 4. Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins und des
Jahresabschlussberichts mit der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
5. Wahl einer Liquidations- und einer Revisions-Kommission. 6. Ver-
fahrensweise.

Die Delegierten werden um pünktliches Erscheinen gebeten.
Mitglieder als Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

- Verkaufsstellen:**
- | | | | | |
|---------------------------|------------------------|--------------------------|------------------------------|-----------------------------|
| N. Wildenowstr. 30 | NO. Ebelingstr. 13 | SO. Michaelkirch-Platz 4 | NW. Havelberger Str. 6 | Rixdorf, Weisestr. 52 |
| N. Maxstr. 13a | NO. Büschingstr. 12 | S. Gräfelstr. 40 | Weißensee, Friedrichstr. 12 | Rixdorf, Emser Str. 53 |
| N. Prinzen-Allee 85 | O. Markusstr. 37 | SW. Zimmerstr. 22 | Lichtenberg, Frankfurter | Rixdorf, Wildenowstr. 61/62 |
| H. Swinemünder Str. 44 | O. Zoradorfer Str. 62 | SW. Arndtstr. 5 | Lichtenberg, Chaussee 103 | Mariendorf, Kaiserstr. 110 |
| H. Gartenstr. 3 | O. Liebigstr. 7 | NW. Erasmusstr. 5 | Lichtenberg, Kronprinzstr. 1 | Schöneberg, Appell Paulus- |
| H. Greifenhagener Str. 84 | O. Kopernikustr. 33 | NW. Rostocker Str. 33 | Rummelsb., Türschmidtstr. 8 | straße 27 |
| NO. Böttzowstr. 34 | O. Stralauer Allee 20a | NW. Wicelstr. 31 | Karlshorst, Gundollingerstr. | Schöneberg, Gothenstr. 9 |
| NO. Winsstr. 64 | SO. Forster Str. 20 | NW. Emdener Str. 50 | Straße 51 | |

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Freitag, den 18. September 1908, abends 8 1/2 Uhr, in den „Neuen Arminhallen“,
Kommandantenstraße 58/59, großer Saal:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen mit der Unternehmer-Organisation.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert! 130/10*

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger

Meysal, Britten, Seldel,
Horst, Schröder, Ebers-
berger, Bühlig, Otto
Schröder u. R. Schröder,
W. J. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Metanraut: Militär-Konzert.

**Walhalla-
Variete-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-
Programm. — 12 glänzende
Erezellisten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1909. Charitestr. 3. Col III. Amt 3, 1907.

Sonntag, den 20. September, vormittags 9 1/2 Uhr,
in Milbrodt's Festsälen, Müllerstr. 7:

Branchen-Versammlung
aller in der Metall- und Eisenindustrie
beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer u. Fräser.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Frick über: „Die Notwendigkeit
eines Zusammenschlusses sämtlicher Holzmaschinenarbeiter und -Arbeiterinnen“.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Schnittarbeiter, wie
Sänger, Pfeifer, an Stroh- und Holzwerken beschäftigte Arbeiter und Ar-
beiterinnen besonders eingeladen!

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert!
Um recht regen Besuch wird gebeten.

Die Vertrauensleute der mechanischen
Betriebe werden hiermit ersucht, die Frage-
bogen über die Lohnherhebung so schnell
wie möglich im Bureau, Charitestr. 3,
abzuliefern.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.
Zur Beachtung!

Am Sonnabend, den 19. September, wird in den Festsälen wegen
dem Stattfinden des Stiftungsfestes von 7 bis 9 Uhr tagiert.
Die Festsäle 12 wird von Mariannenstr. 43 nach Rauhstr. 14
bei Schubert verlegt.
Die Festsäle 55 ist von Stollstr. 102 zum Kollegen Franz
Lohnd, Skallstr. 99, verlegt worden.
Die Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Die Bezirksleiter nehmen vom Sonnabend, den 19. September
ab in den bekannten Lokalen jeden Sonnabend von 8-10 Uhr an die
Beiträge entgegen. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich jede Woche ihre
Beiträge zu entrichten. Die Kommission.

**Verband der Hafenarbeiter und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.**
Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 20. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im König-
hadi-Kolono, Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verbandssangelegenheiten (Wahl eines Delegierten zur Konferenz
nach Dresden). 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sonntag, den 27. September, mittags 12 Uhr:
General-Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Entlassung des Vorstandes. 3. Beschlussfassung
über die Verteilung des Reingewinns. 4. Beschlussfassung über Aufnahme
des Berliner Konsumvereins. 5. a) Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern.
b) Neuwahl des Aufsichtsrates. c) Wahl von fünf Ersahpersonen für den
Aufsichtsrat. 6. Beratung und Beschlussfassung über das neue Statut.
7. Beratung der auf Grund des § 13 des Statuts eingegangenen Anträge.
8. Genehmigung zur Errichtung von Verkaufsstellen. 9. Beschlussfassung
über Ausgabe von Hausanterscheinen zur Errichtung einer Kasse.
Die Statutenentwürfe sind mitzubringen.

Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.
Karl Hücke, Vorsitzender. R. Junger, Tutzauer.

**Orts-Krankenkasse
Lichtenberg.**
Einladung
zur
Wahlversammlung.

Es machen die zusage des hiesigen
Ergänzungswahlen zur General-
versammlung notwendig.
In Gemäßheit der §§ 51, 51a und
66 der Kassensatzungen lade ich daher
zur Ergänzungswahl hiermit ersuchen
ein. 278/18

Wahlberechtigt sind wählbar sind
die Kassensmitglieder, die großjährig
und im Besitze der bürgerlichen Ehren-
rechte sind.
Zu wählen ist für die Periode:
**Oktober 1907
bis 30. September 1909.**

Die vereinigten Kassensmitglieder,
die in zwei Abteilungen wählen,
laden wir zur Teilnahme der Wahl
und zwar die

1. Wahlabteilung.
umfassend die Betriebe östlich der
Gärtelstraße, Dorfstraße und des
Weihenfees Weges, ausschließlich der
drei genannten Straßen, sowie die
Kassensmitglieder, die in Wilhelm-
berg beschäftigt sind, zum
Montag, d. 29. September 1908,
abends von 5-8 Uhr,
in das Lokal von Gebr. Arnhold,
Frankfurter Chaussee 5, die

2. Wahlabteilung.
umfassend die Betriebe in der Gärtel-
straße, Dorfstraße und des Weihenfees
Weges, sowie den Ortsteil westlich
dieses Straßenzuges, zum
Dienstag, d. 29. Septemb. 1908,
abends 5-8 Uhr.

in das Lokal von Gebr. Arnhold,
Frankfurter Chaussee 5, hiermit er-
geben ein.
Die Kassensmitglieder, die ihre Bei-
träge selbst zahlen (Freiwilige Mit-
glieder) wählen in der Abteilung, in
der ihre Wohnung gelegen ist.
Es haben zu wählen:
die Kassensmitglieder der 1. Wahl-
abteilung 7 Delegierte und 25 Ersahmänner
die Kassensmitglieder der 2. Wahl-
abteilung 3 Ersahmänner.
Die Wahl ist geheim.
Die Wahlhandlung wird pünktlich
eröffnet und gilt als Legitimation
für die Kassensmitglieder das Mitglieds-
buch oder Karte.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Der Kassenvorstand.
W. Hentschel.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Der Demonstrationen- u. Versamm-
lungen halber laden sämtliche Touren
am Sonntag, den 20. d. M., aus.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4.

Billigste Bezugsquelle für
**Hygienische
Sedarfs-Artikel**
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch —
führt zu dauernder Kundenschaft.

Wer — Stoff — hat,
fertige Herrenanzug 28 M., feinste
Jutaten, zwei Anproben, für guten Sitz
besam goldene Reibulle. Ludwig
Engel, Prenzlauerstr. 23. II
(Alexanderplatz). Begründet 1893. —
Gelegenheitskauf von 5 M. pro Meter an,
keine Welle, neuere Muster. Spezial:
Winterpellet Napoleon nach Maß
30 M. Ein Versuch führt zu dauernder
Kundsch. Ohne Konkurrenz.

6 Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletten und -Anzüge
in geiziger, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanätze, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Unserem langjähr. Genossen
Gustav Werwer
nach seiner lieben Frau zur
Ehrenhochzeit die herz-
lichsten Glückwünsche. 430/02
Die Genossen d. 306. Bez., T. II.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
Zahlstelle Berlin.
Am 16. d. M. verschied nach
langer Krankheit unser Mitglied,
der Buchbinder
Artur Stolz
im 19. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. September,
von der Leichenhalle des neuen
Jahob-Ringhofes im Rixdorf,
Gartenstraße, aus statt.
Bestehende Beteiligung erwartet
24/12 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Wilhelmine Weiß
lage ich allen Freunden und Be-
kanten meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte
Hermann Weiß.

Für die zahlreiche Beteiligung bei
Beerdigung unserer Tochter, Schwester
und Braut Anna Klammann sprechen
wir deren Handgenossen, dem Per-
sonal der Firma S. Gärner u. Comp.,
dem Wahlverein IV (Westen), dem
Verband der Radsportler und allen
Freunden und Bekannten meinen
herzlichen Dank aus. 164/06
Familie Klammann. Adolph Runge.

Dankagung. 435/12
Allen denen, welche meinem Mann
die letzte Ehre erwiesen haben, ins-
besondere dem Wahlverein Schöne-
berg, den Genossen des 63. Bezirks,
dem Deutschen Metallarbeiterverband
sowie den Kollegen und Kolleginnen
der Firma Uno u. Hiedler sage ich
hierdurch meinen besten Dank.
Wwe. Anna Paetzold.

**Allgem. Orts-Krankenkasse
für Tempelhof.**
Einladung zur Delegierten-Er-
gänzungswahl und Gesamtwahl zum
Montag, den 29. September 1908, im
Restaurant Wilschlagsgarten, Tempel-
hof, Berlinstr. 9.
Zu wählen sind:
4 Kassensmitglieder (32 Ersah-
Delegierte).
3 Arbeitsgeber.
Die Wahl der Kassensmitglieder
findet von 8 1/2 bis 7 1/2 Uhr nach-
mittags, die der Arbeitsgeber von
8-9 1/2 Uhr abends statt.
Wahlberechtigt und wählbar sind
nur diejenigen Kassensmitglieder und
Arbeitsgeber, welche großjährig und
im Besitze der bürgerlichen Ehren-
rechte sind.
Die Kassensmitglieder müssen als
Legitimation ihr Quittungsbuch mit-
bringen. 276/17
Der Vorstand der allgem. Orts-
Krankenkasse für Tempelhof,
Jakob Ring, 1. Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
für Britz** (Kreis
Teltow).
Am Dienstag, 22. September 1908,
abends 8 Uhr, findet im Restaurant
des Herrn Koster, Chaussee 30,
eine
außerordentliche
General-Versammlung
der Delegierten statt.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über die Verfü-
gung des Landrats wegen Aufnahme der
Mitglieder der Orts-Krankenkasse
Mariendorf aus den Gemeinden
Dudow und Groß-Beijen und der
Gutsbezirke Gr. und Kl. Beijen.
Der Vorstand. 270/16
H. Koster, Vorsitzender.

6 Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletten und -Anzüge
in geiziger, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanätze, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Fritz Wilkes Festsäle
500 Personen fassend, großartige Bühne, voll-
ständig neu renoviert, 19. Sept., 8 u. 24. Okt.
sowie mehrere Sonnabende und Sonntage in
diesem und nächstem Jahre unter künftigen Bedingungen noch zu ver-
eiden. Brunnenstr. 188. am Rolent. Tor, III. 43/5. 412/08

Partei-Angelegenheiten.

Trebbin. Am Sonnabend, den 19. September, abends 8 Uhr, bei Wolf, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Parteiangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Zum Kaktus-Ladenschluß

Wäre der Offiziosus des Magistrats: In mehreren Versammlungen sowie Zeitungen ist der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß sich auch die Stadterordnetenversammlung mit dem Kaktus-Ladenschluß beschäftigen würde, d. h. offiziell einen Beschluß fassen würde, der dann dem Polizeipräsidenten als wichtiges Material unterbreitet werden könnte. Diese Auffassung beruht auf einem Irrtum. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können nur die Gemeindevorstände, d. h. also die Magistrats „gehört“ werden. Weder in Berlin, noch in Charlottenburg, Schöneberg usw. werden in dieser Frage die Stadterordnetenversammlungen um ihre Ansicht gebeten. Die Beschlüsse der Magistrats sind dem Polizeipräsidenten übermittelt worden und der kann nun vollständig selbstständig entscheiden. Der Polizeipräsident hat nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nun auch gar nicht einmal nötig, sich nach den Beschlüssen der Magistrats zu richten, er kann vielmehr vollständig selbstständig Ausnahmen zulassen. Da indes eine gleichmäßige Handhabung für Groß-Berlin der Polizei nur erwünscht sein kann, und die Schädigungen für die Zigarren-, Zigaretten- und Blumengeschäfte beim Kaktusladenschluß allbekannt sind, so ist zu erwarten, daß der Polizeipräsident konform mit den Beschlüssen der Magistrats Ausnahmen für diese Geschäfte zuläßt und nicht für Publikum.

Die vorstehende des Magistratsbeschlusses verteidigende Auslassung ist teils schief und teils falsch. Die wahre Sachlage ist folgende: Der Polizeipräsident kann auf Grund der erfolgten Abstimmung der Ladeneinhaber nach Anhörung der Gemeindevorstände den Kaktusladenschluß festsetzen. Wer sind nun aber die Gemeindevorstände? Doch nur Magistrat und Stadterordneten. Nun hat allerdings der Berliner Magistrat früher immer den Standpunkt vertreten, daß nur er allein sich in Fällen wie der oben geartete zu äußern habe. Diesen Standpunkt hat aber der Magistrat längst verlassen und im gegebenen Falle auch der Schwesterbehörde, der Stadterordnetenversammlung, Gelegenheit gegeben, sich auf in Aussicht stehende polizeiliche Maßnahmen gutachtlich zu äußern. Wir erinnern hier nur an die Verhandlungen über das vom Polizeipräsidenten beabsichtigte gänzliche Verbot des Straßenhandels. In diesem Falle hat der Magistrat auch vor endgültiger Entscheidung erst der Stadterordnetenversammlung Gelegenheit gegeben, sich zu äußern. Warum in der Frage des Kaktus-Ladenschlusses die Versammlung ausgeschaltet werden soll oder wie es nach der magistratsoffiziösen Notiz den Anschein hat, schon ausgeschaltet ist, ist ganz unverständlich. Richtig ist, daß die Magistrats von Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf ihre Stadterordnetenversammlungen nicht um ihre Ansicht gefragt haben, aber richtig ist auch, daß die Magistrats dieser Städte nicht so rücksichtlos wie der von Berlin waren und keinerlei Ausnahmen in Vorschlag brachten.

Diese Ausnahmen sind auch in keiner Weise zu rechtfertigen. In der Zigarrenbranche sind es im wesentlichen die großen Firmen, wie Lorser u. Wolf, Reumann, Juhl, Krüger u. Oberbeck, Martiniens usw., die in Mitleidenschaft auf ihre vielen Filialen, die den kleinen Zigarrenhändlern die größte Konkurrenz machen, für den Kaktus-Ladenschluß plädieren. Es liegt gar kein vernünftiger Grund vor, den Zigarrenhandel vom Kaktus-Ladenschluß auszuscheiden. Tausende von Angestellten, denen ohnehin nicht einmal die gesetzliche Mittagspause gewährt wird, warten mit Sehnsucht darauf, des Segens eines früheren Ladenschlusses baldigst teilhaftig zu werden. Auch zahlreiche Zigarrenhändler wünschen dringend den Kaktusladenschluß.

Daß für Blumenhandlungen der Kaktusladenschluß empfohlen wird, zeugt von einer erschreckenden Unkenntnis der Verhältnisse. Die großen Blumengeschäfte im Westen schließen heute schon teilweise um 8 Uhr. Dann aber ist zu berücksichtigen, daß der Ladenschluß in den Blumengeschäften keineswegs mit dem Arbeitsschluß zusammenfällt. Die Angestellten in Blumengeschäften müssen nach dem Ladenschluß noch eine ganze Reihe Arbeiten verrichten, die mit dem leicht verderblichen Charakter der Ware in Zusammenhang stehen. Nach alledem erscheinen die vom Berliner Magistrat erteilten Ausnahmen auch in keiner Weise irgendwie begründet.

In einem hat der Magistratsoffiziosus recht: der Polizeipräsident kann unabhängig von den Äußerungen der einzelnen Gemeindevorstände seine Entscheidung in der Kaktus-Ladenschlußfrage treffen. Hoffen wir, daß er so trifft im Sinne der Abstimmenden, die Ausnahmen in keiner Weise wünschten, und hoffen wir weiter, daß diese Entscheidung baldigst getroffen werde im Interesse Tausender von Geschäftsinhabern und Tausender von Handelsgesellen. Schlimm genug ist es schon, daß Berlin hinter zahlreichen Städten Deutschlands in dieser Frage nachhumpelt.

Ein Krankenhaus für Brustkranke.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner fand gestern eine Sitzung der gemischten Deputation zur Beratung über die Errichtung eines Sonderkrankenhauses für Brustkranke statt. Die eingebrachten Anträge verhielten sich nach längerer eingehender Beratung auf Anregung des Oberbürgermeisters zu folgendem Beschluß: Die gemischte Deputation empfiehlt, neben den Heimstätten ein Krankenhaus für Brustkranke und Kehlkopfleidende (Männer, Frauen und Kinder), auch sogenannte Inheilbare in geschützter Waldlage erweiterungsfähig zur Entlastung und Ergänzung der bestehenden städtischen Krankenhäuser zu errichten, und beauftragt die Krankenhausdeputation mit der Aufstellung eines besonderen Bauprogramms (für 500 Betten).

Die Kommission zur Beratung der aus Anlaß der Fleischbergung im Rudolf-Kirchow-Krankenhaus zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen hat gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Weigert beschloffen, die Speisereglements zu erweitern. An Stelle von Schabefleisch sollen in Zukunft, um die Kost abzuwechselländlicher und schmackhafter zu machen, Rehlispeisen, Gemüse, Obst, Salate usw. verabfolgt werden.

Vom Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin. Für die Anlage der Stufenkanäle bei Lieve ist ein neues Projekt ausgearbeitet worden, das namentlich von dem Ministerium genehmigt ist und baldigst zur Ausführung gelangen wird. Während ursprünglich geplant war, fünf Schleusenstammern herzustellen, werden nach dem neuen Plan nur vier Schleusen zur Ausführung gelangen. Zwischen den Schleusen werden drei Ausweichtellen zu je 200 Meter Länge angelegt, in denen sich die aus den Schleusen aufwärts resp. abwärts fahrenden Schiffe begegnen. Jede der Schleusen wird eine Öffnungsbreite von 8 Meter ausgleichen. Alle vier Schleusen er-

halten elektrischen Betrieb, und auch das Hineinziehen resp. Hinausziehen der Schiffe wird mittels elektrischer Kraft bewirkt. Mit den Vorarbeiten für den Schleusenbau soll noch in diesem Jahre begonnen werden.

Milch aus dem „Kranken- und Genußheim“ Nordend.

In dem „Kranken- und Genußheim“, das zu Nordend von dem Arzt Dr. Dosquet-Manasse unter Assistenz seiner Gattin betrieben wird, ist von Patientinnen oft und immer wieder über die Qualität der ihnen gereichten Speisen und Getränke geklagt worden. Die Klagen haben sich durch Monate und Jahre hingezogen und sind nie ganz verstummt; der „Vorwärts“ hat schon im vorigen Jahre und seitdem noch mehrfach hierüber berichtet und auch sonst noch manchen der in dieser Anstalt herrschenden Mißstände beleuchtet. Frau Dr. Dosquet-Manasse, die hauptsächlich dem Wirtschaftsbetrieb der Anstalt vorsteht, war der Meinung, daß auf solche Klagen unzufriedener Patientinnen nicht viel zu geben sei. Eine Ausnahme machte sie aber bezüglich der Milch, die ein Milchhändler H. an die Anstalt lieferte, und so übergab sie eines Tages im Mai 1907 zwei Proben davon dem mit der Familie Dosquet-Manasse befreundeten Chemiker Professor Judenak, um einmal feststellen zu lassen, ob die Milch etwa „geplauscht“ sei. Herr Judenak kam zu dem Ergebnis, daß die eine der beiden Proben tatsächlich mit Wasser verdünnt worden sei. Dr. Dosquet-Manasse und Gattin brachen die Geschäftsverbindung mit dem Milchhändler ab, sie erstatteten aber einstweilen nicht Anzeige gegen ihn. Zunächst wurde noch um eine Geldforderung gestritten, die er an sie stellte, und erst im Herbst 1907 fiel es ihnen ein, ihn anzuzeigen.

Im Mai 1908 stand dann H. vor dem Schöffengericht unter der Anklage der Nahrungsmittelverfälschung. Sein Verteidiger suchte glaubhaft zu machen, daß die Milch erst in der Anstalt getauft worden sein müsse. H. meinte, das sei viel leicht aus Nachsicht gegen ihn geschehen. Durch Vernehmung des Personals wurde festgestellt, daß die eine Probe frisch aus der eben gelieferten Abendmilch, die andere aber gekocht aus der vom Nachmittag übriggebliebenen Mittagsmilch entnommen worden war. Professor Judenak, der als Sachverständiger geladen worden war, befandete, daß die eine Probe bereits geronnen war, als er sie untersuchte, und gerade diese sei verdünnt gewesen, verdünnt mit stark salpetersäurehaltigem Wasser, wie der Angeklagte es in seinem Brunnen habe. Der Sachverständige wußte zwar nichts darüber zu sagen, ob diese Probe aus der frischen oder der schon gekochten Milch herrührte; von Frau Dr. Dosquet-Manasse waren ihm beide Proben in völlig gleichen Flaschen übergeben worden. Er war aber der Meinung, die geronnene Probe werde wohl die ungelochte, eben erst gelieferte gewesen sein. Daraufhin kam das Gericht zu der Annahme, die Verdünnung dieser Milch könne nicht erst in der Anstalt erfolgt sein, und H. wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein, und am Donnerstag hatte die 3. Strafkammer des Landgerichts III zu entscheiden. Die Beweisaufnahme ergab in allem Wesentlichen daselbe, wie in der Verhandlung vor der ersten Instanz. Festgestellt wurde, daß dem Milchhändler H. bei Dr. Dosquet-Manasse das Liter Milch nur mit 15 Pf. bezahlt worden war. Herr Dr. Dosquet-Manasse selber, der in der früheren Verhandlung eine wenig glückliche Rolle gespielt hatte, war auch diesmal geladen worden, hatte sich aber von der Pflicht, zu erscheinen, entbinden lassen. Dafür war Frau Doktor wiederum zur Stelle. Man erfuhr aus ihrem Munde, daß der Herr Doktor selber am meisten über die Milch geklagt habe, weil sein Kaffee nicht weiß wurde. Das war noch ein Glück; denn auf Klagen der Patientinnen allein hätte sie sonst wohl auch bezüglich der Milch nichts gegeben. Sie behauptete, immer sei von H. nur Vollmilch bezogen worden. Als aber H. daswischenwarf, früher habe er auch Magermilch liefern müssen, korrigierte sich Frau Doktor, ja, man habe anfangs auch etwas Magermilch von ihm genommen. Der Vorsitzende sah in dieser Zwischenbemerkung H. den Versuch, „jemandem eins auszuwaschen“, und er erklärte, er werde keine Erörterungen über nicht zur Sache gehörige Umstände zulassen. Dieses Versprechen hielt er denn auch während der ganzen Verhandlung, und so kam's, daß es diesmal der Frau Doktor erspart blieb, aus neuem — wie in der früheren Verhandlung — belanden zu müssen, daß bei ihr gekochtes Fleisch mit Wasser vermengt und sogar auch der Butter eine Beimischung von Wasser gegeben worden ist, weil so — das sagte sie damals hinzu — das Brot besser bestrichen werden könne. Professor Judenak wiederholte die früheren Aussagen, doch trug er seine Ansicht diesmal mit etwas weniger großer Bestimmtheit vor. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, weil nicht nachgewiesen sei, daß die verdünnte Milch nicht aus der bereits gekochten herrührte. Das Gericht trat diesen Ausführungen bei und erkannte auf Freisprechung.

Das teure Opernhaus.

Nicht genug, daß es einem gewöhnlichen Sterblichen kaum möglich ist, überhaupt ein Billett zum Opernhaus zu ergattern, wird jetzt berichtet, daß die ohnehin hohen Preise für die Plätze eine weitere Erhöhung erfahren haben. Ein Parkettplatz, der am Montag 8 Mark kostete, muß heute mit 10 Mark bezahlt werden, ein Sitz im vierten Rang kostet 3,50 mit Aufgeld. Zur „Verbilligung“ wird mitgeteilt, daß diese Preisserhöhung nur eine „vorbäufige“ sei. Es sollen, wie es scheint, die hohen Kosten für die „Sardanapal“-Ausstattung herausgeschlagen werden.

Ein aufregender Vorgang, bei dem zwei Kinder in Lebensgefahr gewesen, spielte sich gestern nachmittags an der Ecke der Bernauer und Ruppiner Straße ab. Die neun Jahre alte Tochter Gertha des Arbeiters Jempel aus der Bernauer Straße 38 holte Wasser ein und nahm ihre fünfjährige Cousine, die Tochter Else des Schlächtermeisters Jense aus Habegast mit. An der Ecke der Ruppiner Straße wollten die Kinder vor einem Straßenbahnwagen der städtischen Linie Ebertstraße-Virchow-Krankenhaus vorüber den Damm überschreiten und sahen nicht, daß ein anderer Wagen dieser Linie aus der entgegengesetzten Richtung von der Brunnenstraße her kam. Der Führer dieses Wagens wendete die Notbremse an, und verhängte das Schlimmste. Beide Kinder wurden zwar noch getroffen, kamen aber mit nicht gefährlichen Verletzungen davon. Gertha Jempel wurde umgehoben, fiel auf die Seite und erlitt Abschürfungen am rechten Arm, an der Hüfte und am Bein. Else Jense geriet unter die vordere Plattform und schien verloren zu sein. Aber der Wagen war noch gerade zur rechten Zeit zum Stehen gekommen. Die Angestellten der Straßenbahn und Fahrgäste halfen die Verunglückten befreien. Das Mädchen hatte sich eine große Stirnwunde und Abschürfungen am linken Arm und Bein zugezogen. Die Kinder wurden im Lazarus-Krankenhaus verbunden, konnten dann aber nach Hause gebracht werden.

Krisis in der Märkischen Bank. Nachdem in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Genossenschaftsbanken von ihren Mitgliedern hat Zuschüsse einfordern müssen, um sich über Wasser zu halten, gestalten sich die Verhältnisse jetzt, besonders infolge des daniederliegenden Bauteilens immer schwieriger. Die Märkische Genossenschaftsbank, deren Sitz Pankow ist und an der zahlreiche Gewerbetreibende und Handwerker beteiligt sind, steht in einer Krisis. Gelesen ist von einigen Gläubigern beim Amtsgericht der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt worden. Die Schuld der Bank sollen eine vierzig Millionen Mark be-

tragen, welche im Falle des Konkurses von den Genossenschaftlern zu tragen sind, die pro Geschäftsanteil mit 600 M. für die Verluste der Bank haften und erst vor zwei Monaten 850 M. pro Geschäftsanteil von 800 M. zur Aufrechterhaltung der Geschäfte zahlten, die nun, gleich den auf Geschäftsanteile gezahlten Summen, als verloren zu betrachten sind. Es ist unerklärlich, wie eine Handwerker-genossenschaft zu so hohen Schulden kommen konnte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Nach der Rückkehr aus China.

Einen schweren Lebensschicksal erlitt in vergangener Nacht der 29jährige verheiratete frühere Postbeamte Franz Kuhn, Raabe-straße 10, 3 Tr., wohnhaft, der sich seit seiner Rückkehr aus China, wo er am Feldzuge teilgenommen hatte, in fortwährender Gemütsverfassung befand. — Seit sechs Monaten war er auf dem Schlacht- und Viehhof zur Probe als Nachtbeamter angestellt. Seine Anstellung sollte jetzt erfolgen. Vor drei Wochen jedoch war er mit einem anderen Beamten in Differenzen geraten, die in eine Schlägerei ausarteten. Kuhn wurde hierauf zur Disposition gestellt. Das gab ihm den Rest. Er wurde wiederholt, machte Schulden über Schulden, kaufte sich eine Browning-Pistole und versuchte sich schon mehrfach ein Leid anzutun. In vergangener Nacht passierte er, nachdem er schon zwei Tage plan- und ziellos herumgeirrt war, die Weissenburger und Meber Straße. Er belästigte die Passanten, bedrohte sie und kam zuletzt mit einem Schutzmann in Konflikt. Er sagte, „er wolle Majestät sprechen, denn er sei der Finanzminister“. Es kostete große Mühe, den über bedeutende Körperkräfte verfügenden Kuhn nach dem 68. Revier zu bringen. Dort tobte er weiter, wurde gegen die Beamten handgreiflich und wurde mit großer Mühe gefesselt. Der herbeigerufene Kreisarzt stellte gemeingefährliche Geisteskrankheit fest und Kuhn wurde noch in der Nacht nach Herzberge gebracht. Kuhn befand sich vor einiger Zeit bereits einmal in der Krankenabteilung der Charité.

Vom Treiben der Fahrradmarke. Ein Fahrrad „Goran II“ (Modell II 60 cm Rahmen) Nr. 156777, Torpedo-Freilauf, Patent-Glockenlager (Siebert) ist am Donnerstag um 3 Uhr nachmittags gestohlen worden. Nähere Angaben über den Verbleib desselben bitte nach der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Zimmerstraße 22, gelangen zu lassen.

Um die traurigen Verhältnisse in der kaufmännischen Stellenvermittlung zu bessern, ist die Idee eines öffentlichen städtischen Arbeitsnachweises für das Handelsgewerbe auf paritätischer Grundlage angeregt worden, wie er schon in verschiedenen deutschen Großstädten besteht. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hält heute (Freitag) abend in den „Aminhallen“, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung ab, in der Genosse Rebateur E. Dittmer über die „Stellenvermittlung im Handelsgewerbe und der paritätische Arbeitsnachweis“ sprechen wird.

Bei der Wichtigkeit, die diese Frage gerade jetzt in der Zeit der Krise und großen Arbeitslosigkeit hat, ist es dringend erwünscht, daß alle Handlungsgehilfen und Gehilfinnen in der Versammlung erscheinen.

Über die Berufsfrankheiten im Schleiferbetriebe veranstaltet die Vranckenkommission der Schleifer für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schleifereien und galvanischen Anstalten am Montag, den 21. September, im Gewerkschaftshause, Engelfer 15, einen Lichtbildvortrag. Die Gesundheitsgefährlichkeit dieses Berufes wird an der Hand zahlreicher Lichtbilder den hoffentlich zahlreich anwesenden Vor Augen geführt werden.

Der Buchbinderverband hat zu Sonntagnachmittag 4 Uhr eine Kranienabteilung arrangiert, in der ein Lichtbildvortrag über den Simplantumel gehalten wird. Es sind hierzu noch zahlreiche Billets a 70 Pfennig im Bureau Engelfer 15 bis Sonnabend-abend 8 Uhr zu haben.

Feuerwehrbericht. Der 10. Zug hatte am Donnerstag in der Reinigendörfer Straße 78 in einer Apotheke einen Brand zu löschen der dort unbemerkt schon vor längerer Zeit entstanden sein muß. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte das Zwischengebäl aufgerissen werden, was viel Arbeit verursachte. Längere Zeit hatte die Wehr in der Drantenstr. 45 zu tun, wo in einem Keller Terpentin, Lada, Tären, Wanderschälungen und anderes brannten. Ferner hatte gestern die Wehr in der Stolpischestr. 9 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.

Der Nixdorfer Polizeipräsident Herr v. Glasenapp ist zum Landesdirektor der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont ernannt worden. Demnach wird Nixdorf bald mit einem neuen Polizeioberhaupt beglückt werden.

Schöneberg.

Aus der Gewerkschaftskommission. In der letzten Sitzung nahmen sämtliche Verbandsfunktionäre und die Vorstände der Gewerkschaften teil. Auf der Tagesordnung stand: Die Neuwahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse. Der Vorsitzende berichtete, daß im Oktober die alle zwei Jahre abzuhaltende Neuwahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse vorgenommen werden müsse. Die diesjährige Wahl verdien eine besondere Beachtung, weil in dem Zeitabstand, für den die Delegierten gewählt werden, die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zu erwarten ist. Nach der Krankenversicherungsnovelle soll die Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung zusammengelegt werden. Wenn die Novelle kommt, sei noch nicht bestimmt zu sagen. Dieser Zusammenlegung der Gesetze sei auch von der Arbeiterschaft zuzustimmen, energisch wehren müssen sich die Arbeiter jedoch dagegen, daß bei dieser Gelegenheit das Selbstverwaltungsrecht der Kassen irgend eine Einbuße erleiden soll. Bei der gegenwärtigen Zusammenlegung des Reichstages dürfte es die Regierung versuchen, das Selbstverwaltungsrecht zu beschneiden, was ihr bei einem neuen Reichstage wahrscheinlich viel schwerer gelingen werde. Die Drittelung, wie sie jetzt in den Kassen besteht, soll abgeändert und die Krankengelder sollen in Zukunft zur Hälfte von den Arbeitgebern und zur anderen Hälfte von den Arbeitnehmern bezahlt werden. Das Stimmenverhältnis wird in der Verwaltung dann dementsprechend ebenfalls wie 1:2 eingerichtet werden. Außerdem beschäftigt man einen unparteiischen Vorsitzenden zu schaffen. Die Bestimmungen in den Kassenstatuten werden dann so getroffen werden, daß die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt. Wahnahmen im Interesse der Mitglieder werden also, da der Vorsitzende ein Beamter ist, von dem man natürlich nicht erwarten kann, daß er das Interesse der Arbeiter wahrnimmt, unmöglich werden. Es sei daher von großer Wichtigkeit, die Arbeiter für diese Wahl möglichst zu interessieren und die Agitation in weite Kreise zu bringen. Der Genosse weist noch darauf hin, wie die Arbeiterschaft in den Zeitungen und überall gegen das Selbstverwaltungsrecht gewirkt habe. Die gegenwärtige Art der Selbstverwaltung genügt uns zwar noch nicht, aber sie erlaubt doch immerhin, daß die Wünsche der Mitglieder zum Ausdruck gebracht werden. Bei der hiesigen Kasse ist lobenswerdend anerkannt worden, wie bisher zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gearbeitet worden ist. Auch eine Anzahl Arbeitgeber haben zugegeben, daß das Selbstverwaltungsrecht erhalten bleiben muß. Inwiefern sich die Regierung daran lehnen wird, weiß man allerdings nicht. Viel Gutes ist jedenfalls nicht zu erwarten. Die Gewerkschaftskommission soll sich daher darüber schlüssig machen, wie eine gute Wahlbeteiligung zu fördern ist. Der Referent macht hierzu einige Vorschläge. Er ist der Meinung,

man sollte ein oder zwei Versammlungen einberufen, in denen Vorträge von Kennern der Sozialgesetzgebung gehalten werden, um die Mitglieder über das Krankenversicherungsrecht zu belehren und ihnen die Wichtigkeit der Wahl zu zeigen. In den anwesenden Gewerkschaften und Vertrauensleuten liegt es dann, für einen guten Besuch der Versammlungen zu sorgen. Es wird beschaffen, zwecks einer intensiveren Agitation für die bevorstehenden Wahlen, Betriebsbesprechungen einzuberufen. Es wurde hierauf eine Kommission gewählt, welche zusammen mit dem Ausschuss die Agitation und sämtliche damit verbundenen Arbeiten zu erledigen hat.

Bei der Sitzung fehlten die Vertreter der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Tapezierer, Gärtner, Fabrikarbeiter, Straßenbahner, Stukkateure und Barbier.

Wilmersdorf.

Der noch immer fertige Verkehrsverband gab in der letzten Sitzung der Wilmersdorfer Stadtverordneten Anlaß zu einer Debatte. Es lag ein Antrag vor, in der der Magistrat ersucht wird, in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht angesichts des schleppenden Verlaufes der bisherigen Verhandlungen über die Bildung eines Verkehrsverbandes die Angelegenheit von Wilmersdorf aus in die Hand zu nehmen sein wird, damit ein den finanziellen Interessen der Gemeinden und den Verkehrsbedürfnissen der Bevölkerung von Groß-Berlin gleichmäßig Rechnung tragender Zusammenschluß zustande kommt.

Stadtverordneter Kleibe führte zu diesem Antrage aus: Der Gedanke einer Gründung des Verkehrsverbandes ist davon ausgegangen, die Verkehrswege in seine Hand zu bekommen. Es ist jetzt hohe Zeit, daß die Gemeinden ihre org bedrohten Interessen wahren. Die Stadt Berlin und auch die anderen Gemeinden scheinen es mit dem Verbande nicht ernst zu nehmen. Dies ist besonders darum zu bedauern, weil durch diese Saumseligkeit die Bevölkerung Schaden erleidet. Die Gemeinden treiben ein Doppelspiel; sie wollen es mit der Bevölkerung nicht verdröben, deshalb wollen sie den Verkehrsverband, andererseits wollen sie es nicht mit der Großen Berliner Straßenbahn verderben. Die kleinen Gemeinden sind gar nicht in der Lage, die hohen Zuschüsse zu zahlen, die durch das Verbandsstatut verlangt werden, deshalb wird der jetzige Verkehrsverband nicht zustande kommen, er wird an dieser Bestimmung scheitern. Es müssen andere Statuten geschaffen werden.

Bürgermeister Peters führte demgegenüber folgendes aus: Der Magistrat war eigentlich nicht gewillt, sich über diesen Antrag heute zu äußern, weil er auf dem Standpunkt steht, daß die Angelegenheit noch starker Durchberatung bedarf und für eine öffentliche Diskussion nicht reif sei. Stadtd. Kleibe hat die heutigen Mitteilungen auf Grund seiner Mitgliedschaft der Verkehrsdeputation erfahren; er hat durch die Mitteilungen über den Inhalt des Statuts leider die Amtsverschwiegenheit nicht gehalten, sondern sie zum großen Bedauern des Magistrats verletzt. Ich möchte hier öffentlich konstatieren, daß alle Gemeinden, ganz gleich, ob groß oder klein, die Angelegenheit für eine sehr ernste und wichtige halten. Insbesondere darf auch der Stadtgemeinde keinerlei Vorwurf gemacht werden. Die Materie ist eine so überaus schwierige, daß es nicht leicht ist, sie in einen festen Vertrag zu bringen. Von dem Verkehrsverband hängt nicht nur das Schicksal Wilmersdorfs, sondern das Schicksal fast aller Gemeinden ab. Meinem Magistrat kann ein Vorwurf gemacht werden, daß er in einer so enorm wichtigen Sache sehr behutsam zu Werke geht. Die Angelegenheit des Verkehrsverbandes ist so bedeutsam, daß es der Stadt nur Schaden könnte, bei der jetzigen Unklarheit der Sache eine Stellungnahme gegen Berlin oder den in der Gründung begriffenen Verkehrsverband überhaupt zu arrangieren. Ich möchte die Stadtverordneten im Interesse des Wohles der Stadt dringend bitten, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Auf Antrag des Stadtverordneten Heintz ging denn auch die Verammlung über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Der Stadtverordneter Kleibe hat unserer Meinung nach die Sachlage recht scharf dargestellt, aber wünschenswert ist es in der Tat, daß es mit dem Verkehrsverband schneller gehen könnte. Preislos tragen jene Stadtverordneten an der Verzögerung ein erhebliches Teil der Schuld, die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung dem Verband Schwierigkeiten zu bereiten versuchen. Bei den Beziehungen, die manche Berliner Stadtverordnete zu der Großen Berliner haben, gar kein Wunder.

Pankow.

Gewerbegerichtswahlen!

Kaul Bekanntmachung finden die Neuwahlen der Weisiger zum Gewerbegericht am 17. November statt. Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und im Orte beschäftigt ist oder wohnt. Innerhalb zwei Wochen, und zwar vom 17. September bis inklusive 1. Oktober haben sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Wählerlisten eintragen zu lassen, welche im Rathause, Zimmer 43, montags von 8-3, sonntags von 9-12 ausliegen. Behufs Prüfung ihrer Wahlberechtigung haben die Arbeiter eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers beizubringen, daß sie bei demselben beschäftigt sind, oder eine Legitimation, daß sie im Orte wohnen, Steuerquittung, Invalidenkarte u. dergl. Wer nicht in der Wählerliste eingetragen ist, kann nicht wählen, deshalb verfaume es niemand, sich in die Listen eintragen zu lassen. Da innerhalb der Eintragsfrist zwei Sonntage liegen, kann ein jeder seine Pflicht erfüllen, ohne seine Arbeit zu veräumen.

Die Gewerkschafts-Unterkommission Pankow.

Himmelsburg.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurde der Schmied Road, Hauptstraße 57 wohnhaft.

Zegel.

Aus der Gemeindevertreterwahl. Zunächst wurde mitgeteilt, daß der Gewinnanteil beim Gaswerk circa 7200 M. beträgt und derselbe einem früheren Beschäftigten gemäß angelegt ist; ferner daß die Humboldtstraße laut gerichtlichem Erkenntnis noch wie vor die Reinigung des Fließes zu befragen hat. Zur Anleihe zum Realbau in Höhe von 400 000 M. erklärte Gen. Richterberg, daß unsere Vertreter in Konsequenz ihrer früheren Abstimmung dagegen stimmen werden; er fand das Angebot auch keineswegs günstig und schlug eine Anfrage bei der Landesversicherungsanstalt vor. Die Anleihe wird gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Gen. Richterberg benutzte hier die Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß beim Realbau in erster Linie Ziegler Bauarbeiter beschäftigt werden sollten. Er erinnerte daran, daß beim Bau des neuen Amtsgebäudes fast ausschließlich auswärtige Arbeiter beschäftigt waren, während die hiesigen zum Teil nicht satt zu essen hatten. Der Bürgermeister erklärte, daß man die Unternehmer nicht dazu verpflichten könne; es werde so weiter gehandhabt werden wie bisher, indem die Unternehmer angefordert werden, nach Möglichkeit hiesige Einwohner zu beschäftigen; im anderen Falle würde man ja auch die Gewerbefreiheit aufheben. Er zweifelte überhaupt an der Durchführbarkeit

und ersucht die Herren Engelle oder Welling, sich dazu zu äußern. Herr Engelle hält es für sehr schwer durchführbar, da nur tüchtige Arbeiter gebraucht werden, und sich meist nur unlässige oder solche, die sonst etwas auf dem Kerbholz haben, meldeten. Meist es auch, Ziegler Bauarbeiter: Zum Arbeiten sind für unlässige oder für hat etwas auf dem Kerbholz. Genosse Richterberg erklärte, daß wir nur Gleichberechtigung verlangen, man berücksichtige doch hiesige Unternehmer in erster Linie, warum nicht auch Arbeiter? Der Bürgermeister erklärte die Stellungnahme unserer Genossen für einen längst überwundenen Standpunkt. Die Verpachtung von Gemeineland zur Errichtung von Landkolonien wurde abgelehnt. Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Einstellung von 150 M. in den nächsten Etat zur Anbringung von Mistkästen, mußte man unwillkürlich einen Vergleich anstellen mit der kurz vorher geflochtenen Debatte über die Bauarbeiter. Während man da absolut keine tiefere Regelung entdecken konnte, konnte man sich hier gar nicht genug tun, um die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme nachzuweisen. Es wurde beschlossen, 50 Mistkästen anzubringen. Die Änderung der Grundsteuerordnung wurde zurückgestellt, da sie den Hausagrarern nicht gefiel. Unser Genosse Rodels hatte die Billigung seiner Mandatniederlegung beantragt. Er begründete sie mit Krankheit und hohem Alter. Sie wurde einstimmig gebilligt. Herr Schenk stellte einen Antrag auf Einführung einer Geschäftsordnung in Aussicht. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Liberalen und dem Bürgermeister. — Genosse Richterberg stellte den Antrag, in der Nähe des Einganges zum Vorflutwerke eine Bedürfnisanstalt zu errichten, da die Notwendigkeit unbedingt vorliege. Die Dringlichkeit des Antrages wurde angenommen und der Gemeindevorstand beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten.

Aus der Frauenbewegung.

Neue Lösung des sozialen Problems?

Man muß es der „Privatleserin“ Fel. R. K. u. d. e. lassen, daß sie sich auf das Nähere der Klammermel aus dem Grunde versteht. Im marxistischen Tone abgefaßte Annoncen und Handzettel laden zu den „großen öffentlichen Lichtbildervorträgen“ ein, in denen „jede Frau, jedes über 18 Jahre alte Mädchen“ für 50 Reichspfennige „wertvolle Aufklärung für ihr ganzes ferneres Leben“ erhalten soll. Eine große Zahl von Provinzialstädten wird mit diesen Vorträgen belegt, in Berlin werden sie in allen Stadtteilen, hauptsächlich aber in Arbeitervierteln abgehalten. Die Vortragende vertritt nicht nur Belehrung über das gesamte Gebiet des Geschlechtslebens, speziell über die Geheimnisse der Zeugung, der Geschlechtsbestimmung des Kindes, über das Entstehen des 3. Geschlechts, sondern sie vertritt auch neben einer Erörterung der jüdischen dreifachen Schönheiten des Weibes, der Mittel zur Verhütung der Anderszahl, der Hygiene der Liebe nicht mehr und nicht weniger als „eine veränderte Lösung des sozialistischen Gedankens“ schließlich. Die letztere Ankündigung betrug auch uns, einem der Vorträge der betriebsamen Dame in der Spiekerstraße beizuwohnen.

Das Tamtam der Klammer hatte seine Schuldigkeit getan. Schon vor 6 Uhr abends standen Emsige Frauen vor dem Portal der Prospektstraße des Westens, da die Ankündigungen keine präzise Zeitangabe über den Beginn des Vortrages enthalten hatten. Die große Mehrzahl der Besucherinnen war sehr enttäuscht, als sie erfuhren, daß der Eintrittspreis von 50 Pf. nur zu einem Galerie-Platz berechtigte, die Plätze im Saale kosteten 1 M.; dazu kam eine Garderobengebühr von 20 Pf., die jede Besucherin entrichten mußte, gleichgültig, ob sie Garderobe abzugeben hatte oder nicht. Vielfach hörte man denn auch kräftige Entrüstungsäußerungen über diese Art von Geldschneiderei. Trotzdem füllte sich der Saal schnell, doch sah man — wie erklärlich — hier draußen im feinen Westen verhältnismäßig wenig Proletarierinnen, dafür desto mehr Angehörige des Mittelstandes und hier und da auch Damen der sog. „besseren Gesellschaft“ mit wunderbaren Pariser Lockenfrisuren, raffinierten Toiletten und kostbarem Brillantschmuck. Es wurde 8 Uhr, halb neun, das Publikum machte laut seiner Ungebuld Lust, als die Vortragende sich noch immer nicht blicken ließ. Längst hatten bereits zwei Polizisten vor der Bühne Platz genommen, aber auch sie vermochten die Aufmerksamkeit der Harrenden nicht dauernd zu fesseln.

Endlich nach 9 Uhr bestieg die Vortragende das Podium. Und nun wurde uns aus einigen belläufigen Bemerkungen derselben auch klar, warum die Polizei zwei Vertreter zu dieser Veranstaltung entsandt hatte. Sie wollte sich davon überführen, ob nicht etwa Abbildungen menschlicher Embryonen auf der weißen Leinwand gezeigt wurden und ob im Vortrage nicht etwa statt über Methoden über Mittel zur Verhütung der Empfängnis gesprochen wurde. Dergleichen ist nämlich im 20. Jahrhundert verboten. Der Rednerin bot dies nur einen Anlaß mehr, eine Reihe von ihr verfaßter Broschüren zum Kauf zu empfehlen, in denen alles, was sie hier nicht sagen durfte oder wollte, ausführlich zu lesen war.

Trotz ihres nicht gerade billigen Preises wurden diese Broschüren denn auch in der Vortragsstunde eifrig gekauft. Gleichzeitig verfaßte Frankeln K. u. d. e. nicht, eine Menge von Prospektchen verteilen zu lassen, in denen sie ihre übrigen Geschäftsbetriebe, eine Lichtbildanstalt, ein Erholungsheim u. a. in empfehlende Erinnerung brachte.

Der zweite Teil des Vortrages sollte nun die „veränderte“ Lösung des sozialistischen Gedankens bringen. Wir waren einigermaßen gespannt, einen neuen Versuch sozialer Quackalberer kennen zu lernen. Die Rednerin sprach mit großer Geläufigkeit und Sicherheit von der Möglichkeit einer Vereinigung unserer ungesunden sozialen Verhältnisse durch die willkürliche Zeugung von Knaben nach einer von ihr kombinierten und angeblich in ihrer Praxis erprobten Methode, um so im Laufe von Jahrzehnten den in Deutschland allein circa sieben Millionen betragenden weiblichen Geburtenüberschuß zugunsten des weiblichen Geschlechts auszugleichen; sie sprach auch — etwa im Sinne der Arbeiterbewegung — über die uneheliche Mutterschaft, über die Notwendigkeit der Errichtung von Entbindungsanstalten und Findelhäusern zur Verhinderung von Kindesmorden, ferner über die Idee, die unehelichen Kinder zu „Staatskindern“ zu machen, über das Recht auf Mutterschaft und freie Ehen in der Zukunft usw. — aber was hat das alles mit einer veränderten „Lösung des

sozialistischen Gedankens“ zu tun? — Der Grundgedanke des Sozialismus ist die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit und Verwerflichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsform, von der Notwendigkeit ihrer Beseitigung im Klassenkampf und ihres Ersatzes durch eine neue, auf der sozialistischen Produktion beruhende Gesellschaft. Nichts davon sang in dem Vortrage an, so daß wir schließlich zu der Überzeugung kamen, die so pomphaft angekündigte „veränderte Lösung“ wäre nur ein neuer Klammermel, bestimmt, anlockend auf die Frauen und Mädchen des Proletariats und auch anderer Volksschichten zu wirken. Tief doch der ganze Vortrag mit allem Drum und Dran schließlich auf Klammermel hinaus, auf Klammermel für das von Fel. K. u. d. e. ausgeübte Naturheilverfahren.

Der große Jubel, zu den Klammermel Vorträgen beweist, wie mächtig das Verlangen unter den Frauen ist, sich Aufklärung über all die Dinge zu verschaffen, die ihr Weib- und Muttersein betreffen. Der großen Mehrzahl der Frauen fehlen Mittel und Vorkenntnisse, um sich aus den Büchern über diese wichtigen Fragen zu unterrichten. Die Unkenntnis des eigenen Körpers und seiner Hygiene rächt sich aber fast immer aufs Schwerste am eigenen Ehemann und Gebelben, wie auch dem der ganzen Familie, oft bis ins dritte und vierte Glied. Der Staat hat bisher so gut wie nichts dazu getan, um seinen Bürgern und Bürgerinnen aus dem sexuellen Elend, soweit es sich durch Aufklärung und Belehrung beseitigen läßt, herauszuhelfen. Nur so erklärt sich, daß ein großes und bedeutendes Gebiet der Volkshygiene der wüsten geschäftlichen Privatpekulation überantwortet ist.

Wer, dieser nicht zum Opfer fallen will, dem bleibt nichts übrig, als sich in Einzelfällen sachverständigen und wissenschaftlich begründeten Rat bei tüchtigen Ärzten oder Ärztinnen zu holen. Wer aber eingehendere Kenntnisse über die für die geschlechtliche Lebensführung wichtigsten Grundzüge zu erwerben wünscht — und diese Kenntnisse sollte ein integrierender Bestandteil der allgemeinen Bildung sein —, dem raten wir zur Lektüre des Vortrages „Gesundheitslehre für Frauen“ von A. Sticher, erschienen in der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ (Verlag von W. G. Deubner in Leipzig). Es unterrichtet in leicht fasslicher und lebendiger Darstellung über alle Höhen des weiblichen Geschlechtslebens und kostet nur 1 M.; es stellt sich also nicht teurer, als ein einziger Klammermel Vortrag. Es ist zudem nur auf wissenschaftlichen Erfahrungstatsachen basiert, was man von den Klammermel Vorträgen nicht durchweg sagen kann. Auch die von unserem Parteigenossen Dr. Jadel herausgegebene „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ bietet in einigen Heften für wenige Groschen eine Fülle von Aufklärung und Belehrung. In diesem Zusammenhange sei schließlich auch des trefflichen Dr. Simonowitsch Werkes über die „Gesundheitspflege des Weibes“ nicht vergessen.

Aus diesen durchgehend gebildeten Schriften wird sich allerdings keine „Lösung des sozialistischen Gedankens“ im Klammermel Sinne ergeben, wohl aber mindestens ein Stück unehelicher Erkenntnis auf hygienischem Gebiete.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15, Vortrag mit Lichtbildern: „Das Leben und die Kunst Giovanni Segantinis“. Referent: Dr. Kern. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

- Woland. Monatschrift für freirechtliche Erziehung in Haus und Schule. Heft 9. Herausgegeben von einer Vereinigung dreier Lehrer. 40 Pf. Verlag H. Amann-Hamburg.
- „Der Kampf“. Sozialdemokratische Monatschrift Österreichs. Heft 12. 50 Heller. Verlag: Wien, Mariaböserstr. 89.
- „Das Blutbuch“. Nr. 37. Herausgegeben von H. Eigenstein. 30 Pf. Verlag H. Ebbow, Berlin W. 50.
- John, Fred und Profit von Karl Marx. Uebersetzt von Eduard Bernstein. 20 Pf. Buchhandlung Volkshilfe, Frankfurt a. M.
- Abu Negri, Schicksalsräum. 2 M. Verlag G. Dunder, Berlin W. 35.

Deutscher Arbeiter-Abkündeten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen H. Feud. Vesper über „Klassenkampf und Charakterbildung“. — Freie Diskussion.

Wetterungsüberblick vom 17. September 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometrischer Stand mm | Windrichtung | Wetter | Temp. u. d. Luft °C | Stationen | Barometrischer Stand mm | Windrichtung | Wetter | Temp. u. d. Luft °C |
|---------------|-------------------------|--------------|-----------|---------------------|------------|-------------------------|--------------|-----------|---------------------|
| Sottrunde | 764 | W | 3 wollig | 11 | Naparranda | 764 | W | 2 heiter | 8 |
| Damburg | 769 | SW | 4 wollig | 11 | Wittdsburg | 761 | SW | 1 bedeckt | 6 |
| Berlin | 766 | W | 3 bedeckt | 12 | Wetzlar | 763 | SW | 4 bedeckt | 15 |
| Frankf. a. M. | 769 | SW | 3 heiter | 11 | Koblenz | 754 | SW | 3 wollig | 16 |
| München | 770 | SW | 2 bedeckt | 11 | Wetz | 769 | SW | 2 wolllig | 11 |
| Wien | 768 | SW | 3 bedeckt | 13 | | | | | |

Wetterprognose für Freitag, den 18. September 1908.
Etwas wärmer, veränderlich, vorherrschend wollig mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 16. 9. | | am 15. 9. | | Wasserstand | am 16. 9. | | am 15. 9. | |
|-----------------|-----------|-----|-----------|----|------------------|-----------|-----|-----------|----|
| | cm | cm | cm | cm | | cm | cm | cm | cm |
| Remel, Mühl | 219 | -2 | 219 | -2 | Soale, Großh. | 105 | -8 | | |
| Bregel, Antberg | -3 | -11 | | | Habel, Spandau | 44 | 0 | | |
| Wegiel, Thurn | 124 | -12 | | | Rathenow | 25 | +1 | | |
| Ober, Kallber | 180 | -20 | | | Spree, Sternberg | 70 | -2 | | |
| Krossen | 110 | +3 | | | Bestrom | 67 | -1 | | |
| Brandfurt | 119 | +1 | | | Weser, Ründen | -73 | 0 | | |
| Wärthe, Schimm | 46 | +8 | | | Ründen | -4 | -1 | | |
| Randsberg | 14 | -4 | | | Rhein, Magdeburg | 518 | -7 | | |
| Rege, Nordam | -1 | +1 | | | Raub | 892 | +11 | | |
| Elbe, Zellmerig | -4 | -7 | | | Rain | 333 | +23 | | |
| Dresden | -114 | +20 | | | Kedar, Gießbrom | 83 | 0 | | |
| Berlin | 78 | -5 | | | Rain, Bertiheim | 161 | 0 | | |
| Magdeburg | 93 | -7 | | | Rosel, Eriex | 65 | -1 | | |

*) + bedeutet Hoch, — Niedr. — *) Unterbez.

Riesenfänge unserer Dampfer **Besonders** **Schollen 20** Pf. **Kahliau 18** Pf. **Schellfisch 28** Pf.
ermöglichen **billigste Preise!** empfehlenswert: (ca. 1-3 Pfd. schwer) pr. Pfd. (ca. 2-3 Pfd. schwer) pr. Pfd. (ca. 2-3 Pfd. schwer) pr. Pfd.

Verkaufsstellen:

| | | | | | | | | |
|--|---|---|---|--|--|--|-----------------------------------|---|
| Prinzenstraße 94, an der Ritterstraße. | Schlesischer Bahnhof, Bogen 8-9, Madalstr., bei der Fruchstr. | Invalidenstraße 131, vis-a-vis Stettiner Bahnhof. | Gr. Frankfurter Str. 65, bei der Marsillusstraße. | Potsdamer Str. 112a, bei der Luisenstraße. | Wiltschauerstr. 57, bei der Dreysesstraße. | Wilmsdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz. | Spandau, Breitestr. 54, am Markt. | Tegel, Trueschowerstr. 14, Ecke Schlesierstr. |
|--|---|---|---|--|--|--|-----------------------------------|---|

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Börse. Hauptgeschäft Größte Hochseefischerei Deutschlands 50 eigene Fischdampfer. Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport. Seefisch-Kochbücher gratis. Zentral-Fernsprecher Amt III, 9804.

Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.
Verantwortlicher Redakteur Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Hilde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.